



# HESSISCHER LANDTAG

15. 10. 2003

## 16. Sitzung

Wiesbaden, den 15. Oktober 2003

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	915		
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	915		
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	915		
30. Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Kochs sozialen Kahlschlag verhindern</b> <b>– Hessens soziale Tradition bewahren – Hessens</b> <b>Zukunft sozial gestalten</b> – Drucks. 16/682 – . . . . .	915	6. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung für ein <b>Gesetz zur Bereinigung von Rechts-</b> <b>vorschriften in Angelegenheiten der innerbehörd-</b> <b>lichen Organisation und Änderung von Zuständig-</b> <b>keitsregelungen</b> – Drucks. 16/707 zu Drucks. 16/436 – . . . . .	942
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . .	932	<i>In zweiter Lesung angenommen: 943</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	943
28. Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN betreffend <b>Schutz der sozialen In-</b> <b>frastruktur in Hessen durch ein neues Sozialbudget</b> – Drucks. 16/680 – . . . . .	915	Boris Rhein . . . . .	942
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	942	Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil . . . . .	943
Petra Fuhrmann . . . . .	915	50. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein <b>Gesetz zur</b> <b>Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO)</b> – Drucks. 16/706 zu Drucks. 16/146 – . . . . .	943
Anne Oppermann . . . . .	919	<i>In zweiter Lesung abgelehnt</i> . . . . .	948
Florian Rentsch . . . . .	921	Brigitte Hofmeyer . . . . .	943
Kordula Schulz-Asche . . . . .	925	Dr. Andreas Jürgens . . . . .	943
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	927	Rudi Haselbach . . . . .	944
Evelin Schönhut-Keil . . . . .	930	Günter Rudolph . . . . .	945
Andrea Ypsilanti . . . . .	931	Jörg-Uwe Hahn . . . . .	945
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	932	Minister Volker Bouffier . . . . .	946
40. Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptaus- schusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Föderalismusreform</b> – Drucks. 16/662 zu Drucks. 16/64 – . . . . .	932	Tarek Al-Wazir . . . . .	947
<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	942	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	947
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	932	8. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Umset-</b> <b>zung des Modellversuchs zur Kommunalisierung</b> <b>der Förderung sozialer Hilfen ab 2004</b> – Drucks. 16/409 – . . . . .	948
Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) . . . . .	934	<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . .	952
Jürgen Walter . . . . .	936	Florian Rentsch . . . . .	948
Tarek Al-Wazir . . . . .	938	Kordula Schulz-Asche . . . . .	949
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	940	Petra Fuhrmann . . . . .	950
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil . . . . .	942	Ulrich Caspar . . . . .	950
5. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesre- gierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessi-</b> <b>schen Ausführungsgesetzes zum Jugendschutzge-</b> <b>setz</b> – Drucks. 16/722 zu Drucks. 16/435 – . . . . .	942	Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	951
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	942	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	952
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	942	35. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betref- fend <b>Wartungshalle für das Großraumflugzeug Air-</b> <b>bus A 380</b> – Drucks. 16/689 – . . . . .	953
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil . . . . .	942	<i>Angenommen</i> . . . . .	968
		29. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ- NEN betreffend <b>Risiken der Ausbauplanung der</b> <b>Fraport AG</b> – Drucks. 16/681 – . . . . .	953
		<i>Dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr überwie-</i> <i>sen</i> . . . . .	968

	Seite		Seite
34. Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Flughafenausbau</b> – Drucks. 16/688– . . . . .	953	41. Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Habermann, Quanz, Riege, Dr. Reuter, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betreffend <b>Weiterentwicklung der Ersatzschulfiananzierung</b> – Drucks. 16/668 zu Drucks. 16/247 – . . . . .	982
<i>Angenommen</i> . . . . .	969	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
38. Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Bau einer Wartungshalle für den Airbus A 380 am Frankfurter Flughafen</b> – Drucks. 16/692 – . . . . .	953	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
<i>Angenommen</i> . . . . .	969	42. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>freie Metrorapid-Gelder für Transrapidverbindung Frankfurt – Hahn</b> – Drucks. 16/670 zu Drucks. 16/301 – . . . . .	983
65. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>weitere Entwicklung am Frankfurter Flughafen</b> – Drucks. 16/745 – . . . . .	953	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
<i>Zurückgezogen</i> . . . . .	970	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucks. 16/783 – . . . . .	970	43. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Magnetschwebebahn „Transrapid“</b> – Drucks. 16/671 zu Drucks. 16/309 – . . . . .	983
<i>Für erledigt erklärt</i> . . . . .	970	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	953	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
Jürgen Walter . . . . .	955, 970	44. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend <b>Transrapid</b> – Drucks. 16/672 zu Drucks. 16/321 – . . . . .	983
Clemens Reif . . . . .	958	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	960, 967	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
Minister Dr. Alois Rhiel . . . . .	963, 968, 969	45. Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>historische Aufarbeitung der Leistungen des Landes Hessen und seiner Bürger beim Aufbau des Landes Thüringen</b> – Drucks. 16/694 zu Drucks. 16/313 – . . . . .	983
Michael Denzin . . . . .	965	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
Lothar Klemm . . . . .	966, 970	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	968	51. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Abg. Siebel, Holzapfel, Dr. Spies, Schaub (SPD) und Fraktion betreffend <b>Einhaltung des Hochschulpaktes</b> – Drucks. 16/697 zu Drucks. 16/184 – . . . . .	983
Reinhard Kahl . . . . .	969	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
Frank Gotthardt . . . . .	969	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
9. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern</b> – Drucks. 16/438 – . . . . .	970	52. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Langzeitstudiengebühren</b> – Drucks. 16/698 zu Drucks. 16/239 – . . . . .	983
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	977	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
20. Antrag der Abg. Fuhrmann, Dr. Pauly-Bender, Eckhardt, Habermann, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend <b>Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen: Verankerung der Gender-Mainstreaming-Methode in allen Politikbereichen</b> – Drucks. 16/625 – . . . . .	971	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
<i>Dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen</i> . . . . .	977	53. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Bildungsgutscheine</b> – Drucks. 16/699 zu Drucks. 16/251 – . . . . .	983
Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	970, 975	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
Florian Rentsch . . . . .	971	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
Claudia Ravensburg . . . . .	973, 976	– Drucks. 16/699 zu Drucks. 16/251 – . . . . .	983
Dr. Judith Pauly-Bender . . . . .	973, 976	<i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . .	983
Ministerin Silke Lautenschläger . . . . .	974	Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	983
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	977		
10. Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>„Umsetzung der FFH-Richtlinie – Vogelschutzrichtlinie“</b> – Drucks. 16/467 – . . . . .	977		
<i>Dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	982		
Heinrich Heidel . . . . .	977		
Ursula Hammann . . . . .	978		
Elisabeth Apel . . . . .	980		
Gernot Grumbach . . . . .	980		
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	981		
Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . .	982		

Seite	Seite
60. Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend verstärkte Videoüberwachung auf öffentlichen Einrichtungen und Plätzen</b> – Drucks. 16/709 zu Drucks. 16/549 – . . . . . 983 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 983 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 983	63. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe</b> – Drucks. 16/726 zu Drucks. 16/440 – . . . . . 984 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 984 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 984
61. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend <b>Umsetzung des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes</b> – Druck. 16/724 zu Drucks. 16/52 – . . . . . 983 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 983 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 983	64. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend <b>hessische Gesetzesinitiative „Mehr Arbeit, mehr Geld“ in den Bundesrat</b> – Drucks. 16/727 zu Drucks. 16/550 – . . . . . 984 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 984 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 984
62. Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe</b> – Drucks. 16/725 zu Drucks. 16/311 – . . . . . 984 <i>Beschlussempfehlung angenommen</i> . . . . . 984 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 984	46. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b> – Drucks. 16/623 – . . . . . 984 <i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . . 984 Vizepräsidentin Ruth Wagner . . . . . 984

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Lothar Quanz  
Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil  
Vizepräsidentin Ruth Wagner

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Dr. Christean Wagner  
Kultusministerin Karin Wolff  
Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger  
Staatssekretär Dirk Metz  
MinDirig Wolf von Hoerschelmann  
Staatssekretär Harald Lemke  
Staatssekretär Herbert Landau  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard  
MinDirig Werner Müller  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Nicola Beer



(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich zur 16. Plenarsitzung. Ich eröffne die Sitzung und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung teile ich mit: Erledigt sind die Tagesordnungspunkte 1 a und 1 b, 2, 3, 4 und 7.

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU für ein Gesetz zur Umsetzung von Öffnungsklauseln im Bereich der Besoldung und Beamtenversorgung sowie zur Änderung reisekostenrechtlicher Vorschriften wurde nach der zweiten Lesung an den Innenausschuss zurücküberwiesen. Die dritte Lesung wurde auf den Nachtrag gesetzt und steht am Donnerstag an.

Auf Wunsch der Fraktionen der CDU und der FDP werden die Setzpunkte 35 und 37 ausgetauscht, sodass der Tagesordnungspunkt 35 heute nach der Mittagspause, um 15 Uhr, behandelt wird, während der Tagesordnungspunkt 37 morgen nach dem Tagesordnungspunkt 49 aufgerufen wird.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt sind zwei Dringliche Entschließungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur LKW-Maut, Drucks. 16/757, und zum Subventionsabbau, Drucks. 16/758. Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden diese beiden Dringlichen Entschließungsanträge als Tagesordnungspunkte 72 und 73 auf den Nachtrag der Tagesordnung gesetzt. Der Tagesordnungspunkt 72, die LKW-Maut betreffend, kann zusammen mit den Tagesordnungspunkten 37 und 68 aufgerufen werden; der Tagesordnungspunkt 73, die Vorschläge von Koch und Steinbrück zum Subventionsabbau betreffend, kann mit den Tagesordnungspunkten 39 und 67 aufgerufen werden. – Auch dem wird nicht widersprochen. Dann wird so verfahren.

Wir tagen heute vereinbarungsgemäß bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Auf vielfachen Wunsch von Kolleginnen und Kollegen, die an einer Kundgebung teilnehmen möchten, werden wir aber bereits um 12.45 Uhr in die Mittagspause eintreten. Wir beginnen heute mit Tagesordnungspunkt 30, einem Antrag von Abgeordneten der SPD, die Verhinderung des sozialen Kahlschlags betreffend. Dieser Tagesordnungspunkt wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 28 aufgerufen, einem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Schutz der sozialen Infrastruktur in Hessen durch ein neues Sozialbudget betreffend. Anschließend folgt Tagesordnungspunkt 40, Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Entschließungsantrag der FDP, die Föderalismusreform betreffend. Danach fahren wir mit weiteren zweiten Gesetzeslesungen fort.

Ich habe Ihnen mitzuteilen, dass Herr Staatsminister Dr. Christean Wagner ab ca. 12 Uhr wegen der Teilnahme am Vermittlungsausschuss in Berlin ist. Herr Staatsminister Grüttner ist wegen feststehender Termine heute Nachmittag in Berlin.

Meine Damen und Herren, zurzeit findet, wie gesagt, das Seminar „Im Zentrum der Landespolitik“ in unserem Hause statt.

Heute Abend wird unsere Fußballmannschaft gegen eine Mannschaft der Steuerungsgruppe von „Ballance 2006“

in Frankfurt-Bornheim antreten. Wir wünschen allen Beteiligten viel Spaß und Erfolg.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das wird schwierig!)

– Das wird schwierig. Ich sehe schon die langen Gesichter. Aber ich bitte darum, mit Mut und Tapferkeit in dieses Spiel hineinzugehen. Morgen werden wir hören, was der Kollege Lortz zu vermelden hat.

Der Untersuchungsausschuss 16/1 hält heute unmittelbar nach Beendigung der Plenarsitzung seine erste Sitzung im Sitzungssaal 510 W ab. Dabei handelt es sich um die Konstituierung.

Unser Kollege Marco Pighetti hat heute Geburtstag. Er wird 40 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Pighetti.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen alles Gute. Bleiben Sie gesund und munter. Es gibt hier Kolleginnen und Kollegen, die „Willkommen im Klub“ sagen würden. Sie müssen einmal schauen, wer das ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 30** auf:

**Antrag der Abg. Fuhrmann, Eckhardt, Habermann, Dr. Pauly-Bender, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Kochs sozialen Kahlschlag verhindern – Hessens soziale Tradition bewahren – Hessens Zukunft sozial gestalten – Drucks. 16/682 –**

in Verbindung mit **Tagesordnungspunkt 28:**

**Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Schutz der sozialen Infrastruktur in Hessen durch ein neues Sozialbudget – Drucks. 16/680 –**

Dazu erteile ich Frau Kollegin Fuhrmann für die SPD-Fraktion das Wort. Die Redezeit beträgt 15 Minuten. Bitte schön.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Name „Operation sichere Zukunft“ ist der brutalstmögliche Versuch, Begriffe umzudefinieren, der mir je untergekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

„Operation unsoziale Zukunft“, „Operation Kahlschlag“, „Operation Hessen ohne Zukunft“, „Operation Giftliste“, „Operation Wahlbetrug“ – all diese Begriffe, nur nicht den, den Sie gewählt haben, hätten Sie nehmen können.

(Beifall bei der SPD – Frank Lortz (CDU): Damit kennt ihr euch aus!)

Wir werden Ihnen auch nicht durchgehen lassen, dass Sie behaupten, Sie seien aufgrund der Berliner Politik – um Gottes willen – zu diesem Kahlschlag gezwungen worden. Wenn Sie könnten, würden Sie der Bundespolitik sogar noch die Ernteauffälle im Sommer anlasten.

Nein, Ihre Haushaltsprobleme sind hausgemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne nur die 50 neuen Beraterstellen in der Staatskanzlei, das Millionengrab SAP, die Designerschreibische und die Luxusausstattung für, wie wir gehört haben, fast ein Drittel der jetzt gekürzten Summe. Unglaublich, kann ich nur sagen.

(Beifall bei der SPD – Hans-Jürgen Irmer (CDU):  
Das, was Sie sagen, ist unglaublich!)

Das alles ist für Ihre engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Für die Menschen in sozialer Not gibt es buchstäblich nichts. Für diejenigen, die auf eine intakte soziale Infrastruktur angewiesen sind, gibt es nichts. Sie haben mit Ihrer hemmungslosen Ausgabenpolitik Hessen zu einem Sanierungsfall gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Obwohl Sie von 1999 bis 2002 beinahe 8 Milliarden € an zusätzlichen Einnahmen zur Verfügung hatten, haben Sie Schulden angehäuft, die sich inzwischen auf 28 Milliarden € summieren. Gerade Sie haben eine intelligente Schuldnerberatung nötig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Auch die rot-grüne Landesregierung hat finanziell schwierige Zeiten gekannt.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Ich bin lauter, Herr Kollege, mit dem Mikrofon allemal.

(Volker Hoff (CDU): Aber bestimmt nicht besser!)

Meine Damen und Herren, wir haben in ähnlich schwierigen Zeiten das Sozialbudget geschaffen und damit den Trägern Planungssicherheit gegeben und die Hilfsangebote erhalten. Das war verantwortungsvoll und richtig.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Kommen Sie zur Sache!)

Wir fordern von Ihnen, Ihre Kürzungen zurückzunehmen und in Hessen ein Sozialbudget einzuführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre so genannte „Operation sichere Zukunft“ ist ein zynisches Wortspiel und zugleich der massivste Rückschlag, den das soziale Hessen je erleben musste.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wo ist Ihre Alternative?)

Die Maßnahmen sind keineswegs auf die Zukunft ausgerichtet – höchstens auf die eigene, von Ehrgeiz zerfressene, von Herrn Koch.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist unglaublich!)

Sie zerschlagen aber damit die Grundlagen für ein soziales Hessen. Was hier heute passiert, wirft Hessen um Jahre zurück.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehe sogar so weit, zu sagen, es ist der massivste Angriff auf das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes. Koch bleibt jede Antwort schuldig, wie soziale Rechte, Solidarität und Sozialpolitik in Hessen nach diesem Kahlschlag gestaltet werden sollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fürchte, genau dies ist die zynische Absicht. Sie wollen offenbar zeigen, dass eine

Gesellschaft ohne das Soziale auskommen kann. Den Preis dafür zahlen andere.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Aber am Ende zahlen auch Sie den Preis dafür.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Glauben Sie das, was Sie da erzählen?)

– Herr Irmer, brüllen Sie doch nicht so. – Können Sie den Herrn Irmer einmal ein bisschen leiser stellen?

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, bei 15 Minuten muss ich ein bisschen abwarten, bis ich dämpfe. Aber ich bitte schon, darauf zu achten, dass hier vorne jemand spricht. – Herr Kollege, hier vorne spricht jemand und hat das Wort ganz alleine.

(Volker Hoff (CDU): Das ist vergnügungsteuerpflichtig! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Schmerzensgeld!)

#### **Petra Fuhrmann (SPD):**

Ja, ich verstehe, dass es wehtut, das soll es auch. – Meine Damen und Herren, lassen Sie mich an vier Punkten klar machen, was gerade in Hessen passiert.

Erstens hat sich das Land als verlässlicher Partner für alle Träger der sozialen Wohlfahrtspflege verabschiedet. Wer im Internet nachlesen muss, dass zwei Drittel des Landeszuschusses gestrichen werden – wohl gemerkt für Kernaufgaben,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

die der Staat im Sinne der Subsidiarität übertragen hat –, und dies ohne Vorankündigung, ohne mit den Trägern zuvor zu reden, ohne Beratung, wie man möglicherweise einen stufenweisen Ausstieg gestalten könnte oder sozialverträglich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen könnte, der wird sich nie mehr auf diese Landesregierung verlassen. Schon morgen könnte er im Regen stehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Beispiel nenne ich hier den Flughafensozialdienst. Der Vertrag mit den Kirchen besteht seit 25 Jahren und wurde über Nacht gekündigt. Das ist ein unglaublicher Vorgang, den es in Hessen zuvor nie gegeben hat.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Die Regierung zeigt erneut ihr wahres Gesicht: wohlfeile Reden zum Thema Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, wohlfeile Reden zum Thema Integration. Nach der schmierigen „Ausländer-raus“-Kampagne 1999 wurde das Thema Integration zu einem wichtigen Themenfeld – angeblich.

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

Dies sind alles Lippenbekenntnisse. Der Landesausländerbeirat wurde geschleift, ein Landesintegrationsbeirat, natürlich ergänzt durch die Vertriebenenverbände, wurde gegründet. Herausgekommen ist nichts oder nicht sehr viel. Aber dafür werden jetzt sämtliche Sozialberatungsstellen für Migrantinnen und Migranten in Hessen platt gemacht.



(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das war das Geschenk der Landesregierung zum 20-jährigen Jubiläum der AGAH.

Das Gleiche gilt für das, ach, so hoch gelobte, Ehrenamt. Da wird in meiner Heimatstadt Friedrichsdorf von einem Staatssekretär der Landesregierung – der sich gerade mit seinem Chef unterhält – der Ehrenamtspreis vergeben, weil es dort eine ehrenamtliche Hospizgruppe und ein Mütterzentrum gibt, das ausgesprochen gute Arbeit leistet. Der Staatssekretär lobt diese Initiativen, er lobt vor allem die Landesregierung, die diese Zuschüsse in schwierigen Zeiten vergeben hat.

Meine Damen und Herren, es sind gerade einmal 3.000 €, die das Mütterzentrum im Jahr bekommt. Schon die Hochglanzbroschüre der Landesregierung zum Ehrenamt kostet erheblich mehr. Diese Hospizgruppe, von der ich sprach, erhält überhaupt keine Landesförderung, aber der Landesarbeitsgemeinschaft, der Koordinierungsstelle, wurden gerade 10 % der Mittel gekürzt. – So viel zum Thema Ehrenamt. Da ist PR-Show, da ist der schöne Schein gefragt, aber nicht die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Gleiche gilt bei allen kleinen Trägervereinen in der sozialpolitischen Landschaft: Ehrenamtliches Engagement, das z. B. zur Gründung eines Frauenhauses oder einer Beratungsstelle geführt hat, wird mit der Giftliste beantwortet, aus der die eigene Kündigung hervorgeht,

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

aus der hervorgeht, dass ab Januar sämtliche notwendigen Hilfen für Klientinnen und Klienten eingestellt werden müssen, dass die Mitarbeiterinnen entlassen werden müssen, da sonst das eigene ehrenamtliche Engagement mit persönlicher Haftung und Verschuldung bedroht wird. – Meine Damen und Herren, was Sie hier machen, ist ein absoluter Skandal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Drittens. Sie zeigen erneut Ihr wahres Gesicht, wenn es um Menschen in Notlagen geht. Bei der unsäglichen Wisconsin-Debatte haben Sie immer behauptet, Sie wollten ganzheitlich helfen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Sie haben Sonntagsreden gehalten, was denn alles in diesen Job-Offensiv-Centern angeboten werden soll. Ihre Giftliste zeigt jetzt das wahre Gesicht: keine Spur mehr von Hilfen für Menschen in Notlagen. Weder Jugend- noch Drogenberatung,

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es, es ist unglaublich!)

noch Erziehungsberatung, weder Frauenprojekte noch Hilfen für den beruflichen Wiedereinstieg sind der Landesregierung auch noch einen Cent wert. Alle Projekte in sozialen Brennpunkten sind auf null gestellt. Damit verweigern Sie die Hilfe genau dort, wo sie besonders notwendig ist,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

dort, wo sie zur Integration in die Gesellschaft beiträgt.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

– Ja, von Integration verstehen Sie nichts, Herr Irmer.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig!)

Spiel- und Lernstuben sind kein Luxus, den man gerade einmal kaltschnäuzig über die Wupper gehen lassen kann.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU) – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mein Gott, Herr Reif ist auch wieder da!)

Sie sind eine Chance für eine bessere Zukunft für die Kinder und allemal notwendiger als ein Elitelymnasium für schwerstbegabte Kinder in einem Schloss im Rheingau.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Titel Ihrer „Operation sichere Zukunft“ klingt wie Hohn in den Ohren der Betroffenen,

(Zurufe von der CDU)

die ihre Stelle verlieren, weil die Einrichtung dichtgemacht wird. Hohn in den Ohren der Beraterinnen und Berater, die keine Möglichkeit mehr sehen, ihre Klienten weiterzuvermitteln. Suchthilfe, Wohnhilfe, Erziehungshilfe usw. sind betroffen. Wohin sollen sich die Menschen wenden, wenn die Mittel für Beratungs- und Anlaufstellen gestrichen sind?

Meine Damen und Herren, Sie sorgen für das Aus von acht Frauenhäusern in Hessen. Das sind Anlaufstellen für Frauen und Kinder in allergrößter Not in diesem Land.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Sie streichen alle Orientierungskurse für Frauen nach der Familienphase, die wieder in den Beruf einsteigen wollen und damit in die finanzielle Selbstständigkeit kommen wollen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Lassen Sie das Geschwätz vom Familienland Hessen. Ich kann es nicht mehr hören.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie meinen damit offenbar ausschließlich Besserverdienende, oder Heile-Welt-Familien. Auch Alleinerziehende, auch geprügelte Frauen und Kinder sind in diesem Land Familien und brauchen die Unterstützung des Landes.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Lübcke (CDU): Das bestreitet doch keiner!)

Viertens. Meine Damen und Herren, es ist alles sinnvoll, wenn man es auch volkswirtschaftlich begründet, denn sozialpolitische Argumente sind bei Ihnen ja „Perlen vor die Säue“ geworfen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Lübcke (CDU))

Sie schaden Hessen volkswirtschaftlich ganz massiv. Sie streichen die Schuldnerberatung und verhindern damit, dass Gläubiger ihr Geld zurückbekommen. Sie verhindern, dass Menschen wieder eine schuldenfreie Perspektive erhalten und arbeiten gehen können. Sie verlagern die Kosten auf die Kommunen und das Justizministerium. Das ist teuer.

Sie streichen die niederschwellige Drogenberatung. Damit nehmen Sie unter Umständen einen Anstieg der Kosten für die stationäre Unterbringung dieser Menschen in Kauf. Sie nehmen die Verelendung dieser Menschen in Kauf.

(Volker Hoff (CDU): Nennen Sie eine Alternative!)

Außerdem nehmen Sie unter Umständen einen Anstieg der Beschaffungskriminalität durch Süchtige in Kauf.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Herr Hoff, kommen Sie mir nicht so.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

– Herr Hoff, ich habe Ihnen vorhin die Einsparmöglichkeiten genannt: SAP, Luxusmöbel in der Staatskanzlei. Es gibt genügend Möglichkeiten, diese Kürzungen zu kompensieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie verursachen mit Ihrer Operation, die eine Amputation ist, einen Verlust an innerer Sicherheit in diesem Land.

(Zurufe der Abg. Volker Hoff und Clemens Reif (CDU))

Das wird dramatisch für die Menschen und teuer für die ganze Gesellschaft. Sie streichen die Hilfen für straffällig Gewordene: auch da ein Verlust an innerer Sicherheit. Stattdessen hohe Kosten, denn ein Tag im Knast kostet schließlich 100 €. Die Zuschüsse, die Sie gegeben haben, waren wesentlich niedriger.

Sie streichen die Erziehungsberatung. Auch hier: höhere Kosten. Jedes Kind in einer Jugendhilfemaßnahme ist erheblich teurer.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie konterkarieren das Bundesprogramm soziale Stadt vollkommen, das ausdrücklich die bauliche Sanierung von so genannten sozialen Brennpunkten mit sozialer Integration koppeln will. Auch da droht zumindest dauerhafte Sozialhilfeabhängigkeit, und erhöhte Kriminalitätsraten könnten die Folge sein.

Meine Damen und Herren, Jugendliche erhalten in Hessen bei dieser Regierung künftig eher einen Knast- als einen Ausbildungsplatz. Auch das wird sehr teuer, und zwar für die ganze Gesellschaft.

(Dr. Walter Lübcke (CDU): Zur Sache!)

Meine Damen und Herren, Ihre Regierung ist in dieser Beziehung völlig verantwortungslos.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Regierung verstärkt Desintegration und soziale Ausgrenzung. Diese Regierung bricht sämtliche Wahlversprechen und verstößt massiv gegen das Sozialstaatsgebot der Verfassung. Diese Regierung hat unter anderem auch ein reaktionäres Gesellschaftsbild.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das hat noch gefehlt! – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

– Genau, das hat noch gefehlt. Herr Irmer, ich komme zu Ihnen – und leider nicht nur zu Ihnen. Das Reaktionäre wird überdeutlich, wenn Sie sich einmal die Verteilung der Kürzungen ansehen.

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

Wer immer in dieser Republik Kritisches äußern kann und soll, wird von der Landesregierung geschleift. Sehen wir uns die Liste der Kürzungen an:

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

das Sigmund-Freud-Institut, das Institut für Kinder- und Jugendpsychotherapie, das Archiv der deutschen Frauenbewegung, die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung, Meine Damen und Herren, diese wenigen Beispiele zeigen, welches Gesellschaftsbild bei Ihnen hinter den Kürzungen steht – vor allem, wenn man betrachtet, dass die Vertriebenenverbände weiterhin ungekürzt ihre Kulturtage durchführen können.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU)

Das ist Klientelbelohnung.

(Volker Hoff (CDU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, zu diesem Gesellschaftsbild passt auch der feudalistische Umgang mit den Bediensteten des Landes. Der peinlichste Höhepunkt war es wohl, dass Landesbeamtinnen und -beamte, Polizeibeamtinnen und -beamte bei einem Empfang der Landesregierung in Kassel bedienen mussten.

(Norbert Schmitt (SPD): Unglaublich!)

– Unglaublich, unglaublich.

(Zurufe von der CDU)

Deutlich betreibt die Regierung den Abbau von Mitbestimmungsrechten für die Personalvertretungen, überdeutlich die Androhung von betriebsbedingten Kündigungen und die zunehmenden Repressalien in den Ministerien.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Kochs Weltbild wird sehr deutlich: Frauen zurück an den Herd; wer kritisch ist, fliegt raus; wer strauchelt, soll selbst sehen, wo er bleibt, oder aber er wird weggesperrt.

(Gerhard Bökel (SPD): Zynisch ist das!)

Wahlversprechen gelten eben nur vor der Wahl. – Genau, Herr Kollege, das ist zynisch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Koch, wir wollen, dass Sie aufhören, die soziale Infrastruktur in Hessen komplett platt zu machen.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Das bringt – abgesehen von kurzfristigen Einsparungen – langfristig weniger innere Sicherheit, mehr Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, mehr Schuldner, mehr Obdachlose, mehr Arbeitslose

(Zurufe von der CDU)

und noch mehr Kinder und Jugendliche ohne Perspektive.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Mit Ihrer Politik nehmen Sie Menschen, jungen wie alten, in schwierigen Lebensverhältnissen, vielen Behinderten und ihren Angehörigen buchstäblich die nötige Luft zum Atmen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif (CDU): Stellen Sie sich vor, Bökel wäre Ministerpräsident!)

Frau Lautenschläger, ganz im Ernst: An Ihrer Stelle wäre ich zurückgetreten.

(Lachen bei der CDU)

Das wäre ich, jawohl. Denn niemand in Hessen wird Sie mehr als „Sozialministerin“ bezeichnen, sondern als „Totengräberin im Auftrag des Ministerpräsidenten“.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sage ich Ihnen: Machen Sie es wie wir, zeigen Sie Herrn Koch die rote Karte. – Ich bedanke mich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Oppermann für die CDU-Fraktion.

**Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Fuhrmann, Ihnen am frühen Morgen zuzuhören ist schon – ist schon stellenweise schmerzengeldpflichtig.

(Beifall bei der CDU – Gerhard Bökel (SPD): Der Satz ist ganz schön schwer auszusprechen!)

Meine Damen und Herren – –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Reden Sie weiter, Frau Kollegin Oppermann. Die Beruhigung wird eintreten.

**Anne Oppermann (CDU):**

Herr Präsident, wenn Sie das sagen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben da heute sehr viel geplärrt!)

Meine Damen und Herren, die letzte Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses ließ schon ahnen, wie Ihre Diskussionskultur abläuft. Beim Berichtsantrag zum Thema Frauenhäuser haben Sie, obwohl die Ministerin Ihre Fragen allesamt hinlänglich beantwortet hat

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

– Entschuldigung, Sie waren doch gar nicht dabei –,

(Heiterkeit bei der CDU)

immer wieder geantwortet: Die Fragen sind nicht beantwortet worden. – Meine Damen und Herren, es mag ja sein, dass Ihnen die Antworten nicht gefallen.

(Gernot Grumbach (SPD): Den Frauenhäusern gefallen sie nicht!)

Aber Sie können nicht so tun, als ob keine Beantwortung stattgefunden hätte.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist einfach zum Teil gelogen!)

Meine Damen und Herren, es macht keinem Spaß, Haushaltsmittel zu kürzen oder zu streichen. Glauben Sie denn, es ginge mir nicht nahe, wenn Menschen vor mir stehen und mit tränenerstickter Stimme sagen: Warum gerade wir? Warum gerade unsere Einrichtung?

(Gernot Grumbach (SPD): Warum machen Sie es dann nicht besser? – Gegenrufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir im dritten Jahr kein Wirtschaftswachstum haben,

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

wenn wir eine Konjunkturflaute haben – dabei ist „Flaute“ eigentlich nicht der richtige Begriff, wir haben eine Krise,

(Norbert Schmitt (SPD): Deswegen müssen wir Designermöbel kaufen!)

wir haben eine anhaltend hohe Zahl von Arbeitslosen –, dann geht es nicht mehr mit einem Weiter-so.

(Beifall bei der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liebe Frau Oppermann, das ist dieselbe Platte, die bei Ihnen seit vier Jahren läuft!)

– Lieber Herr Al-Wazir, die Steuereinnahmen sind uns weggebrochen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja!)

Durch die Steuerreform des Jahres 2000 hatten wir allein bei der Körperschaftsteuer

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben viel zu viel Geld bei höheren Steuereinnahmen ausgegeben!)

einen Verlust von 1,74 Milliarden €.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Finanzpolitik verstehen Sie rein gar nichts! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Im Saldo fehlen uns allein bei der Körperschaftsteuer in den Jahren 1999 bis 2003 4 Milliarden €. Ich drücke das immer ganz gern in D-Mark aus: Das sind 8 Milliarden DM, die uns allein da fehlen.

Zu der Entwicklung der Staatsverschuldung in Deutschland brauche ich nichts zu sagen. Da verweise ich nur auf das, was der Bundesfinanzminister am Wochenende zum Thema Neuverschuldung gesagt hat.

Meine Damen und Herren, wenn wir jetzt nicht gegensteuern, werden wir handlungsunfähig und setzen die Zukunftschancen der nachfolgenden Generationen aufs Spiel.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir leben hier in Hessen nicht auf einer Insel der Glückseligen. Allen Bundesländern geht es schlecht, egal, welcher politischen Couleur.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen Sie sich die Einsparungen in Nordrhein-Westfalen an.

(Gernot Grumbach (SPD): Schauen Sie doch einmal nach Bayern!)

Klammer auf: Rot-Grün, Klammer zu.

(Gernot Grumbach (SPD): Bayern hat Schulden abgebaut!)

NRW hat ungefähr das doppelte Haushaltsvolumen wie wir in Hessen und spart absolut das Gleiche: 2 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, die Einsparungen machen doch keinem Freude. Wenn wir aber in Berlin eine so miserable Bundesregierung haben, bleibt das nicht ohne Auswirkungen auf die Landes- und auf die kommunalen Haushalte.

(Beifall bei der CDU)

Nur wir in Hessen werden einen verfassungsgemäßen Haushalt vorlegen,

(Lebhaftes Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenrufe von der CDU)

anders als Herr Eichel, der für 2003 67 Milliarden € Schulden angemeldet hat; voraussichtlich werden es 85 Milliarden €, wenn nicht sogar 90 Milliarden €. Warten wir einmal die Steuerschätzung im November ab.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, gestatten Sie Zwischenfragen?

#### **Anne Oppermann (CDU):**

Nein, im Augenblick nicht.

Meine Damen und Herren, hier können wir doch nicht einfach die Augen verschließen und sagen: nach mir die Sintflut – egal, wie nachfolgende Generationen belastet werden. – Das ist unsozial.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist unstrittig, dass wir sparen müssen. Nun gibt es beim Sparen zwei Möglichkeiten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Pferderennen oder Frauenhäuser – sagen Sie einmal etwas dazu!)

– Ja, dazu sage ich auch etwas.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die eine Möglichkeit ist, man gibt weniger Geld aus. Die zweite ist, man erhöht die Steuern und Abgaben, d. h. man sucht neue Einnahmequellen. Sehen Sie, darin unterscheiden wir uns. Sie wollen die Bürgerinnen und Bürger noch mehr belasten.

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Reinhard Kahl (SPD): Das machen Sie doch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was reden Sie denn für einen Unsinn? Sie sind gegen die Steuerreform! Ihr Ministerpräsident ist dagegen, die Steuerreform vorzuziehen!)

– Lesen Sie doch einfach einmal Ihre Anträge.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Meine Damen und Herren, was an einer drastischen Kürzung der Pendlerpauschale oder an einer Abschaffung der Eigenheimzulage sozial sein soll, das bleibt Ihr Geheimnis.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Kollege, ich habe von einer drastischen Kürzung gesprochen. Ich habe nicht von der maßvollen gesprochen, die jetzt von den beiden Ministerpräsidenten vorgelegt worden ist.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie ist das mit den maßvollen Kürzungen bei den Frauenhäusern?)

Wen treffen denn die drastischen und harten Kürzungen bei der Pendlerpauschale? – Menschen mit niedrigem Einkommen werden betroffen sein.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin einmal gespannt, wer sich in der hessischen SPD durchsetzen wird – Herr Walter, der am 19.08. die komplette Abschaffung der Pendlerpauschale gefordert hat, oder die SPD-Chefin Ypsilanti, die am 25. September im ARD-Morgenmagazin die Kürzung der Pendlerpauschale scharf kritisiert hat.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie einmal darüber reden, was Sie gerade hier in Hessen anstellen?)

Auch Ihre Forderung nach Abschaffung der Eigenheimzulage bedeutet eine Belastung der Bezieher von kleinen und mittlerem Einkommen. Zudem ist sie familienpolitisch das absolut falsche Signal.

Meine Damen und Herren, ich widerspreche Ihnen ausdrücklich, wenn Sie von einem sozialen Kahlschlag sprechen. Ein besonderes Anliegen ist uns, die Förderung der Familien zu sichern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Soziale Brennpunkte! – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Alter Textbaustein!)

So bleibt die Offensive für Kinderbetreuung von der Streichung ausgenommen. Im Jahre 2004 stehen Fördermittel in derselben Höhe wie 2003 für Tagesmütter, Tagesmüttervermittlungsstellen, Kinderkrippen, Horte und Teilzeitbetreuung von Schulkindern zur Verfügung, nämlich 10,5 Millionen €. Ebenso wurde die Sprachförderung ausgenommen, weil es absolut richtig ist, wenn Kinder frühzeitig integriert werden. Die Konfliktberatung für Schwangere wird überhaupt nicht gekürzt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber für pro familia? Was erzählen Sie eigentlich?

– Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU): Hast du schon einmal etwas geschafft?)

Auch andere Förderbereiche sind von vornherein von Kürzungen ausgenommen, z. B. die Frühförderung behinderter Kinder, die Arbeitsmarktförderung für Sozialhilfeempfänger, das Hessische Aktionsprogramm Regionale Arbeitsmarktpolitik und die Landesfinanzierung der Schulkosten in der Altenpflege. Meine Damen und Herren, Sparen ist kein Selbstzweck.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei Ihnen ist es Ideologie!)

– Nein. – Es geht auch nicht um die Fragestellung: Hat eine Einrichtung gute oder schlechte Arbeit geleistet?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die eine bleibt, und die andere wird zuge-macht!)

Ich gehe davon aus, dass jede Einrichtung gute Arbeit ge-leistet hat, sonst hätte sie nämlich keine öffentlichen Zu-schüsse bekommen.

Zum Antrag der GRÜNEN zum Sozialbudget lassen Sie mich Folgendes sagen. Frau Fuhrmann und Frau Schön-hut-Keil, Sie hätten eigentlich einmal zu Ihren neuen Kol-leginnen und Kollegen fair sein und ihnen sagen sollen, wie das bei Ihnen Mitte der Neunzigerjahre war. Haben Sie schon vergessen, wie das bei Ihnen Mitte der Neunzi-gerjahre war?

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben im Gegensatz zu Ihnen ein Sozialbudget zur Sicherung der Leistungen gemacht!)

– Das will ich Ihnen sagen. Sie haben damals den Sozial-haushalt zum Steinbruch gemacht,

(Beifall bei der CDU – Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

haben die Reste zusammengekratzt und haben das als So-zialbudget verkauft. Das haben Sie damals gemacht. Sie mögen ein Kurzzeitgedächtnis haben,

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber Sie dürfen die Leute im Lande nicht für so naiv hal-ten, dass sie das vergessen hätten.

(Beifall bei der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir auch nicht verges-sen!)

Ich verhehle nicht, dass die Kürzungen in einzelnen Be-reichen dramatisch sind. Ich kann die Betroffenheit der Einzelnen durchaus nachvollziehen und habe großes Ver-ständnis dafür. Flächendeckend bleibt das Beratungsan-gebot erhalten,

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für ein Quatsch! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was für eine intellektuelle Belei-digung!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Bitte schön, Herr Kollege Al-Wazir,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber bitte schön!)

entschuldigen Sie sich nicht bei mir, aber bei Frau Opperman, wenn Sie dauernd dazwischenrufen. – Frau Opperman, Sie haben das Wort.

#### **Anne Oppermann (CDU):**

aber nicht mehr in dem Umfang wie bisher. Wir brauchen durch vermehrte Kooperation neue Vernetzungsstruktu-ren.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn nichts mehr da ist, was vernetzt werden kann?)

Wir sparen, um den Haushalt auf sichere Füße zu stellen und nicht rücksichtslos auf Kosten der nachfolgenden Ge-neration Schulden zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte mich ausdrücklich den Worten von Kardinal Lehmann anschließen, der von einem Umbau des Sozial-staates gesprochen hat.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aber nicht zerschlagen!)

Dieser Umbau bedeutet eine Kraftanstrengung aller, da-mit auch in Zukunft den Schwächsten in unserer Gesell-schaft geholfen werden kann. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Kollege Rentsch für die Fraktion der FDP.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tausend Leute werden arbeitslos, die machen die Einrichtung zu, und dann wird so eine Rede gehal-ten! – Gegenrufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, jetzt hat der Kollege Rentsch das Wort.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Herr Kollege Rentsch, warten Sie einen Augenblick. Die Zeit läuft noch nicht. – Bitte, jetzt haben Sie das Wort.

#### **Florian Rentsch (FDP):**

Können wir insgesamt in diesem Haus einmal ein Stück dazu beitragen, dass wir die Diskussion ein bisschen sach-licher führen?

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist heute Morgen schon sehr engagiert und hektisch diskutiert worden. Das ist bei dem Thema sicher auch nicht unverständlich. Aber vielleicht können wir die Dis-kussion wieder ein bisschen beruhigen und zu einigen wichtigen Themen im Rahmen dieses Sparprojektes zu-rückkommen.

(Volker Hoff (CDU): Guter Mann!)

Meine Damen und Herren, eines bleibt festzustellen. Frau Fuhrmann, Ihre Rede war sehr engagiert. Ich fand sie nicht in allen Punkten richtig, sondern eher in wenigen Punkten. Aber wo Sie Recht haben, ist natürlich der

Punkt, dass Sie festgestellt haben, das Sparen in diesem Bereich macht keinen Spaß.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es wird teuer!)

Auf der anderen Seite haben Sie leider nicht festgestellt, dass diese Einsparungen auch unter einer Landesregierung hätten getroffen werden müssen, die von einem Ministerpräsidenten Gerhard Bökel gestellt worden wäre.

(Beifall bei der FDP – Widerspruch der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist der Punkt, den man klar feststellen muss: Keine Landesregierung hätte diesen Bereich ausnehmen können. – Aus diesem Grund finde ich es schade, dass Sie nicht einmal konkrete Vorschläge gemacht haben. Die konkreten Vorschläge in Ihrer Rede habe ich etwas vermisst.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, wir kommen aufgrund der Haushaltssituation nicht darum herum, zu sparen. Kein Haushaltsbereich kann ausgenommen werden. Wir wollen jetzt nicht ein weiteres Mal Schuldenzuweisungen machen, woher diese Situation kommt. Frau Fuhrmann, natürlich ist klar, dass die Länder aufgrund der finanziellen Situation des Bundes momentan große Finanzprobleme haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich denke, das teilen alle Kollegen in diesem Haus. Das ist ein Punkt, wie auch immer das zustande gekommen ist. Insofern wird jedes Land, wird jede Landesregierung – das machen auch die Kollegen von Rot-Grün – Einsparungen beschließen müssen.

(Michael Denzin (FDP): Schlechte Politik in Berlin!)

Aus Sicht der jungen Generation – das darf ich als jüngster Abgeordneter in diesem Hause sagen – sind Einsparungen dringend notwendig. Wir reden momentan darüber, als ob wir mit dieser Einsparwelle schon alles Mögliche geschafft hätten. Natürlich ist klar: Die Nettoneuverschuldung bleibt bestehen. Es geht immer weiter. Die Abwärtsspirale setzt sich fort. Ich glaube, es müsste das Anliegen aller Parteien in diesem Hause sein, diese Spirale endlich zu stoppen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Eines ist aber auch klar: Mit dem Einsparprogramm der Landesregierung werden nicht nur Arbeitsplätze verloren gehen. Es wird auch viel ehrenamtliches Engagement, das damit verbunden ist, verloren gehen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Viele Frauenhäuser haben Förderkreise, in denen sich Mitglieder engagieren, die Geld und Arbeitszeit investieren.

(Petra Fuhrmann (SPD): Genau!)

Solche Strukturen werden sicherlich nicht mehr gehalten werden können, wenn Landesmittel wegfallen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kontakte gehen verloren.

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

Die Jugendberufshilfe im Main-Taunus-Kreis lebt z. B. ganz wesentlich davon, dass die zuständigen Mitarbeiterinnen über Jahre hinweg ein Kontaktnetz zu Firmen aufgebaut haben. Dieses Kontaktnetz wird von vielen ehrenamtlichen Kollegen mitbetreut. Ich glaube, es ist der Landesregierung bewusst, dass dies Einschnitte sind, die auch Auswirkungen auf das ehrenamtliche Engagement haben werden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das glaube ich nicht! – Jürgen May (SPD): Sind Sie da sicher?)

Ich hatte schon gesagt: Kein Bereich kann ausgenommen werden. Deshalb ist auch der Sozialbereich gefordert. Auch dort müssen Einsparungen getroffen werden. Frau Fuhrmann, in der Tat – da haben Sie Recht – hat hessische Sozialpolitik bis zum heutigen Tag Vorbildcharakter gehabt. Ich hoffe, das werden wir fortsetzen können. Das Niveau in Hessen ist sehr hoch. Das hat die Landesregierung unter Schwarz-Gelb fortgesetzt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zum jetzigen Zeitpunkt muss man sich fragen, wie wir dieses Niveau halten und stabilisieren können.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und bei Abgeordneten der SPD)

Die Vielfalt der sozialpolitischen Leistungen zeigt auch, wie viel Hessen über gesetzliche Vorgaben hinaus auf freiwilliger Grundlage Jahr für Jahr draufgelegt hat. In dem Bereich kann niemand bestreiten, dass es in den letzten Jahren auch Wildwuchs bei der Landesförderung gegeben hat.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir ehrlich sind, wissen wir, dass in den Bereichen, wo viel Geld ausgegeben wird, Wildwuchs und Missbrauch vorhanden sind. Auch darüber muss man ehrlich reden. Wenn wir über Einsparungen reden, müssen wir gucken, wo vernünftig gespart werden kann, wo es Wildwuchs gibt und wo man ihn zurückfahren kann. In den letzten Jahren wurde immer wieder draufgesattelt, ohne kritisch zu überprüfen, ob die Angebote in einzelnen Bereichen überhaupt notwendig sind und ob sie das halten, was sie versprechen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie vier Jahre lang mitgemacht! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Eine Qualitätskontrolle ist in dem Bereich dringend erforderlich. Vielleicht kann die Diskussion, die jetzt sehr hektisch geführt wird, dazu kommen, dass man im Bereich der Qualitätskontrolle bei der Nachprüfung solcher Angebote ein Stück weitergeht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zurufe der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jürgen May (SPD))

Insgesamt wird die FDP diesen Bereich der Einsparungen grundsätzlich unterstützen, da wir wenig Alternativen sehen, auch im Sozialhaushalt Einsparungen zu treffen. Das ist ganz klar.

Es gibt aber Sachen, die wir nicht akzeptieren und die wir nicht verstehen können. Wir fragen uns, warum es auf eine Art und Weise gemacht worden ist, die sicherlich niemandem gefallen kann. Die meisten Betroffenen haben nicht gewusst, was auf sie zukommt, geschweige denn, dass man



vorher mit ihnen beraten hat, wo die Kürzungen Sinn machen oder jedenfalls nicht so wehtun.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Manche haben erst durch das Internet erfahren, dass ihnen Zuschüsse gestrichen werden. Die Kürzungen wurden teilweise derart Hals über Kopf gemacht und bekannt gegeben, dass viele nicht einmal die Kündigungsfristen der Arbeitsverträge einhalten konnten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

An diesem Punkt müssen wir sagen: Das ist kein guter Stil. Wir hätten erwartet, dass die Betroffenen mit an einen Tisch kommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Denn, wer ehrenamtliches Engagement fördert und fordert, muss sich auch mit den Leuten, die dieses ehrenamtliche Engagement erbringen, an einen Tisch setzen und muss sie als Partner behandeln. Das haben wir in vielen Bereichen vermisst.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Frau Kollegin Fuhrmann hat es bereits angesprochen: Auch bei den Kirchen gibt es viel Kritik. Frau Lautenschläger, ich kann Sie teilweise verstehen, dass man sagt, man will ein Sparprogramm in der Größenordnung. Seien wir ehrlich: Wenn wir in die Runde gucken, wer weiß, wer es anders gemacht hätte?

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch Barbara Stolterfoht erlebt, wie sie gekämpft hat und nicht so willfährig Totengräberin war! – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Schmitt, wenn wir ehrlich sind, vielleicht schon. Wenn man aber ein solches Sparprogramm durchsetzen will, macht man es vielleicht politisch kurzfristig, dass man sagt, wir setzen den Leuten vollendete Tatsachen vor. Aber, wenn man die Kirchen sieht: Man kann mit einem Partner wie den Kirchen nicht am Montagabend ein Sparprogramm besprechen und am Dienstagmorgen sagen, dass es so aussieht. Das ist nicht in Ordnung gewesen. Das muss man auch feststellen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Stil der Landesregierung hat mir in sehr vielen Punkten missfallen. Ich hoffe, dass man sich mit den Partnern in Zukunft an einen Tisch setzt und überlegt, wie man das Ganze über die Bühne bringen kann. Denn eines ist klar: Auch die freien Träger können jetzt nicht im Regen stehen gelassen werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung muss auf die freien Träger zugehen. Man muss überlegen, was man gemeinsam machen kann. Denn die Leute sind in vielen Bereichen überfordert. Das ist das Problem. Sie wissen überhaupt nicht, wie sie mit diesem Problem umgehen sollen. Das heißt, sie haben jetzt gesagt bekommen: Spart ein. – Es laufen Arbeitsverträge. Wie soll das Ganze angepasst werden, Frau Lautenschläger?

(Petra Fuhrmann (SPD): Das interessiert die Landesregierung nicht!)

Ich bitte um eine Stellungnahme Ihrerseits, wie Sie sich das vorstellen und was die Landesregierung dort plant, wie man das Ganze in dieser Situation so abwickeln kann, dass nicht alle Partner hinten herunterfallen.

Einige der Maßnahmen hat die FDP bereits vor der Sommerpause vorgeschlagen. Wir haben ein 45-Punkte-Programm vorgelegt, das auch Einsparungen im Sozialbereich umfasste, und zwar sehr große. Es bleibt festzustellen: Wir vermissen die Perspektiven der Landesregierung bei den Einsparungen, die nachhaltigen Einsparungen, wo man sagen kann, dass über Jahre hinweg Strukturen aufgebaut werden, wo gespart wird.

(Beifall bei der FDP)

Weiterhin hat keine strenge Aufgabenkritik stattgefunden. Diese haben wir mit unserem Programm vorgelegt. Das haben wir hier auch vermisst. Einen Anfang hat das Sozialministerium gemacht, indem es geprüft hat, was in kommunaler Zuständigkeit ist, und eine Zuordnung vorgenommen hat. Dazu gehört z. B. auch die Unterbringung von Obdachlosen. Das Sozialministerium ist aber nicht weit genug gegangen. Meine Damen und Herren, Aufgabenkritik heißt nach liberaler Lesart auch, dass andere Förderschwerpunkte gesetzt werden, als es beispielsweise jetzt geschehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fragen Sie, welche sie gerne hätten! Das müssen Sie doch wissen!)

Frau Hinz, dazu muss man Besitzstände antasten. Da kann keine Landesregierung wegschauen. Förderungen, die es teilweise schon seit Jahrzehnten gibt und bei der überhaupt nicht mehr darüber nachgedacht wird, ob das in Ordnung ist – das geht so nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, hier hat der politische Mut aber teilweise noch gefehlt. Wir Liberale halten außerdem an bestimmten Schwerpunkten fest. Die Krise ist kein Grund, mit dem Rasenmäher zu hantieren. Intelligentes und auf Perspektive angelegtes Sparen bedeutet für die FDP z. B. auch, den Bildungssektor weiterhin als Schwerpunkt zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

Das hat die Landesregierung unter Schwarz-Gelb mit großem Engagement unter Einfluss der FDP getan. Unsere FDP-Fraktion hat heute einen Antrag vorgelegt, in dem wir diesen Bereich priorisieren. Ich hoffe, dass sich das Haus gemeinsam zu einer Priorität bei der Bildung durchringen kann. Denn wir müssen in Zeiten, in denen das Land sparen muss, klare Prioritäten setzen. Für eine liberale Partei ist Bildung ein absoluter Schwerpunkt in diesem Bundesland.

(Beifall bei der FDP)

Ich nenne einige Punkte, bei denen wir mit der Landesregierung nicht mitgehen können, weil wir das überhaupt nicht verstehen. Das gilt z. B. für die Schuldnerberatung, die zu 100 % gekürzt worden ist.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Ich bin als Jurist im Insolvenzrecht tätig. Wenn Sie sehen, wie viele Leute momentan eine Schuldnerberatung aufsuchen müssen, um sich über ihre Vermögensverhältnisse überhaupt erst einmal aufklären zu lassen – wie sieht es aus, welche Möglichkeiten habe ich noch, was kann ich bei

der Verbraucherinsolvenz rechtlich tun –, dann wissen Sie, dass dies ein sehr wichtiger Bereich ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Richtig, auch wirtschaftlich!)

In den letzten Jahren ist hier ein enormer Bedarf aufgebaut worden. Das hängt auch damit zusammen, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht mehr so ist, wie sie noch vor einigen Jahren war. Besorgniserregend ist vor allem, dass mehr und mehr Jugendliche in die Schuldenfalle tappen. Der Bedarf ist unabweisbar. In der Regel sind ganze Familien betroffen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hier in dem Maße zu kürzen, halten wir für keine sehr nachhaltige Politik, meine Damen und Herren.

Dass bei pro familia um 100 % gekürzt wird, halten wir ebenfalls nicht für sinnvoll.

(Beifall der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Dem Landesverband wird der gesamte Zuschuss gestrichen. Das sind 98.000 €. Auf der anderen Seite werden aber weiterhin kirchliche Beratungsstellen gefördert, die nicht nur Schwangerschaftskonfliktberatung anbieten, sondern darüber hinaus auch eine allgemeine Familienberatung. Die Konfliktberatung ist eine gesetzliche Aufgabe, die Familienberatung nicht. Hier wäre eine Aufgabenkritik dringend nötig gewesen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Horst Klee (CDU))

Bei Frauenhäusern wurde im Durchschnitt um 30 % gekürzt. Das ist eine sehr heikle Maßnahme. Sie ist deshalb heikel, weil der Bedarf und die Nachfrage steigen. Im Zusammenhang mit dem Gewaltschutzgesetz geht die Polizei neue Wege. Wenn sie zu häuslichen Streitigkeiten gerufen wird, weist sie die Opfer auf die lokalen Hilfsangebote hin, und sie vermittelt sogar entsprechende Kontakte, wenn dies gewünscht wird.

Die von CDU und FDP geführte Landesregierung hat diese Kooperation zwischen der Polizei und den Frauenhäusern initiiert und gefördert. Wir halten es für kontraproduktiv, erst durch Gesetz einen Bedarf aufzubauen und dann die Mittel für die Beratungsstellen zu streichen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Das ist keine sehr stimmige Maßnahme.

Wir hätten uns auch darüber gefreut – das haben wir mit unserem 45-Punkte-Programm auch gezeigt –, wenn man Bereiche angetastet hätte, über die in der Gesellschaft sehr unkritisch diskutiert wird. Das betrifft z. B. die Drogenberatung. Hinsichtlich der Drogenberatung sind alle Fraktionen dieses Hauses bisher sehr vorsichtig gewesen. Denn man sagt: Drogenabhängigen muss man helfen. Da müssen der Staat und das Land Hilfe leisten. – Bei der Drogenhilfe ist die Förderpraxis überhaupt nicht einleuchtend. Als Beispiel hierfür möchte ich die Selbsthilfe im Taunus, die SiT, nennen. Die SiT hat in den letzten Jahren sehr erfolgreich mit ehemals Drogenabhängigen gearbeitet. Es gibt klare Regeln und genaue Vorgaben, die strikt eingehalten werden müssen. Wer bei der SiT einen Wohnplatz haben will, der muss dort arbeiten. Eines bedingt hier also das andere. Genau diese Kombination führt zu dem Erfolg, der sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Integrationsquote beträgt dort über 80 %. Arbeit ist dort ein elementarer Bestandteil des Konzeptes. Wer es schafft, die Drogensucht hinter sich zu lassen und selbstständig für seinen Lebensunterhalt zu sorgen, wird kaum wieder rückfällig.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) und Heinrich Heidel (FDP))

Ein ähnliches Beispiel gibt es mit dem Hofgut Fleckenbühl bei Marburg, das ich auch für eine hervorragende Einrichtung halte.

(Beifall des Abg. Bernhard Bender (SPD))

Frau Ministerin, wir haben deshalb kein Verständnis dafür, dass mit den Programmen der Substitution durch Heroin und Methadon so unkritisch umgegangen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zwar kann man feststellen, dass das Land relativ wenig zu den Programmen der Heroinsubstitution dazugibt. Bei dem Methadonprogramm gibt das Land dann schon relativ viel. Substitutionsprogramme haben unserer Meinung nach wenig Aussicht auf Erfolg. Wer sich mit Betroffenen unterhält, weiß, dass diese Programme keine Zukunft haben. Wir würden uns deshalb wünschen, dass Sie in diesem Bereich aktiv werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Ein weiterer Einsparvorschlag der FDP war, den Bundesangestelltentarifvertrag, den BAT, nicht anzuwenden. Die Mehrzahl der Einrichtungen und Beratungsstellen wendet für ihre Mitarbeiter den BAT an. Unserer Meinung nach belohnt dieser Tarifvertrag weiß Gott nicht die Leistung der Mitarbeiter. Vielmehr belohnt er die Treue zu einem Träger, zu einem Arbeitgeber, den Familienstand usw. Ein leistungsbezogener Tarifvertrag könnte deutliche Anreize bieten.

(Beifall der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Wir sagen ganz klar: Wir würden uns von den freien Trägern wünschen, dass sie aus der Bezahlung nach dem BAT aussteigen. Sie sollten leistungsbezogene Verträge machen. Auch das könnte ein Stück weiterhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Daneben gibt es weitere Felder, auf denen gespart werden könnte. Ich halte es z. B. für legitim, über Folgendes einmal nachzudenken. Auch dabei handelt es sich um ein Thema, das als Tabuthema in diesem Haus behandelt wird. Man sollte sich fragen, ob für Einrichtungen der Behindertenhilfe 6 Millionen € bereitgestellt werden müssen, wenn davon nur 2 Millionen € abgerufen werden. Auch an dieser Stelle ist ein Konsolidierungsbeitrag gefragt.

Ich möchte nunmehr zu den Stellungnahmen der GRÜNEN und der SPD kommen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.



**Florian Rentsch (FDP):**

Danke schön. Ich komme gleich zum Schluss meiner Rede. – Frau Schulz-Asche, Ihre Fraktion hat einen eigenen Einsparvorschlag für den Sozialbereich gemacht. Zunächst möchte ich auf das Gute dabei zu sprechen kommen. Das war sicherlich sinnvoll und steht im Gegensatz zu dem, was andere Kollegen dieses Hauses getan haben. Diese sind hier nämlich bisher nur durch verbale Auftritte aufgefallen. Sie dagegen sind mit Substanz gekommen oder haben zumindest versucht, das zu tun. Allerdings mussten wir feststellen, dass dieser Einsparvorschlag nicht sehr seriös ist. Sie haben ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % zugrunde gelegt. Wir hoffen mit Ihnen – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 1,2 %!)

– Herr Kollege Al-Wazir, auch wir hätten es gerne, dass es zu einem Wirtschaftswachstum von 1,2 % kommt. Aber wir sind uns, glaube ich, sicher – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, wir können ja wetten!)

– Wir haben schon gewettet. Herr Dr. Jürgens und ich haben gestern Abend um eine Flasche Wein gewettet, dass es nicht so kommen wird. Ich bin mir relativ sicher, dass es so nicht kommen wird.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ui! Das sind die Alkoholiker hier! Lambrusco!)

Solche Vorschläge zum Einsparen sind natürlich nicht sehr solide. Frau Schulz-Asche, dazu muss man ganz klar sagen: Wer sich momentan auf die Bundesregierung verlässt, ist eher verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Deshalb sollten Sie eher versuchen, Einsparvorschläge in dem Bereich zu machen, für den Sie zuständig sind. Das ist der Sozialhaushalt. Beiträge zur Konsolidierung sind zwar immer interessant. Wenn sie aber nicht auf einem soliden Fundament gebaut sind, stellen sie keinen Weg aus der Krise dar.

Frau Fuhrmann, das Sozialbudget, das von Ihnen und der SPD vorgestellt wurde, ist nichts Neues. Das haben wir hier schon öfter diskutiert.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.

**Florian Rentsch (FDP):**

Nichtsdestotrotz bleibt festzustellen, ein Sozialbudget ist eine sinnvolle Einrichtung. Nur, wie will man eine solche sinnvolle Einrichtung mit einer langfristigen Planung für die Partner einrichten, wenn man hinsichtlich der Finanzen nicht planen kann?

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Kollege Schmitt, das Land ist inzwischen von Mitteln des Bundes stark abhängig. Es ist deshalb nicht möglich, eine solide Finanzplanung durchzuführen. Dann kann man auch Partnern kein Budget einräumen. Das geht also alles nicht. Insofern können wir das nicht unterstützen.

Ich komme zu meinem letzten Petitem.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, das muss aber Ihr allerletztes sein.

**Florian Rentsch (FDP):**

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Auf der Besuchertribüne begrüße ich unseren früheren Kollegen Aloys Zumbrägel. Lieber Aloys Zumbrägel, guten Morgen.

(Beifall)

Das Wort erteile ich Frau Abg. Schulz-Asche für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Zumbrägel war noch ein Sozialpolitiker! – Gegenruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ach komm, den habt ihr auch gejagt! – Weitere Zurufe)

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe den Zwischenruf nicht verstanden.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist auch gut so! – Frank Gotthardt (CDU): Haben Sie ihn nicht gehört oder nicht verstanden?)

Ich freue mich aber, dass Sie da sind. Sie haben mit Ihren Zwischenrufen immer eine sehr belebende Wirkung auf mich.

Herr Rentsch, vielen Dank für Ihre Rede. Ich fand sie in weiten Teilen sehr interessant. Ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass wir uns hinsichtlich des Sozialbudgets aufeinander zubewegen. Ich möchte Sie deswegen auffordern, heute mit uns an der Demonstration teilzunehmen, die hier draußen gegen das vorgesehene Sparpaket stattfinden wird. Ich denke, das wäre eine gute Konsequenz aus der Rede, die Sie gerade eben gehalten haben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Kahlschlag, den die Regierung Koch bei der hessischen Sozialpolitik plant, zerstört die finanziellen Grundlagen der in den Neunzigerjahren begonnenen Zusammenarbeit zwischen Land, Kreisen, Kommunen und Trägern sozialer Dienstleistungen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Durch die Art und Weise, wie dies geschieht, und die Kalküllosigkeit wird die Vertrauensbasis der Akteure in die Verlässlichkeit der Politik auf lange Zeit zerstört. Die Sicherstellung der gleichen Lebensverhältnisse der Menschen zwischen den Regionen, den Kreisen und den Gemeinden in Hessen wird verhindert werden.

Die Regierung hat es gesagt. Frau Oppermann hat es auch wiederholt behauptet. Es wurde gesagt, die Kürzungen im Sozialbereich seien in diesem Ausmaß notwendig und unausweichlich, die Streichungen seien auch ohne Beteili-

gung der Fachreferate, der Kommunen, der Kreise und der Träger intelligent. Ohnehin sei an allem die Regierung in Berlin schuld. Frei nach dem Orwellschen „Neusprech“ in „1984“ bekommt das Ergebnis den zynischen Namen „Operation sichere Zukunft“.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Nur wenige Kolleginnen und Kollegen der CDU haben sich getraut, von dem von der Staatskanzlei verteilten Sprechzettel abzuweichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Darauf werde ich aber noch einmal zurückkommen. Frau Oppermann ist dies heute nicht gelungen. Der Sozialministerin ist es bisher auch nicht gelungen. Aber einigen der Kollegen der CDU ist es gelungen. Auf einen davon werde ich später noch zu sprechen kommen.

Es bleibt aber festzustellen: Der Kahlschlag der von der CDU geführten Landesregierung in der sozialen Infrastruktur Hessens ist keineswegs ohne Alternative.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es wäre durchaus möglich, die Situation des Haushaltes um 30 Millionen € zu verbessern, ohne die soziale Infrastruktur zu zerschlagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben mit dem „Sozialbudget neu“ und mehreren Finanzierungsvorschlägen Alternativen vorgelegt. Herr Rentsch, wir hatten nämlich nicht nur einen Vorschlag. Denn wir halten es für zutiefst unsozial, im Endeffekt ist das auch entlarvend: Zur Sanierung des gesamten Haushaltes sollen insgesamt 5 % eingespart werden. Im Sozialbereich sollen aber mehr als 35 % gestrichen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Petra Fuhrmann (SPD): Das ist ein Skandal!)

So etwas geschieht nur, wenn man eine schwache Sozialministerin hat oder wenn man es will.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Mit unserem „Sozialbudget neu“ knüpfen wir an das 1997 unter der rot-grünen Landesregierung auf den Weg gebrachte Sozialbudget an. Auch damals war die finanzielle Situation schon schwierig, und es gab Sparzwänge. Aber im Gegensatz zur Regierung Koch haben wir nicht bei den Schwächsten der Gesellschaft und bei den unverschuldet in Not Geratenen begonnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben dort nicht den Rotstift angesetzt. Vielmehr haben wir Maßnahmen für diese aus dem Sparpaket herausgenommen. Das ist umso wichtiger, da gerade bei den Projekten, über die wir heute reden, bereits die Streichung geringer Zuschüsse zu Dominoeffekten führt. Das führt nämlich dazu, dass andere Projekte mit in den Ruin geraten, dass dann ganze Netzwerke ineinander greifender Hilfsangebote zerstört werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Die drohende Unterversorgung hinsichtlich der Beratungs- und Hilfsangebote betrifft doch nicht nur Menschen aus gesellschaftlichen Randgruppen. Davon sind auch Bürgerinnen und Bürger betroffen, die kurzfristig in materielle oder psychosoziale Not geraten sind. Dies kann z. B. durch eine Scheidung oder eine Trennung, durch die Geburt eines Kindes, durch Überschuldung beim Hauskauf oder längere Arbeitslosigkeit geschehen sein. Das kann auch durch eine Kombination von zwei oder mehreren solcher Krisen und Situationen geschehen. Das kommt nicht gerade selten vor.

Es ist heute schon absehbar, dass die für 2004 vorgesehenen Kürzungen in wenigen Jahren zu einem massiven Anstieg bei den Pflichtleistungen, vor allem auch der Kommunen bei der Sozialhilfe, führen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wenn wir andererseits bedenken, dass sich die Kosten für eine Sozialarbeiterstelle für ein Jahr bereits dann rechnen, wenn die Heimunterbringung eines einzigen Kindes verhindert werden kann, wird doch das Ausmaß dessen, was Sie hier vorhaben, deutlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Niemand kann heute die sicherheits- und ordnungspolitischen Folgekosten berechnen, die beispielsweise durch weniger Prävention im Drogen- und Gesundheitsbereich, bei der Vermeidung von Gewalt und Krisen entstehen.

Ziel unserer Sozialpolitik ist es hingegen, die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt zu stellen und mit bedarfsgerechten, wohnortnahen Hilfen und präventiven Angeboten zu versorgen. Unser „Sozialbudget neu“ sieht deshalb zwei Punkte vor. Zunächst schlagen wir vor, von der CDU-Landesregierung gestrichene Gelder in das „Sozialbudget neu“ zu übernehmen. Dazu gehören die Frauenprojekte, die Familienförderung, die Drogenhilfepolitik, die Behinderten-, Sozial-Benachteiligten-, die Kinder- und Jugendpolitik und die Gesundheitspolitik. Zudem haben wir einige neue Aufgaben in das Sozialbudget aufgenommen. Dazu gehören die niedrigschwelligen Angebote für Demenzkranke, die Schuldnerberatungsstellen, Innovationen in der Gesundheitspolitik und Integrationsmaßnahmen für Ausländer, Aussiedler und Vertriebene.

Zur Finanzierung dieses Budgets, für die dafür notwendigen 30 Millionen €, haben wir verschiedene Vorschläge gemacht, mit denen wir diese Summe fünffach abdecken könnten. Man muss eben nur wollen, meine Damen und Herren von der CDU, und die Landesregierung will das nicht.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Den Sprechzettel für CDU-Abgeordnete – ich hatte es schon angekündigt –, mit dem die CDU-Abgeordneten wie Tanzbären am Nasenring durch die Lande ziehen, kennen wir inzwischen alle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sogar die Sozialministerin kann diesem Sprechzettel substanzvoll nichts hinzufügen. Interessant wird es vor allem dann, wenn jemand gezwungen ist, ausführlicher zu antworten. Da entrüstet sich beispielsweise der CDU-Landtagsabgeordnete Rüdiger Hermanns in seinem Wahlkreis

– ich weiß nicht, ob er gerade da ist; Ihre Reihen sind bei dem Thema etwas gelichtet – über die „wenig qualifizierte Nörgelei“ und erklärt sein Unverständnis, wie man „über gestrichene 1.500 oder auch 3.000 € sich derart aufbläsen“ könne. – Vielen Dank, Herr Großhandelskaufmann. Hier spricht die absolute Nullqualifizierung, auf der Ihr so genanntes intelligentes Sparen beruht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hier zeigt sich die völlige Unkenntnis von Strukturierung und Funktionsweise sozialer Hilfen in Hessen. Meine Damen und Herren von der CDU, wissen Sie eigentlich, wovon die Rede ist, selbst wenn die Landesregierung von Ehrenamtlichkeit spricht? Viele der jetzt von Kürzungen und Streichungen betroffenen Initiativen arbeiten gerade mit geringen Mitteln und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, d. h. mit Menschen, die sich für andere Menschen einsetzen, dafür ihre Freizeit opfern, die selbst häufig Geld drauflegen oder sogar für ihre eigenen Initiativen spenden. Für solche Initiativen bedeutet 1.500 oder 3.000 € weniger, dass die Anmietung eines Raumes nicht mehr finanziert werden kann, dass die Fahrtkosten für Hausbesuche bei alten Menschen nicht mehr erstattet werden können, dass man die Porto- und Telefonkosten aus der eigenen Tasche finanzieren muss.

Herr Abg. Hermanns, nehmen Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen einfach einmal mit. Besuchen Sie diese Initiativen, die in so vielen gesellschaftlichen Bereichen ihre freiwillige Arbeit leisten.

(Michael Boddenberg (CDU): Das haben wir doch gemacht!)

Reden Sie mit diesen Menschen über deren Motivation, über ihre Arbeit, über notwendige Hilfestellungen und Vernetzungen und letztendlich über die Folgen der kochschen Giftliste auf ihre ehrenamtliche Arbeit. Was sagen Sie diesen Menschen eigentlich auf die Frage, wie sie trotz dieses sozialen Kahlschlags in den nächsten Jahren ihre Arbeit fortsetzen sollen? Sagen Sie aber bitte auf keinen Fall, es habe keine Alternative gegeben. Deshalb haben wir unser „Sozialbudget neu“ vorgelegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, was sagen Sie eigentlich Eltern, die sich mit der Bitte um Unterstützung an Sie wenden, weil sie sich Sorgen über eventuellen Drogenkonsum ihres Kindes machen? Derzeit liegen die Wartezeiten in den Beratungsstellen bei bis zu drei Monaten. In Zukunft werden es sechs oder mehr Monate sein, wenn es überhaupt noch Beratungsstellen gibt. Was werden Sie diesen Eltern sagen? Sagen Sie aber bitte auf keinen Fall, es habe keine Alternative gegeben. Deshalb haben wir unser „Sozialbudget neu“ vorgelegt.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, was sagen Sie zu einer jungen Familie mit zwei kleinen Kindern, die sich aufgrund eines Haus- oder Autokaufs verschuldet hat, plötzlich von Arbeitslosigkeit betroffen ist und in einen Schuldenkreislauf, in eheliche Krise und Verzweiflung gerät und dringend Beratung und Hilfe braucht? In den hessischen Schuldnerberatungen sind Familien die Hauptklientel. Verweisen Sie dann auf den berühmten Familientag von Frau Lautenschläger mit einem Luftballon pro Kind und Jahr? Das ist das, was im Sozialetat an Hilfen für

Familien übrig bleiben wird. Aber sagen Sie dieser Familie auf keinen Fall, es habe keine Alternative gegeben. Deswegen haben wir unser „Sozialbudget neu“ vorgelegt.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, was sagen Sie Frauen, die sich jetzt mit ihren Kindern in andere Landkreise begeben müssen, um sich vor häuslicher Gewalt zu schützen? Was sagen Sie obdachlosen Menschen, die sich mit der Bitte um Nahrung oder ein Dach über dem Kopf an Sie wenden? Was sagen Sie den vielen Jugendlichen, die in sozialen Brennpunkten aufwachsen und für die die Einrichtungen vor Ort die einzige Gewähr einer positiven Lebensperspektive bedeuten?

(Petra Fuhrmann (SPD): Oder eine warme Mahlzeit am Tag!)

Die Arbeit in sozialen Brennpunkten, die Förderung nachbarschaftlichen Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Schicht, all das sind Aktivitäten im Sozialbereich, meine Damen und Herren von der CDU, die die Menschen hier, ob bezahlt oder ehrenamtlich, aus den unterschiedlichsten Motiven leisten. Manche nennen es Solidarität, manche nennen es soziales Engagement, und manche nennen es einfach Nächstenliebe.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Manche nennen es christlich!)

Sie haben aber alle das Bewusstsein, dass es Kinder, Jugendliche, Familien, Migranten und alte Menschen in diesem Lande gibt, die auf die Hilfe ihrer Mitmenschen und der Gesellschaft angewiesen sind, die nicht alleine dazu in der Lage sind oder die mit geringen Mitteln dabei unterstützt werden können, wieder auf die eigene Kraft zu vertrauen.

Meine Damen und Herren, die Partnerschaft des Landes Hessen mit den Helfern und den Hilfe Suchenden ist durch die geplanten Kürzungen seitens der Landesregierung einseitig aufgekündigt worden. Lassen Sie dies im Interesse der Menschen in Hessen insgesamt, aber ganz besonders auch in Ihren Wahlkreisen – Sie sind zum großen Teil direkt gewählt worden – nicht zu.

(Lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Stimmen Sie stattdessen unserem „Sozialbudget neu“ zu. Aber wenn Sie es nicht tun sollten, dann sagen Sie hinterher auf keinen Fall, es habe keine Alternativen gegeben. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Staatsministerin Lautenschläger.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sparen ist kein Selbstzweck. Das hat niemand hier behauptet.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wollen etwas kaputtmachen, heißt das also!)



Meine Damen und Herren von der Opposition, vor allem die Kolleginnen von SPD und GRÜNEN, das Geschwätz von der ideologischen Brille sollten Sie besser lassen. Wir regieren bereits vier Jahre. Ich sage Ihnen ganz deutlich, in diesen vier Jahren haben wir in vielen Bereichen gekürzt und im Vorfeld Dinge verändert. Aber wir haben natürlich auch jetzt – das gilt für alle Maßnahmen, bei denen es auch mir persönlich an vielen Stellen schwer gefallen ist – Dinge streichen oder kürzen müssen, die wir selbst aufgebaut haben.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen halte ich es für völlig unredlich, an dieser Stelle über ideologische Brillen zu sprechen und nicht über die Maßnahmen, um die es tatsächlich geht.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sparen ist kein Selbstzweck. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Der Sozialhaushalt ist von sehr schmerzhaften Einschnitten betroffen. Man kann aber nicht kürzen, ohne dass es jemand merkt.

(Zurufe von der SPD)

In den letzten drei Jahren hatten wir kein Wachstum mehr. Das hat die von Ihnen geführte Bundesregierung ganz klar mit zu verantworten.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Textbaustein Nummer drei! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich verstehe, dass Sie sich an der Stelle aufregen, aber ich glaube trotzdem, dass wir die Diskussion versachlichen müssen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Einsparbetrag im Bereich der freiwilligen Leistungen ist im Sozialhaushalt genauso hoch wie in den Haushalten aller anderen Ministerien. Diese Einsparungen sind nicht einfach umzusetzen. Ich lege aber großen Wert auf die Feststellung, dass wir an der Stelle weniger als 5 % der gesamten Sparmaßnahmen umsetzen müssen und dass ich mich dazu entschlossen habe, Schwerpunkte zu setzen. Eine Schwerpunktsetzung kann ich gerade bei Ihnen nicht erkennen.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinsichtlich der Arbeitsmarktprogramme – HARA, Ausbildung in der Migration, Ausbildung für junge allein erziehende Mütter, Ausbildung statt Sozialhilfe – habe ich mich dazu entschlossen, hier Schwerpunkte zu definieren.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben uns gemeinsam dazu entschlossen, die Kindergartenförderung und die Offensive für Kinderbetreuung als geschützte Bereiche zu definieren, weil viele junge Frauen und viele Familien auf unsere Unterstützung angewiesen sind.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, sie nicht aus dem Arbeitsleben hinauszudrängen, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, Unterstützung anzunehmen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt im Übrigen auch für die Deutschförderung in den Kindergärten. Ich meine, das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Das hören Sie vielleicht nicht gerne, aber hier geht es darum, grundsätzlich zu definieren, dass alle Kinder frühzeitig die gleichen Chancen bekommen, damit viele Probleme, die wir gegenwärtig haben, auf Dauer gar nicht erst auftauchen können.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Gleiche gilt für die Frühförderung Behinderter. All das sind bedeutsame Aufgaben, die aus dem Haushalt des Sozialministeriums finanziert werden. Ich nenne in diesem Zusammenhang auch die Unterstützung der Altenpflegeschulen. Es geht darum, wie wir die Altenpflegeheime finanziell ausstatten. Gibt es genug Fachkräfte für die Betreuung? Werden die Menschen allein gelassen, wenn sie älter, pflegebedürftig und in einem Heim untergebracht sind? Ich habe mich dazu entschlossen, auch diesen Bereich von Kürzungen auszunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die uns gestellte Aufgabe wird dadurch nicht einfacher, denn wir müssen viele Maßnahmen, die wir in den vergangenen vier Jahren eingeführt haben, wieder streichen. Ich glaube aber nach wie vor, dass es der richtige Weg ist, Schwerpunkte zu setzen und das vor Ihnen zu verantworten, statt unseren Kindern Schulden aufzubürden.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was auf Bundesebene geschieht – schauen Sie sich nur einmal den Haushalt von Eichel und die Höhe der Verschuldung in diesem Jahr an –, halte ich für nicht vertretbar. Das ist ein ungedeckter Scheck auf die Zukunft.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen ganz klar sagen: Es ist keine einfache Entscheidung, einen Haushaltstitel um 30 % zu kürzen oder sich aus einer Förderung ganz zurückzuziehen. Ich führe viele Gespräche mit den Trägern, z. B. mit dem Diakonischen Werk und der Caritas. Ich verstehe sehr gut, dass es ein deutlicher Einschnitt ist, wenn man über lange Jahre hinweg mithilfe von Landesmitteln gute Arbeit geleistet hat und künftig keine Förderung mehr bekommt. Wenn man aber kein Geld mehr zu verteilen hat, dann muss man unterschiedliche Kriterien anlegen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Es gibt Alternativen!)

Ich habe mich z. B. ganz klar von der Überlegung leiten lassen, dass die Erziehungsberatung zwar nach wie vor ein ganz wichtiger Aufgabenbereich ist, dass das Land aber nur einen geringen Anteil an der Finanzierung dieser Aufgabe hat. Wir gehen davon aus, dass trotz Einschränkungen bei den Angeboten durch eine moderate Kürzung der Öffnungszeiten oder durch die Zusammenarbeit von zwei oder drei Trägern in einer Stadt die Möglichkeit besteht, ein flächendeckendes Netz an Beratungsstellen aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir auf der einen Seite bei der Sucht- und Drogenhilfe Streichungen vornehmen, aber gleichzeitig sicherstellen, dass in jedem Landkreis Beratungsstellen vorhan-

den sind, dann gehe ich davon aus, dass das Beratungsangebot aufrechterhalten werden kann.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses Vorgehen halte ich für verantwortungsvoller, als die Illusion eines Sozialbudgets zu erzeugen, die Sie heute hier wieder vorgetragen haben.

Wir brauchen mehr Wachstum auf Bundesebene. Sie wissen genau, dass die Verschuldung des Bundes weiter steigt und die Maastricht-Kriterien überhaupt keine Rolle mehr spielen. Diese Kriterien werden von Ihnen nicht einmal mehr erwähnt.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

– Herr Schmitt, schonen Sie Ihre Stimme. Ich stehe am Mikrofon und erläutere es Ihnen gern weiter.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin davon überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg gehen, wenn wir nicht nach der Rasenmähermethode kürzen.

(Lothar Klemm (SPD): Erläutern Sie es einmal! – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, was Frau Fuhrmann recht war, ist der Frau Ministerin billig.

(Lothar Klemm (SPD): Sie sagt, sie wolle es erläutern! Wir wollen ihr Gelegenheit dazu geben! Sie kann es aber nicht erläutern, das ist das Problem!)

– Sie brauchen das aber nicht fünfmal zu rufen. Einmal reicht, dann steht es im Protokoll. – Bitte schön, Frau Ministerin.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Als ehemaliger Wirtschaftsminister müssten Sie, Herr Klemm, die Zusammenhänge ein wenig besser verstehen.

(Beifall bei der CDU – Lebhaftes Zurufe von der SPD)

Ich nenne Ihnen ein anderes Beispiel. Schauen Sie sich die großen Reformen an, über die wir an der Stelle diskutieren: Harz III, Harz IV.

(Lothar Klemm (SPD): Sie können Ihre Politik nicht erläutern, weil Sie keine haben!)

Was machen Sie? Was sagen die großen Wirtschaftsforschungsinstitute? Das, was von Ihrer Bundesregierung am Freitag beschlossen werden soll, wird keinerlei Beschäftigungseffekte erzeugen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das ist der eigentliche Skandal. Wir brauchen wieder Beschäftigungseffekte. Diese Effekte sollten auch für einen ehemaligen Wirtschaftsminister eine zumindest kleine Rolle spielen, wenn es darum geht, die Zukunft der Sozialpolitik zu sichern.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Das spielt bei Ihnen aber keine Rolle. Die letzten Beschäftigungsfördernden Maßnahmen, die in Ihrer Reform steckten, sind inzwischen herausgenommen und weichgespült worden und haben überhaupt nichts mehr mit dem Versuch zu tun, arbeitslose Menschen wieder in Arbeit zu vermitteln. Ich bin gern bereit, Ihnen das auch an anderer Stelle noch einmal ausführlich zu erläutern.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Die Frage von Beschäftigungseffekten ist ganz entscheidend, insbesondere wenn wir über die Konsolidierung des Haushalts in Hessen sprechen. Nur dann, wenn wir es schaffen, Menschen wieder in Arbeit zu bringen, erzielen wir ein Wirtschaftswachstum. Dann wird es wieder möglich sein, mehr Geld für soziale Zwecke auszugeben.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Sehr geehrter Herr Kollege Rentsch, ich stimme Ihnen selbstverständlich zu, dass die Bildung in diesem Zusammenhang eine ganz entscheidende Rolle spielt. Eine gute Bildung und Ausbildung spielen, wenn wir auf Dauer weltweit mithalten wollen, sowohl bei der Förderung im Kindergarten als auch für den Zuständigkeitsbereich des Kultusministeriums und des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst eine entscheidende Rolle. Deshalb haben wir hier ganz klar Schwerpunkte definiert.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist virtuell, was Sie hier machen!)

Ich will Ihnen noch einen Punkt nennen. Ich habe bereits mit vielen Verbänden gesprochen, auch mit den Trägern von Frauenhäusern. Ich weiß, dass es eine ganz schwierige Entscheidung ist, die Förderung durch das Land einzustellen. Gleichzeitig müssen wir uns aber genau anschauen, wie das Netzwerk der Frauenhäuser aussieht, wie die Auslastungszahlen sind und welche Kooperationsmöglichkeiten an den verschiedensten Stellen bestehen.

Es ist mir wichtiger, dass ich an einigen Stellen voll fördern kann, also sage, dass dort das Angebot auf jeden Fall gesichert bleibt. An anderer Stelle nehme ich einen längeren Anfahrtsweg in Kauf. Das ist die Entscheidung, die ich getroffen habe. Aber das heißt nicht, dass es in diesem Bereich keine anderen Möglichkeiten mehr gibt, und es heißt auch nicht, dass es dort keine Kooperationsmöglichkeiten oder keine neuen Angebotsformen gibt.

Meine Damen und Herren von der Opposition – vor allem von der SPD und von den GRÜNEN –, ich glaube, Sie müssen sich die Mühe machen, etwas tiefer einzusteigen, und sich mit der Frage beschäftigen, wie wir an verschiedenen Stellen Schwerpunkte setzen können, statt das Wirtschaftswachstum schönzurechnen. Das ist völlig unredlich und eine Illusion, die inzwischen kein Wirtschaftswissenschaftler mehr teilt. Deshalb werden wir in Hessen unsere Hausaufgaben machen und mit vielen Kreisen und Kommunen darüber sprechen, wie wir die Aufgaben für die Zukunft definieren.

Nur, all das führt nicht an der Tatsache vorbei, dass wir mit weniger Geld auskommen müssen und dass man das den verschiedenen Angeboten tatsächlich anmerkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Dass das keine Freude macht, halte ich persönlich für eine Selbstverständlichkeit. Aber wir müssen darüber nachdenken, wo die Schwerpunkte sind, wo man bei der Kinderförderung dauerhaft mehr machen kann, wo man nach und nach wieder ausbauen kann und wo die Verantwort-

tung des Landes – wenn auch mit einem dünneren Netz – bestehen bleibt. Das haben wir an dieser Stelle getan. Zu dieser Schwerpunktbildung stehe ich.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich glaube, es ist der richtige Schritt, Schwerpunkte zu bilden und dann weiter zu konsolidieren. Das ist nämlich die entscheidende Frage, wenn es darum geht, Sicherheit für die Zukunft zu schaffen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Lassen Sie mich einen letzten Punkt ansprechen. Die entscheidenden Fragen, nämlich wie wir auch in Hessen weitermachen können, werden wir am Freitag in Bunderrat und Bundestag diskutieren; denn dort stehen entscheidende Reformen an. Dort geht es um die sozialen Sicherungssysteme, um die Arbeitslosenhilfe, um die Sozialhilfe und um das Gesundheitsmodernisierungsgesetz, über das ein Konsens erzielt wurde, um die schlimmsten Auswüchse abzufedern, damit die Gesundheitsversorgung auf einem vernünftigen Niveau erhalten bleiben kann. Dort müssen Sie mit uns über Reformen weiter streiten.

Aber Sie müssen vor allen Dingen dafür streiten, dass wir weiterhin Arbeitsmarkimpulse setzen können; denn das ist die Grundvoraussetzung für soziales Handeln und dafür, wieder vernünftige Politik zu machen.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Sprechblasen!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Frau Abg. Schönhut-Keil. Sie hat zwei Minuten und fünf Sekunden Redezeit.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fünf Minuten!)

– Die Frau Ministerin hat nicht länger geredet, als es die Fraktionsredezeit zulässt.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer fünf Minuten Redezeit nach der Rede der Ministerin! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist so, Norbert!)

– Dann eben sieben Minuten minus der zwei Minuten, die wir aufgrund der Vereinbarung, die nicht in der Geschäftsordnung steht, gestrichen haben. Stimmt das, Herr Kaufmann? – Okay.

#### **Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Lautenschläger, ich sage Ihnen an dieser Stelle ganz klar: Ihr immer wieder postulierter Umweg über Berlin wird Ihnen in dieser Fragestellung nichts mehr nützen, weil die Bürgerinnen und Bürger in Hessen längst begriffen haben, dass die Tatsache, dass wir in Hessen enorm viele Mittel kürzen müssen, nur einem Umstand geschuldet ist, nämlich einer gnadenlos verfehlten Haushaltspolitik der Regierung Koch/Weimar.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Mit über 2 Milliarden € Nettoneuverschuldung allein im Jahr 2002 machen Sie deutlich, dass Sie, wie die Kollegin Fuhrmann schon gesagt hat, einen guten Schuldenberater

nötig haben. Es ist geradezu ein Hohn, wenn Sie sich heute Morgen hierhin stellen und von Schwerpunkten sprechen, die Sie in Ihrer Sozialpolitik gebildet hätten. Fast wäre ich geneigt, zu sagen: Herr, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das mag für die neue Kollegin Oppermann im Sozialausschuss gelten. Herr Zumbrägel, Sie wissen schon, warum Sie jetzt da oben sitzen, nicht mehr hier unten. Ich freue mich für Sie, dass Sie das hier nicht verteidigen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber eines ist klar: Für die Ministerin gilt das in keiner Weise. Wenn Sie sich hierhin stellen und sagen, Sie wollten ein Netz erhalten, empfinden wir das als einen Schlag ins Gesicht all der Bedürftigen in diesem Land und insbesondere all der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht mehr wissen, bis wann sie noch einen Arbeitsplatz haben bzw. ab wann sie keinen mehr haben, und die nicht mehr wissen, wie sie mit der steigenden Zahl der Bedürftigen in ihren Einrichtungen umgehen sollen und ob sie im nächsten Jahr überhaupt noch in der Lage sind, die Beratung sachgemäß durchzuführen. Sich dann hierhin zu stellen und von der Förderung des Ehrenamts zu sprechen, hat in diesem Zusammenhang ein ganz besonderes Geschmäckle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich will Ihnen ganz klar sagen: Die Maske der Arroganz, die Sie allenthalben tragen, wenn es darum geht, mit dem Finger nach Berlin zu zeigen, wird Ihnen überhaupt nichts nützen. Frau Ministerin Lautenschläger, stoppen Sie Ihren sozialpolitischen Amoklauf, und bekennen Sie sich zu den Grundlagen des sozialen Friedens und zu der Stabilität in diesem Land. Das sage ich in allem Ernst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, man muss nicht mit Tränen in den Augen herumlaufen, wenn es um die Sozialpolitik geht. Vielmehr hat es Gründe, dass wir die niedrigschwelligen Hilfen für die Drogenabhängigen in Frankfurt und anderswo ausgebaut haben. Es hat Gründe, dass wir in die Schuldenberatung eingestiegen sind. Es hat doch Gründe, dass die Obdachlosensiedlungen in unseren Städten Ende der Siebzigerjahre aufgelöst worden sind. Es hat Gründe, dass wir die soziale Stadt geschaffen haben: Wir wollten das Abrutschen ganzer Stadtteile verhindern. Das hat etwas mit dem sozialen Frieden in unserem Land zu tun.

Sie setzen ihn jetzt aufs Spiel. Die Folgen werden in den nächsten Jahren eklatant spürbar sein. Wir werden nämlich wieder viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um genau das, was Sie hier mit Ihrem Amoklauf anrichten, wieder auszubügeln.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, einen solchen sozialpolitischen Skandal hat Hessen noch nie erlebt. Sie – oder wir in der nächsten Legislaturperiode – werden sehr viel mehr Geld in die Hand nehmen müssen, um das wieder aufzuräumen. Nur, in Anbetracht der persönlichen Schicksale, der Verwerfungen innerhalb einer ganzen Generation und der Chancenlosigkeit von Familien mit Kindern, nämlich ihres Abdriftens in die Armut, ist das eine zyni-



sche Maske. Ich will den Altbundeskanzler Schmidt zitieren: Dann könnte einem das Kotzen kommen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Entschuldigung, Frau Ypsilanti, Sie haben das Wort.

**Andrea Ypsilanti (SPD):**

Das war wohl so etwas wie ein Boykott hier?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Ypsilanti, hier wird nicht boykottiert. Leider Gottes war das ein Irrtum. Entschuldigen Sie bitte.

**Andrea Ypsilanti (SPD):**

Ich verzeihe Ihnen, Herr Präsident. Aber einiges kann man wirklich nicht unkommentiert stehen lassen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Staatsministerin, Sie gerieren sich hier wie eine hessische Maggie Thatcher. Es gibt nur einen Unterschied: Diese Frau hat ihre Entscheidungen immer selbst gefällt. Sie war keine Gehilfin von irgendjemandem, der ihr Vorgaben gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es so billig, angesichts der Finanzlage in Hessen immer nur mit dem Finger nach Berlin zu zeigen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Gucken Sie doch einmal genau dorthin!)

Reden wir doch einmal über das, was Sie in ihrer letzten Legislaturperiode zur Verfügung hatten: 8 Milliarden € mehr an Gesamteinnahmen als Rot-Grün in seiner letzten Legislaturperiode.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich können Sie fragen, was wir gemacht hätten. Wir hätten von vornherein eine andere Politik gemacht. Wir hätten das Geld nicht mit vollen Händen ausgegeben, um es hinterher auf dem Rücken der Allerschwächsten wieder einzusparen. Eben das hätten wir nicht getan.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich – darin gebe ich Herrn Rentsch Recht – muss man auch soziale Projekte überprüfen. Aber das macht man vorher. Man redet vorher mit den Initiativen, mit den Kirchen und den Verbänden und lässt sie es nicht so ganz kühl aus dem Internet herunterladen und sagt hinterher: Lasst uns doch noch einmal darüber reden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kommen wir einmal zu den Beschäftigungseffekten. Auch darüber können wir reden. Die Beschäftigungseffekte dieser „Operation sichere Zukunft“: Sie kostet 15.000 Arbeitsplätze – nette Beschäftigungseffekte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Es werden keine zusätzlichen 500 Lehrer in der nächsten Zeit eingestellt, es werden 1.000 Lehrer gespart – nette Beschäftigungseffekte.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Es wird weniger Polizei geben – nette Beschäftigungseffekte. Meine Damen und Herren, darüber können wir gerne reden.

(Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Ein konkretes Beispiel, damit kommen wir noch einmal zur Kinder- und Familienbetreuung: In meinem Wahlkreis wird ein Kinder- und Jugendhaus auf null gestellt. Dort bekommen einige Kinder aus sozialen Brennpunkten das einzige warme Mittagessen. Dort wird jetzt der Hortbereich abgebaut.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommen Mütter und sagen: Wenn der Hortbereich abgebaut wird, kann ich nicht mehr berufstätig sein – nette Beschäftigungseffekte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genauso ist es mit der Schuldnerberatung. Schuldnerberatung heißt, da geht jemand hin, weil er sich beraten lassen will, weil er nicht soziale Transferleistungen beziehen will, weil er sich in das Berufsleben eingliedern lassen will. Jemand, der eben nicht entschuldet wird, wird Sozialhilfebezieher sein – nette Beschäftigungseffekte.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss: Sie sagen mit einer Arroganz, dass es zu Kürzungen kommen wird, die man spüren wird, und dass dies nicht anders geht. – Sie werden es in der Tat zu spüren bekommen, und die Kommunen werden es zu spüren bekommen.

(Zurufe der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Was sagen eigentlich Ihre Bürgermeister dazu, die die Folgekosten dieser ganzen Affäre tragen müssen? Was sagen die Ihnen eigentlich? Was glauben Sie, was die Kommunen im Endeffekt drauflegen müssen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Hoff (CDU): Haben Sie die Bürgermeister gefragt, was sie zur rot-grünen Regierung in Berlin sagen?)

Zum Ehrenamt. Es wird nicht das eintreten, was Sie glauben. Die Ehrenamtlichen werden Ihnen nämlich auch die rote Karte zeigen. Ehrenamt haben wir nie als die Ausfallbürgung für den Wegfall staatlicher Leistungen verstanden. Genau das tun Sie. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ehrenamt funktioniert immer nur aus dem guten Mix von Fachkräften und ehrenamtlicher Arbeit. Wenn Sie das eine wegschneiden, wird das andere wegbrechen. Das werden Sie so schnell nicht wieder bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden es im Winter zu spüren bekommen, wenn die Obdachlosenhilfe zugemacht wird und Leute auf der Straße erfrieren. Wir werden es zu spüren bekommen, wenn die Drogenkriminalität, weil die Beratung wegfällt, wieder steigt. Wir werden es zu spüren bekommen, wenn die Jugendlichen ihre Freizeit an den Tankstellen und an den Bushaltestellen verbringen und nicht mehr in adäquaten Jugendhäusern. Wir werden es alle zu spüren bekommen – und Sie ganz bestimmt auch.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ei, ei, ei!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, der Antrag Drucks. 16/682 soll vereinbarungsgemäß an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Dem widerspricht keiner? – Dann wird das so erfolgen.

Noch eine Mitteilung: Wir haben festgestellt, dass der Abgeordnete Dr. Jung in dieser Plenarwoche seit 20 Jahren an Plenarsitzungen teilnimmt.

(Allgemeiner Beifall und Zurufe: Oh! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): So sieht er auch aus!)

Am 30.10.1983 ist Herr Dr. Jung in den Landtag eingetreten, das wollte ich einmal angemerkt haben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 40** auf:

#### **Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Föderalismusreform – Drucks. 16/662 zu Drucks. 16/64 –**

Herr Kollege Hahn hat das Wort für die FDP-Fraktion.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Föderalismus in Deutschland ist in einer Krise. Immer größere Aufgabenfülle beim Bund, Streitigkeiten über die Rolle des Bundesrats, Uneinigkeit im Finanzausgleich und ein immer stärkeres Europa höhlen die Kompetenzen der Länder und höhlen insbesondere die Kompetenzen der Landtage in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer weiter aus.

(Beifall bei der FDP)

Aus diesem Grund war es gut – das soll an dieser Stelle auch erwähnt werden –, dass der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtags, Kollege Arens, an der Spitze der Präsidentenkonferenz eine Initiative ergriffen hat, nach dem Motto „Die Landtage müssen endlich aus ihrer politischen Bedeutungslosigkeit herausgeführt werden“. Das kann man nur schaffen, indem man gemeinsam agiert. Das kann man nicht schaffen, indem man nur die Präsidenten der Landtage zusammentrommelt, sondern indem man die Fraktionsvorsitzenden der in den Landtagen vertretenen Fraktionen ebenfalls mit einlädt. Es war ein guter Tag für den Parlamentarismus, als die Länderparlamente am 31. März dieses Jahres in Lübeck eine gemeinsame Erklärung für einen stärkeren Aufbau der Landtage abgegeben haben.

Es ist sicherlich ein guter Tag für den Parlamentarismus und für den Föderalismus in unserem Land, wenn am

kommenden Donnerstag der Deutsche Bundestag und am kommenden Freitag der Bundesrat einen gemeinsamen Antrag zur Einrichtung einer Föderalismuskommission beschließen werden. Diese Kommission muss Schluss machen mit der Aufgabenfülle beim Bund, sie muss Schluss machen mit den Streitigkeiten über die Rolle des Bundesrats, sie muss Schluss machen mit der Uneinigkeit im Finanzausgleich, und sie muss ein System finden, dass die Landtage in der Europapolitik einen stärkeren Anteil haben. Meine Damen und Herren, dann geht es dem Föderalismus wieder gut, dann ist der Reformstau in unserem Land auch wieder aufzuheben. Wir brauchen eine Änderung, und die muss nun ganz schnell geschehen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Ich will hier ganz offen sagen, dass wir Liberale ein Problem damit haben, dass es nur eine Föderalismuskommission gibt. Wir haben Probleme damit, dass die großen Parteien in Berlin ausgehandelt haben, dass es 16 Parlamentarier des Bundestages und 16 Mitglieder des Bundesrats sind, die letztlich eine Entscheidung zu treffen haben. Wir haben ein Problem damit, dass man vereinbart hat, dass jeweils eine Zweidrittelmehrheit gefunden werden muss. Das nährt natürlich die Befürchtungen, dass dort nur der kleinste gemeinsame Nenner gesucht und gefunden werden kann. Das ist schade.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind davon ausgegangen, dass es eigentlich der Sache angemessen ist, einen Konvent – wie Anfang der Neunzigerjahre bei der Änderung des Grundgesetzes, als die neuen Bundesländer dazugekommen sind – einzusetzen. Wir haben aber zur Kenntnis zu nehmen – da sind wir Realisten genug –, dass das, was nunmehr am Ende der Woche in Berlin verabschiedet und am 7. November konstituiert wird, ein erster und notwendiger Schritt in die richtige Richtung ist. Wir Liberale werden uns natürlich mit aller Kraft, allem Wissen und aller Überzeugung an diesem Prozess beteiligen.

(Beifall bei der FDP)

Für uns Liberale – das sage ich für die Liberalen bundesweit – gilt, dass wir sechs Punkte bei der Diskussion als ganz wichtig betrachten: erstens Subsidiarität, zweitens klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten, drittens Wettbewerbsföderalismus – dies ist der wichtigste Punkt –, viertens Entflechtung der Verwaltungszuständigkeiten, fünftens Stärkung der Länder und der Landtage und sechstens eine bessere Einbindung unserer Politik in Europa.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Subsidiarität war einmal im Grundgesetz so angelegt. Als die Mütter und Väter das Grundgesetz geschaffen haben, gab es noch nicht eine Reihe von Sondervorschriften. Diese sind in den Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahren in die Verfassung aufgenommen worden. Ich sage noch nicht einmal, dass alles falsch war, was aufgenommen wurde; aber jetzt ist es nicht mehr notwendig.

Warum brauchen wir eigentlich eine konkurrierende Gesetzgebung dergestalt, dass der Bund immer das Erstzugriffsrecht hat? Wieso können wir das nicht einfach herumdrehen und sagen, wenn die Länder dieses nutzen, dann hat sich der Bund daraus zurückzuziehen? Warum brauchen wir eigentlich eine Rahmengesetzgebung, die so ins Detail verliebt ist – ein Wort unseres Bundespräsidenten Rau, der dies am 31. März in Lübeck gesagt hat?

Es kann ja sein, dass es in dem einen oder anderen Fall zur Vereinheitlichung der Rechtslage eine Rahmengesetzgebung braucht – aber bitte nicht bis zum Spiegelstrich und ins Detail geregelt, sondern wirklich nur die ganz, ganz groben Rahmen. Im Beamtenrecht braucht man die sicherlich noch, um auch Veränderungen – beispielsweise Umzug – einigermaßen erfassen zu können.

Als Liberale sagen wir eindeutig: So viel Gesetzgebungskompetenz wie möglich muss den Ländern zurückgegeben werden. Auf der anderen Seite sagen wir aber auch, diese irre Zahl von Zuständigkeiten des Bundesrates muss reduziert werden.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wieso eigentlich sind 60 bis 65 % aller Gesetzesinitiativen des Bundestages zustimmungspflichtig?

(Michael Siebel (SPD): Damit der Koch blockieren kann!)

– Herr Siebel, dieser Zwischenruf war so unintelligent, dass ich jetzt nicht „Lafontaine“ und anderes entgegne.

Als die Väter und Mütter das Grundgesetz formuliert haben, waren es etwa 20 bis 25 % der Gesetzesbeschlüsse des Bundestages, die mit einer Zustimmung des Bundesrates versehen werden mussten. Schon allein daran kann man erkennen, dass wir einen Profit in der Politik haben, wenn wir diese Entflechtung vornehmen – auf der einen Seite eine Vielzahl von Gesetzgebungskompetenzen herunter, vom Bund auf die Länder. Wir sind näher an den Menschen und an den Problemen. Das merkt man teilweise, wenn man mit Bundestagsabgeordneten der eigenen oder anderer Parteien spricht.

(Volker Hoff (CDU): Das stimmt!)

Kümmern wir uns doch darum. Auf der anderen Seite sollen sie das, was sie in Berlin zu entscheiden haben, selbst entscheiden können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur der Punkt Subsidiarität, sondern es ist auch der Punkt klare Zuständigkeiten. Das ist auch der Profit für den Bürger. Der Bürger kann doch überhaupt nicht mehr unterscheiden, was eigentlich Länder, was Bundessache ist. Für den ist das doch alles ein Durcheinander und überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Deshalb kann er auch nicht mehr loben oder abstrafen. Deshalb haben wir auch bei jeder Landtagswahl, oder wenn Landtagswahlen zusammenfallen, wie am 2. Februar, eine kleine Bundestagswahl. Für den Bürger sind das „die Politiker“, die da irgendetwas machen.

Nein, die saubere Trennung muss hergestellt, die Verantwortlichkeiten müssen wieder geschaffen werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das können wir schaffen durch die Streichung der Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern – Art. 91a und 91b –, die Abschaffung der Mischfinanzierung und die Abschaffung der Bundesfinanzhilfen nach Art. 104a Grundgesetz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Liberale möchten wir eine klare Trennung der Aufgaben und Zuständigkeiten haben. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies auch ein politischer Befreiungsschlag für unsere Republik in der jetzigen Situation ist.

(Beifall bei der FDP)

Dazu gehört das Konnexitätsprinzip. Die Hessen haben es eingeführt. Der Bund zielt sich. Gerade am Wochenende hatten wir wieder Diskussionen in unserem eigenen poli-

tischen Laden. Da wurde mir gesagt: Es ist ja schön, dass ihr Länder das habt, aber wir vom Bund – es ist doch unüberschaubar, welche finanziellen Folgen das hat. – Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, das kann nicht sein. Wenn der Bund bestellt, dann muss der Bund auch bezahlen – genau so, wie, wenn das Land Hessen bestellt, auch das Land Hessen bezahlen muss.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Das Wichtigste für uns ist der Wettbewerbsföderalismus. Wir sind in eine Falle hineingelaufen, indem wir Art. 72 unseres Grundgesetzes, der von der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse spricht, als eine Gleichmacherei der Lebensverhältnisse verstanden haben. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, für uns Liberale steht die Freiheit vor der Gleichheit. Für uns Liberale ist es wichtig, dass man die Freiheit haben muss – und auch ein Land die Freiheit haben muss –, anders und besser zu sein als das andere Land.

(Beifall bei der FDP)

Daran dürfen wir nicht durch gesetzliche Rahmenbedingungen gehindert werden.

Unsere Vorschläge zu den Themen Verwaltungszuständigkeiten und Europa haben Sie in den letzten Wochen und Monaten aus den zahlreichen FDP-Papieren lesen können. An dieser Stelle möchte ich – das ist mein persönliches Bedürfnis – Otto Graf Lambsdorff danken.

(Beifall bei der FDP)

Gäbe es nicht Otto Graf Lambsdorff und die von ihm geleitete Föderalismuskommission der Friedrich-Naumann-Stiftung, die parteiübergreifend besetzt wurde – Otto Graf Lambsdorff macht, seitdem er aus der aktiven Politik heraus ist, alles parteiübergreifend, und das ist gut so –,

(Beifall bei der FDP)

hätte es die Diskussion und die Erfolge nicht gegeben, die wir mit der Einsetzung der Föderalismuskommission am Donnerstag und Freitag in Berlin sehen.

Es muss offensichtlich ältere und erfahrenere Politiker geben, die diesem Land letztlich den Anstoß geben, endlich aus seiner Starre herauszukommen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als Hessischer Landtag sollten uns daran aktiv beteiligen – wo und auf welchen Ebenen wir das können. Ich bin dankbar, dass wir ein System der Rücksprache und Konsultationen zwischen der ersten Gewalt – nämlich uns – und der zweiten Gewalt – dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett – haben, dass diese Nickeligkeiten aufhören, dass die erste Gewalt von der „Gnade“ der Information durch die zweite Gewalt abhängig ist, und wir jetzt auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren. Ich bin dankbar dafür, dass wir auf der Ebene der Konferenzen der Vorsitzenden aller hier im Landtag vertretenen Fraktionen eine Einigung gefunden haben, wie wir uns organisieren, wie wir auch personell aufgestellt in diese Debatte gehen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ministerpräsidenten – egal, welches Parteibuch sie haben –, die stellvertretenden Ministerpräsidenten – davon habe ich auch fünf in meiner Truppe – –

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Gewalt habe ich auch: Die Redezeit ist vorbei.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Vielen Dank, Herr Präsident, ich bin auch gerade in der Schleife zu meinem letzten Satz.

Die Genannten haben natürlich weniger Interesse daran, das zu machen, wovon ich vorhin gesprochen habe, nämlich die Zustimmungspflichtigkeiten im Bundesrat aufzuheben. Denn ihre Rolle auf der Berliner Bühne wird dann kleiner. Das ist auch ganz natürlich so. Das Sein und das Bewusstsein gehören – wir wissen es – komischerweise immer zusammen. Franz Josef Jung und ich haben in den letzten Wochen schon schöne Erfahrungen in Berlin mit Regierenden Bürgermeistern und Ministerpräsidenten machen können, die noch vor einigen Monaten Fraktionsvorsitzende waren.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, deshalb halte ich so viel von diesen sechs, die jetzt immerhin ständige Gäste in dieser Kommission sein dürfen, die Politik für die Landtage machen können, die das Sein und das Bewusstsein verbinden: dass das Parlament der Ort der Entscheidung ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird hoffentlich gut für den Föderalismus und damit auch für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Jung für die Fraktion der CDU.

**Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, es ist gut, dass wir im Rahmen dieser Woche über die Grundfragen des Föderalismus und seine Zukunft hier debattieren. Wenn ich es richtig sehe, dann tun wir das hier im Konsens. Ich denke schon, dass in dieser Woche eine große Chance für den Föderalismus in Deutschland besteht, eine große Chance, klare politische Verantwortlichkeiten wieder herzustellen, indem nämlich sowohl morgen der Bundestag als auch am Freitag der Bundesrat diese Kommission einsetzen wird, die den Titel trägt „Modernisierung bundesstaatlicher Ordnung“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommission hat sich drei Aufgabenschwerpunkte vorgenommen. An denen sollten wir uns im Rahmen dieser Debatte orientieren. Erstens ist vorgesehen, dass die Zuordnung der Gesetzgebungszuständigkeiten erörtert wird. Zweitens geht es um die Zuständigkeit und die Mitwirkungsrechte der Länder in der Bundesgesetzgebung. Drittens wird es um die Finanzbeziehungen, insbesondere die Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen, zwischen Bund und Ländern gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass es zunächst die Vorstellung gab, dass Bundestag, Bundesrat und die Bundesregierung diese Kommission bestücken. Ich begrüße es ausdrücklich namens der Fraktion – und ich denke, in diesem Sinne spreche ich für alle Fraktionen –, dass es gelungen ist, sechs Vertreter aus den

Länderparlamenten beratend an dieser Kommission zu beteiligen und sie in die Diskussionen eingreifen und daran mitwirken zu lassen. Ebenso ihre Stellvertreter. Damit können wir die Position der Landesparlamente in die Diskussionen dieser Kommission positiv einbringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich hier besonders zwei Punkte hervorheben. Vom Grundsatz her ist festzuhalten, dass sich der Föderalismus in Deutschland in mehr als 50 Jahren der Geltung des Grundgesetzes positiv bewährt hat. Die Grundentscheidung für den Föderalismus war richtig. Nunmehr aber gilt es, wieder frischen Wind in den Föderalismus zu bringen. Es gilt, Fehlentwicklungen zu korrigieren und in der Zukunft wieder zu klareren Verantwortlichkeiten zu kommen. Das ist notwendig auch im Hinblick auf die Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Tatsache ist auch, dass manche Schwierigkeiten in Deutschland davon abhängen, dass im Grunde genommen politische Zuordnungen nicht mehr in der Art und Weise klar konzipiert sind, wie sich das die Väter und Mütter unserer Verfassung ursprünglich vorgestellt haben.

Meine Damen und Herren, deshalb denke ich, Beratungsgrundlage sind die Vorschläge der Ministerpräsidentenkonferenz und die Lübecker Erklärung, die die Landesparlamentarier verabschiedet haben. Als CDU-Fraktion haben wir zehn Punkte mit dem Titel „Starke Länder für ein starkes Deutschland“ beschlossen. Wir haben sie den Bundestagsfraktionen zugeleitet. Ich denke, über diesen Konsens der Fraktionen werden wir hier zu einer positiven Entscheidung kommen.

Lassen Sie mich vier Schwerpunkte aus der Vielzahl der Punkte herausgreifen, die hier diskutiert werden und die aus meiner Sicht essenziell für das sind, was jetzt reformbedürftig ist, und wo man möglichst eine positive Entscheidung herbeiführen sollte.

Erstens. Ich glaube, es muss wieder mehr und klarere Kompetenzen für die Länder und damit für die Landesparlamente geben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Es hat einen schleichenden Prozess der Verflechtung, auch teilweise der Verlagerung von Länderkompetenzen auf den Bund stattgefunden, woran die Länder teilweise nicht ganz unbeteiligt waren. Oft haben finanzielle Gründe eine Rolle gespielt. Aber es hat dazu geführt, dass nicht mehr klare Verantwortlichkeiten vorhanden sind und dass man, wenn man Föderalismus ernst nimmt, eine klare Stärkung der Länder und damit der Landesparlamente in Zukunft braucht und auch in Zukunft will.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Zweitens. Wir wollten deutlich machen – ich finde ich – das gehört dazu –, dass in Zukunft mit einer klaren Zuordnung von Kompetenzen für die Länder im Grunde genommen der Verzicht der Länder auf Mitwirkungsrechte in der Bundesgesetzgebung einhergeht, wenn es um Grundsatzfragen des Bundes geht.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Es ist nämlich die Wahrheit, dass sich die Verfassungsväter und Verfassungsmütter in etwa vorgestellt haben, dass 10 % der Bundesgesetzgebung zustimmungspflichtig ist. Die Realität ist die, dass heute zwei Drittel der Bundesgesetzgebung zustimmungspflichtig sind.

Man kann doch nur im Nachhinein feststellen, was wäre es für ein Segen für die Bundesrepublik Deutschland ge-



wesen, wenn die Petersberger Beschlüsse im Jahre 1998 Realität in der Steuerreform geworden wären und nicht die Herren Lafontaine, Schröder und Eichel hätten blockieren können.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch in den zukünftigen Fragen. Das sage ich ganz klar. Ich glaube, hier brauchen wir mit einer klaren Länderkompetenz aber auch ein klares Signal von den Ländern für die Bereitschaft, die Zustimmungspflicht zurückzuführen. Ich denke, dass hiermit in Zukunft wieder zusätzliche Dynamik in die politische Entscheidung Einzug halten wird.

Dritter Punkt. Wir brauchen eine klare Aufgaben- und Ausgabenverantwortung zwischen Bund und Ländern. Die ganze Situation der Mischfinanzierung und der Gemeinschaftsaufgaben hat dazu geführt, dass nicht mehr klare Verantwortlichkeiten da sind und dass im Grunde genommen nicht mehr konkrete Handlungsfähigkeit in den unterschiedlichsten Bereichen vorhanden ist.

Der Abstimmungsprozess, die Vermischung der Verantwortlichkeiten führen im Grunde genommen zu einer Fehlentwicklung. Wir können beispielsweise die Frage der Gemeindeverkehrsfinanzierung selbst regeln. Wir können den Wohnungsbau selbst machen. Wir können den Hochschulbau selbst machen. Dazu brauchen wir keine Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wer ein typisches Beispiel dafür will, was sich falsch entwickelt hat, dem mag klar gesagt werden: Allein an dem einen Beispiel Bau der U-Bahn-Station an der Messe in Frankfurt mit der Zuständigkeit der Stadt Frankfurt am Main, mit der Zuständigkeit des Landes und mit der Zuständigkeit der Bundesrepublik Deutschland merkt man deutlich, dass dies eine Farce ist, wie sich das entwickelt hat, und dass hier in Zukunft klare Verantwortlichkeiten auf einer Ebene stattfinden sollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist allerdings auch – das füge ich aus meiner Sicht hinzu – der schwierigste Teil der Diskussion, weil es nämlich hier eine unterschiedliche Einschätzung zwischen denjenigen gibt, die sich Geberländer nennen, und denjenigen, die sich Nehmerländer nennen. Jörg-Uwe Hahn hat gerade ein Beispiel von gemeinsamen Erfahrungen dargestellt, die wir in den letzten Wochen in Berlin gemacht haben.

Ich will nur Folgendes sagen. Ich glaube, wir müssen auch als Geberland deutlich machen, dass wir auch in Zukunft eine Grundsolidarität zwischen den Ländern brauchen, aber dass es schon richtig ist, dass das für diejenigen Länder, die sich entsprechend mehr anstrengen, die damit auch entsprechend mehr Erfolg haben, nicht nivelliert wird und im Grunde genommen Leistungen auf dieser Ebene nicht belohnt werden. Insofern ist Wettbewerbsordnung in Zukunft angebracht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube auch, dass Gleichwertigkeit nicht Gleichförmigkeit heißt. Aber ich wiederhole – das will ich einmal akzentuieren, weil ich den Eindruck habe, dass das sonst in die falsche Richtung geht –: Wir brauchen auch ein Stück der Grundsolidarität. Das müssen wir gegenüber den Nehmerländern signalisieren, weil wir sonst in dieser Frage – da bin ich relativ sicher – nicht weiterkommen.

Beispielsweise trägt Mecklenburg-Vorpommern vor, dass dort eben nicht die Voraussetzungen vorliegen, das selbst zu machen, wie sie beispielsweise das Land Hessen hat. Hier braucht es noch gewisser Kraftanstrengung, um eine Reform hinzukriegen, die sich als Ordnung des politischen Wettbewerbs nachher entsprechend realisieren lässt.

Vierter Punkt. Ich glaube, wir sollten die Rahmengesetzgebung vom Grundsatz her beenden und dafür sorgen, dass es Zugriffsrechte oder Öffnungsklauseln für die Länder gibt. Klartext: Wir haben beispielsweise im Bundesrat unser Modell vorgetragen – Thema Wisconsin, jeder weiß, über was ich rede. Warum hat das Land Hessen nicht die Chance gehabt, im Rahmen einer Experimentierklausel oder Öffnungsklausel zu zeigen, dass es das in der Praxis konkret umsetzen kann? Warum ist das vom Bund verweigert worden?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch dort muss es in Zukunft Chancen geben, dass die Länder eine entsprechende Möglichkeit haben, sich selbst zu positionieren und ihren Weg zu gehen, um damit eine zusätzliche Dynamik in einen politischen Prozess hineinzu bringen.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Kollegin Wagner, unabhängig von der Frage sind wir darüber einig, das gehört aber nicht zum Kommissionsauftrag: Es wäre auch sinnvoll, wenn die gesamten Zwischengremien zwischen Bund und Ländern, das so genannte föderative Kommissionswesen, in Zukunft ein Stück reduziert wird, weil hier auf Ebenen, die keiner politischen Verantwortlichkeit unterworfen sind, oft Entscheidungen von einem Ausmaß getroffen werden, die wir nachher politisch zu verantworten haben, wozu es aber keine Kontrollfunktion gibt. Auch dort müssen wir ein Stück weiterkommen, was die Entflechtung dieser Strukturen anbelangt.

(Beifall bei der CDU, der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

Deshalb gilt auch – ich unterstreiche das, was der Kollege Hahn gesagt hat –, der Grundsatz der Subsidiarität muss umgesetzt werden. Es gilt auch das, was wir hier durch Volksabstimmung umgesetzt haben, dass das Konnexitätsprinzip im Verhältnis zwischen Bund und Ländern Wirklichkeit wird.

Letzter Punkt. Meine Damen und Herren, ich halte es für einen wichtigen Beitrag, dass wir uns im Lande verständigt haben, dass wir sozusagen einen Jour fixe im Rahmen von Plenartagen vereinbart haben – zwischen der Landesregierung, dem Landtagspräsident, dem Vorsitzenden des Hauptausschusses und allen vier Fraktionen –, wo wir erstens diesen Prozess positiv begleiten wollen und zweitens dafür sorgen wollen, dass in der Frage der inneren Organisation des Landes Hessen, eine Stärkung der Rechte dieses Landesparlamentes bei der Einwirkung auf Entscheidungen, die teilweise auf der Bundesebene stattfinden, und auch im Bereich des Prozesses in Europa hier stattfindet. Ich glaube, hier sind wir ein positives Stück nach vorne gekommen.

Ich appelliere deshalb an uns alle, dass es uns gemeinsam gelingt, mit der Einsetzung dieser Kommission – morgen der Bundestag und am Freitag der Bundesrat – einen entscheidenden Schritt nach vorne zu gehen, eine Reform unseres positiven demokratischen Systems zu bewirken, zu klaren Verantwortlichkeiten zu kommen und damit

auch einen Beitrag zu leisten, dass das Vertrauen in die Politik in Deutschland wieder wächst, dass mehr Dynamik durch klare Verantwortlichkeiten entsteht. Das ist ein wichtiger Impuls, der hier gesetzt werden muss. Ich bin optimistisch, dass es mit der Unterstützung aller Fraktionen gelingt, diesen Weg auch positiv zu begleiten. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und des Abg. Jürgen Walter (SPD))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Kollege Walter.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir streiten oft und regelmäßig, manchmal mehr, manchmal weniger leidenschaftlich, um die Reformen, die in unserem Land notwendig sind. Umso mehr freut es mich, dass es uns gelungen ist, heute bei einer – davon bin ich überzeugt – der wichtigsten Reformbaustellen in unserem Lande zu einer gemeinsamen Linie aller vier Fraktionen gefunden zu haben.

Hier ist der Konsens auch bitter nötig, wenn wir weiterkommen wollen. Denn vielleicht im Gegensatz zu den einen oder anderen großen Reformthemen benötigen wir bei einer Reform des Föderalismus nicht nur den Konsens zwischen den Parteien, sondern wir brauchen auch den Konsens zwischen den Ländern – den wohlhabenden und den weniger wohlhabenden zumal –, und wir brauchen einen Konsens zwischen den verschiedenen föderalen Ebenen der Bundesrepublik Deutschland. Wir brauchen also nicht nur einen Konsens, sondern drei Konsense.

Wenn wir alle sagen, das muss alles transparent passieren, dann haben wir die Situation, dass es wieder sehr viele Kommissionen gibt, die sich über diese Fragen mehr oder weniger intern zu unterhalten haben. Eigentlich hat Herr Kollege Jung völlig Recht. Es ist doch ein skurriler Vorgang. Wir alle sagen: Die Grundentscheidung für den Föderalismus in der Bundesrepublik Deutschland war eine gute, war eine richtige.

Zugleich beklagen wir aber, dass der Föderalismus an vielen Stellen zur Blockade, zu Stillstand und zu Intransparenz von politischen Entscheidungen geführt hat. Wir reden von einem Exekutivföderalismus, also einem Föderalismus, der im Wesentlichen entparlamentarisiert ist, wo Regierungen zusammensitzend die wichtigen Entscheidungen in unserem Lande treffen. Dies wollen wir überwinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich stelle also fest, dass etwas, was wir grundsätzlich für richtig halten, nämlich die Entscheidung für den Föderalismus in unserem Lande, zu Ergebnissen führt, die wir oft nicht für richtig halten, sondern für falsch. Deshalb ist hier der Ansatz einer Reform im wahrsten Sinne des Wortes notwendig, nämlich „Re-Form“, etwas wieder in Form zu bringen.

Dabei lohnt sich der Blick zurück, nicht so sehr um festzustellen, wann die Sache aus dem Ruder gelaufen ist, und schon gar nicht, wer daran schuld ist, dass die Sache aus dem Ruder gelaufen ist, sondern um zu überprüfen und sich darauf zu verständigen, welche Elemente des Föde-

ralismus sich als positiv und praktikabel für unser Land erwiesen haben und welche nicht.

Ich denke, dass die Grundentscheidung im Grundgesetz für einen föderalen Aufbau im Wesentlichen von zwei Erwägungen getragen wurde. Das ist zum einen, dass der Föderalismus eine moderne Form der Gewaltenteilung ist, des „Checks and Balances“ zwischen den Ländern und dem Bund. Im Lichte der Erfahrungen des Dritten Reiches war es sehr richtig, dass die viel beschworenen Mütter und Väter des Grundgesetzes gesagt haben: Hier wollen wir einen weiteren Ausgleich zwischen den Gewalten schaffen.

Zweitens. In diesem Punkt bin ich näher bei dem Kollegen Jung als bei dem Kollegen Hahn. Wir sollten uns immer wieder vergegenwärtigen, dass der Wunsch nach gleichwertigen Wirtschafts- und Lebensverhältnissen, wie es im Grundgesetz steht, ebenfalls etwas war, was bei der Konstituierung des Parlaments und bei der Beschlussfassung über die Verfassung ausdrücklich gewollt worden war. Um es zugespitzt zu formulieren: Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wollten eben nicht, dass in einem Teil des Landes Milch und Honig fließen, während in dem anderen Teil des Landes die Menschen darben. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nennen so etwas Solidarität. Man kann es auch Vernunft nennen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass eine Gesellschaft, zumal eine moderne, nur dann dauerhaft stabil funktionieren kann, wenn die stärkeren Teile bereit sind, für die Schwächeren einzustehen. Denn es kann auch passieren, dass die stärkeren Teile zu den schwächeren werden und die schwächeren zu den stärkeren, möglicherweise auch durch Dinge, die die beste Landespolitik nicht allein gestalten kann. Gelegentlich würde es mich freuen, wenn die einen oder anderen unserer Freunde im Süden, sprich: die bayerische Landesregierung und die Bayern, sich gelegentlich daran erinnern würden, dass sie über Jahrzehnte – wir haben dort auch Freunde, nicht zu viele, aber ein paar – Nettoempfänger aus dem Finanzausgleich waren

(Günter Rudolph (SPD): 86! – Gerhard Bökel (SPD): Weihnachtsgeld!)

und dass der Länderfinanzausgleich, die innerstaatliche Solidarität, dazu geführt hat, die Voraussetzungen für Bayern zu schaffen, dass sie jetzt ein starkes Land sind, das den schwächeren Ländern nützt. Dies ist der Grundgedanke, der hinter der Formulierung „gleichwertige Wirtschafts- und Lebensverhältnisse“ oder – um es etwas lyrisch zu formulieren – „des Füreinander-Einstehens einer Gemeinschaft“ steht. Dies sollten wir uns erhalten und uns bei allem Reden über Wettbewerbsföderalismus wieder bewusst machen.

(Günter Rudolph (SPD): Sehr richtig!)

Allerdings, wie alle hehren Ziele, birgt auch dies Gefahren. Mit „gleichen Lebens- und Wirtschaftsverhältnissen“ ist nicht eine Nivellierung der Lebensverhältnisse gemeint. In Hessen hatten wir die Situation, dass man tatsächlich darüber nachdenken musste, ob man den einen oder anderen Betriebsprüfer einstellt, weil die Lohnkosten in Hessen blieben, aber die weiteren Steuereinnahmen, die generiert werden, zu über 80 % über den Länderfinanzausgleich abgeflossen sind. Dies kann auch



keine vernünftige Lösung sein. Dies nützt auch den schwachen Ländern im Ergebnis nichts.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die auch auf die Klage des Landes Hessen zurückzuführen ist, wird im Jahre 2005 zu Verbesserungen führen, aber es wird nicht wirklich gut.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

Ein zweiter Bereich. Das Thema „Checks and Balances“, das angelegt war als ein System gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Kontrolle, ist jedenfalls in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger zumindest teilweise zu einem System gegenseitiger Blockade geworden. Ich sage das offen: Das haben die einen mit den anderen gemacht und umgekehrt. Es lädt auch dazu ein. Manchmal sind die parteipolitischen Notwendigkeiten so, dass das eine und das andere so entschieden werden muss. Man kann offen über diese Punkte reden.

Dieses System gegenseitiger Blockade wollen wir überwinden. Das sagt jeder. Die Frage ist, was dieses System gegenseitiger Blockade bedeutet und wo die Entscheidungen fallen. Wir haben den Vermittlungsausschuss angesprochen, die Zustimmungspflichtigkeit von Gesetzen im Bundesrat, die dazu führt, dass nicht mehr die Parlamente die wesentlichen Entscheidungen treffen – im Übrigen die Landesparlamente sowieso nicht, aber auch der Bundestag nicht; denn das, was aus dem Vermittlungsausschuss herauskommt, setzt die Bundestagsabgeordneten vor die sehr wichtige Frage, ob sie Ja oder Nein sagen. Mehr Entscheidungsmöglichkeiten gibt es nicht. Wir reden zu Recht über den Kompetenzverlust der Länderebene. Wir müssen aber auch sehen, dass das Bundesparlament ebenfalls an der Stelle einen ganz großen Kompetenzverlust erleidet. Das Bundesparlament wird an gewissen Stellen als Gesetzgebungsautomat degeneriert, um nur noch zu sagen: „Wir stimmen dem zu, was aus dem Vermittlungsausschuss kommt“, oder: „Wir sagen Nein zu dem, was aus dem Vermittlungsausschuss kommt“.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das ist einer der Gründe, warum der Parlamentarismus, warum die parlamentarischen Entscheidungen etwas zurückgedrängt worden sind. Zwei weitere Gründe sind angesprochen worden. Das kann ich relativ kurz machen. Das eine ist die gewollte Verlagerung vieler Entscheidungen auf die europäische Ebene. Auch auf der europäischen Ebene entscheidet weniger das Europäische Parlament. An vielen Stellen ist Einstimmigkeit erforderlich. Die tatsächlichen Entscheidungen fallen im Europäischen Rat. Im Europäischen Rat wird am Konferenztisch nach einem Kompromiss gesucht und nicht im Parlament eine offene Diskussion über die politischen Fragen geführt und eine offene Entscheidung getroffen.

Das Zweite – jetzt bin ich wieder auf der Ebene des Bundestages – ist die intensive Ausweitung der konkurrierenden Gesetzgebung und der Rahmengesetzgebung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies wären beides Punkte, die unter der Ebene einer Grundgesetzänderung dazu führen könnten, dass die Länderkompetenzen wieder größer würden. Das heißt, man muss die Rahmenrichtlinienkompetenz des Bundestages nicht extensiv ausweiten. Man muss von der konkurrierenden Gesetzgebung nicht so Gebrauch machen, wie in den letzten Jahren Gebrauch gemacht worden ist. Allerdings sind wir in die-

ser Situation. Deshalb sind die Antworten in dieser Situation, die der Kollege Hahn und der Kollege Jung gegeben haben, sicherlich die richtigen. Die zentralen Punkte sind angesprochen worden. Sie stehen in unserem Antrag. Das sind zum einen mehr Kompetenzen für die Länder. Das bedeutet eine Zurückführung der konkurrierenden Gesetzgebung, das Auf-die-Füße-Stellen der konkurrierenden Gesetzgebung, und eine Zurückführung der Rahmengesetzgebung des Bundestages.

Das andere ist die Entflechtung von Verantwortlichkeiten. Das bedeutet: weniger Gemeinschaftsaufgaben und weniger Mischfinanzierungen. Wir brauchen eine Zurückführung der Zustimmungspflichtigkeit von Gesetzen im Bundesrat, und wir brauchen ein Zusammenführen der Entscheidungsträgerschaft und der Kostenverantwortung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

Denn dies schafft größere Spielräume für die Landesparlamente. An diesen abstrakten Punkten wird man die Zustimmung aller haben. Jetzt fragt man sich: Wenn doch alle sagen: „Wir haben momentan dieses Problem mit dem föderalen System“, das nicht ganz neu ist, warum dauert es so lange, etwas zu verändern, und warum ist es so schwierig? Man muss sagen, dass diese Kompetenzfragen auch Machtfragen sind. Ich habe es angesprochen. Die Kompromisse, die getroffen werden müssen, müssen nicht nur zwischen den Parteien getroffen werden. Insbesondere zwischen den wohlhabenden und den weniger wohlhabenden Ländern wird es sehr schwer sein – und war es in der Vergangenheit sehr, sehr schwer –, zu entsprechenden Kompromissen zu kommen. Denn in dem Moment, in dem ich sage, wir wollen die Entscheidungsverantwortung und die Kostenverantwortung zusammenführen, bedeutet dies, dass gewisse Aufgaben aus der gesamtstaatlichen Verantwortung und Solidarität herausgenommen werden. Das heißt, dass die Länder dann auch dafür verantwortlich sind, was sie wollen oder was sie nicht wollen. Die Ausgangslage ist, dass manche Länder das besser erledigen können als andere. Dies führt dazu, dass diese Länder eher sagen: Wir haben große Bedenken, wenn diese Kompetenzen zu uns zurückgeführt werden oder wenn wir diese Kompetenzen selbst wahrnehmen dürfen und können, weil wir Probleme mit der Finanzierung haben.

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege Walter, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Ich glaube, es gehört zur Redlichkeit dieser Debatte, zu sagen, dass das Beschreiten dieses Weges sehr schwierig werden wird. Möglicherweise wird es hierbei weniger um die Gesetzestechnik und um die abstrakten Ziele gehen als um die politische Kunst des Verhandeln. Leider wird das eigentliche Verhandeln wieder nicht in den Parlamenten stattfinden. Ich glaube, es wird auch nicht in den Kommissionen stattfinden. Vielmehr werden die Ministerpräsidenten mit Teilen der Bundesregierung zusammensitzen. Sie werden versuchen, sich über die Frage der Finanzen zu verständigen. Denn ich glaube, Fragen hinsichtlich der Rahmengesetzgebung, der konkurrierenden Gesetzgebung und des einen oder anderen Artikels des Grundgesetzes werden

nicht die entscheidenden Fragen sein. Letztlich ist es so, dass es bei diesen Kompetenzen um Macht- und Geldfragen geht. Diese Problematiken zu lösen wird ausgesprochen schwierig werden. Ich wünsche all denjenigen, die aus den Landesparlamenten und aus dem Bundestag darüber verhandeln, sowie den Ministerpräsidenten gutes Gelingen. Es ist notwendig, dass wir hier schnell zu Ergebnissen kommen werden. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU), Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

#### **Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Kollege Al-Wazir für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir, die Vorsitzenden aller Landtagsfraktionen, und die Landtagspräsidenten haben am letzten Wochenende des März 2003 in einer Versammlung in Lübeck zusammengesessen, die es zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben hat. Dabei wurde eine Erklärung verabschiedet, die zeigt, dass sich auch die Mitglieder der Landtage als Motor der Debatte um die Reform des Föderalismus verstehen. Herr Kollege Jürgen Walter, dies gilt, obwohl wir natürlich das Problem haben, dass das Ganze sehr exekutivlastig ist. Darauf werde ich noch zurückkommen.

Unabhängig davon, welcher Fraktion wir angehörten, haben wir alle miteinander eines kritisiert. Naturgemäß haben es diejenigen, die sich in der Opposition befinden, mehr kritisiert als diejenigen, die in der Regierung sind. Aber in der Demokratie wechselt das ja ab und zu. Wir haben alle miteinander kritisiert, dass wichtige Entscheidungen für Deutschland und auch für Hessen am Ende immer hinter verschlossenen Türen bei so genannten Kamingsgesprächen fallen, zu denen sich die Ministerpräsidenten, der Bundeskanzler und Bundesminister treffen. Ebenso kann eine solche Einigung, den Formen entsprechend, im Vermittlungsausschuss, aber ebenfalls hinter verschlossenen Türen, zustande kommen.

Man kann sich betrachten, was momentan auf Bundesebene an Reformen diskutiert wird. Das reicht von der Reform des Arbeitsmarktes bis hin zu der der Gemeindefinanzen. Es gibt noch viele andere Baustellen für Reformen, die momentan dringend bearbeitet werden müssen und bei denen man hoffentlich zu einem guten Ergebnis kommen wird. Jeder, der sich damit beschäftigt, weiß, dass das Problem darin besteht, dass in dem Moment, in dem etwas verabschiedet wird, alle schon sagen, dass dies eines der fünf, sechs oder sieben Pakete sein wird, die sich am Ende im Vermittlungsausschuss befinden werden. Zum Schluss wird es dazu noch ein Kamingsgespräch geben. Dabei wird es die Führer der A-Länder und die der B-Länder geben. Daran beteiligt werden auch Vertreter der Bundesregierung sein. Dabei werden dann Sachen, die nichts miteinander zu tun haben, in irgendwelchen Paketen zusammengeschnürt. Am Ende haben der Bundesrat und der Bundestag überhaupt keine andere Möglichkeit mehr, als genau diesen Paketen zuzustimmen, unabhängig davon, ob sie nun sinnvoll sind oder nicht.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der Bürger wundert sich dann!)

Darin besteht das Problem unserer gegenwärtigen staatlichen Ordnung.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir sind Anhängerinnen und Anhänger des Föderalismus. Der Föderalismus hat sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt. Aber in bestimmten Bereichen kann es nicht in der Art weitergehen, in die es sich in den letzten Jahren weiterentwickelt hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU), Jürgen Walter (SPD) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die inzwischen starke legislatorische und finanzielle Verflechtung zwischen Bund und Ländern wurde Ende der Sechzigerjahre massiv ausgeweitet. Dies geschah durch die damals bestehende große Koalition in Bonn. Die Stichworte dazu lauten: Reform der Finanzverfassung, Verbundsteuersystem und Gemeinschaftsaufgaben. Dazu wurde damals einiges im Grundgesetz festgeschrieben.

Auf der Tagung der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft, die letzte Woche stattgefunden hat, wurde dazu treffend bemerkt, dass die soeben genannten großen Reformen auf einem großen Warnschild gegen große Koalitionen stehen müssten. Ich glaube, in diesem Zusammenhang darf man das erwähnen. Viele Bürgerinnen und Bürger sagen: Einigt euch erst einmal. – Herr Kollege Dr. Jung, wenn sich dann die Vertreter der beiden großen Parteien auf etwas geeinigt haben, heißt das noch lange nicht, dass das am Ende auch gut ist.

(Beifall der Abg. Frank-Peter Kaufmann und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Ich bin auch nicht für große Koalitionen!)

Nichtsdestotrotz müssen wir jetzt in der Föderalismuskommission, die diese Woche von Bundestag und Bundesrat eingesetzt werden wird, die Arbeit so organisieren, dass am Schluss eine Zweidrittelmehrheit sowohl auf der Bundesebene als auch auf der Ebene der Länder erreicht wird. Wenn wir das System wirklich reformieren wollen, dann brauchen wir am Ende sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat eine Zweidrittelmehrheit. Lassen Sie mich deswegen Folgendes sagen.

Erstens. Ich bedauere ein wenig, dass es in dieser Kommission nur sechs Vertreterinnen und Vertreter der Landtage gibt, die mit beratender Stimme teilnehmen, also sozusagen den Status eines Gastes haben. Ich bedauere dies, weil ich glaube, dass es trotz der Exekutivlastigkeit, die wir im gegenwärtigen System haben, besser gewesen wäre, die Landtage von vornherein einzubinden. Dies hätte mit Sitz und Stimme und nicht nur mit beratender Stimme geschehen sollen. Ich bedauere dies allerdings auch deshalb, weil die Zahl von nur sechs Plätzen dafür sorgt, dass noch nicht einmal all diejenigen Parteien vertreten sind, die sich in Landesregierungen befinden. Es liegt mir fern, mich schützend vor die PDS zu stellen. Ich glaube aber, dass, wenn man schon über die Auswahl der sechs Vertreterinnen und Vertreter der Landtage dafür sorgt, dass eine Partei, die immerhin in zwei Bundesländern mitregiert, in dieser Kommission nicht vertreten sein wird, man sich die Erreichung der Zweidrittelmehrheit am Ende unnötig schwierig macht. Es wäre besser gewesen, wenn es anders gekommen wäre.

Nichtsdestotrotz müssen sich diejenigen, die dort vertreten sind, wirklich große Mühe geben, sich an der Sache zu orientieren.

Die Dringlichkeit dieser Sache möchte ich Ihnen anhand der Punkte verdeutlichen, die wir heute beschließen werden.

Wir alle sind für die Subsidiarität. Subsidiarität meint, dass die Verwaltungsebene, die sich möglichst weit unten befindet und die eine Aufgabe am besten erledigen kann, diese auch erledigen soll. Das bedeutet dann allerdings, dass sich auch die Verantwortung dafür auf dieser Ebene befinden muss. Es muss allerdings auch dazu kommen können, dass man in bestimmten Bereichen die Verantwortung auf die nationale Ebene verlagert. Damit würden den Ländern im Gegenzug Zuständigkeiten weggenommen. Denn es wird am Ende nicht so sein, dass nur die eine Ebene der anderen etwas gibt, ohne im Gegenzug etwas zu bekommen. Ganz wichtig ist auch, dass dazu eine klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten gehört. Ich finde, das ist eigentlich der wichtigste Punkt in dieser ganzen Reform des Föderalismus. Am Ende muss klar sein, wer für was verantwortlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Denn wir haben momentan die Situation, dass es unglaublich einfach ist, dass der eine auf den anderen zeigt. Wenn der eine irgendeine Aufgabe nicht schafft, sagt er, die Verantwortung dafür liege auf der anderen Ebene. Dies geschieht natürlich auch umgekehrt. Wenn es am Ende so ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, wenn sie ein Problem haben, von ihrer Kommune an das Land verwiesen werden, vom Land an den Bund, vom Bund an die Europäische Union, und am Ende alle sagen, sie hätten nichts damit zu tun, sie könnten das nicht ändern, sie seien nicht verantwortlich, und das Problem am Ende nicht gelöst wird, dann ist man an dem Punkt angekommen, von dem ein großer Teil der Probleme herrührt, die wir mit der Akzeptanz des politischen Systems in der Bundesrepublik Deutschland inzwischen haben. Es muss eine klare Zuordnung der Verantwortlichkeiten geben. Es muss ganz klar sein, welche Ebene für welchen Bereich Verantwortung trägt. Ich glaube, dann wird die Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Politik auch wieder besser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU) und Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Ich komme zum dritten Bereich, der in diesem Zusammenhang unglaublich wichtig ist. Wir sind in unserem föderalen System absolut exekutivlastig. Die Landesparlamente spielen eine immer geringere Rolle. Im Gegenzug dazu spielt sich die Hälfte der Ministerpräsidenten als verhinderte Nebenzähler auf.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ist es nur die Hälfte?)

Auch wir haben hier einen Meister dieser Disziplin auf der Regierungsbank sitzen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen dazu Folgendes: Ich glaube, wenn man die Zustimmungspflicht des Bundesrates zu Gesetzen auf Bundesebene nicht drastisch einschränken wird, wird man in diesem Lande nicht weiter nach vorne kommen. Ich möchte Ihnen das an einem konkreten Beispiel demonstrieren, über das wir auch oft gestritten haben. Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel aus grüner Sicht nennen.

Wenn ein Bundesumweltminister nach einer eineinhalb Jahre dauernden Diskussion mit den Bundesländern immer noch nicht in der Lage ist, ein nachvollziehbares und verständliches System des Dosenpfandes einzuführen, obwohl er genau einen entsprechenden Vorschlag in den Bundesrat eingebracht hat, dann muss man sagen: Mit diesem System stimmt etwas nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann stimmt etwas nicht am System, vor allem dann, Herr Kollege Müller, wenn der Bundesumweltminister, der die klare, nachvollziehbare Regelung in den Bundesrat eingebracht hat und in diesem Bundesrat von der Ländern ausgebremst worden ist, am Ende von genau denselben Ländern vorgeworfen bekommt, dass keiner sein System versteht. Dann tragen wir selbst genau zu diesem Problem bei – Stichwort: Politikverdrossenheit –, woran wir alle kein Interesse haben können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein vierter Punkt. Wir müssen Verwaltungszuständigkeiten entflechten. Das bedeutet auch, dass wir z. B. über Gemeinschaftsfinanzierungen und Gemeinschaftsaufgaben reden müssen. Es kann nicht so sein, dass am Ende meinetwegen das Bundesland Bremen oder das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern bestimmte Großforschungsprojekte überhaupt nicht mehr finanzieren kann. Man muss dafür sorgen, dass es nicht nach Einwohnerzahl, sondern z. B. nach Studierendenzahl geht, wenn ich jetzt einmal an die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau und Ähnliches denke. Es muss klar sein, dass die Finanzmittel heruntergegeben werden und die Bundesländer dann selbst entscheiden können. Aber es kann nicht so sein, dass sich ganz viele Kommissionen mit solchen Sachen beschäftigen und am Ende die einen die Kofinanzierung auf Landesebene nicht hinbekommen, während die anderen mit Landesgeld schon vorfinanzieren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt in dem Zusammenhang. Wir müssen die Länder und die Landtage – hier meine ich vor allem die Landtage – stärken. Deswegen lassen Sie mich noch einen Satz zu den Finanzen sagen: Wir sind dafür, dass es Anreize dafür gibt, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Da ist unser System des Länderfinanzausgleichs nicht immer der Weisheit letzter Schluss – lassen Sie es mich einmal vorsichtig ausdrücken.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Suboptimal!)

Auf der anderen Seite kann es auch nicht sein, dass man die Solidarität zwischen den Bundesländern aufkündigt und nur noch von Wettbewerbsföderalismus redet. Auch das wird dafür sorgen, dass am Ende keine Föderalismusreform zustande kommen wird, weil jeder auf dem Status quo beharren wird. Es gibt nun einmal mehr arme als reiche Bundesländer. Insofern sind wir in diesem Zusammenhang gefordert, den Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen weiter anzuerkennen, auch wenn wir Anreize für den eigenen Erfolg weitergeben müssen.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende Ihrer Rede.



**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren, wir sind dazu gezwungen, zusammenzuarbeiten. Wir sind dazu gezwungen, uns gemeinsam für die Interessen der Länder einzusetzen. Wir sind dazu gezwungen, in unseren jeweiligen Bundestagsfraktionen für möglichst große Mehrheiten und möglichst sachgerechte Lösungen zu werben, und wir müssen im nächsten Herbst – schließlich ist die Einsetzung einer solchen Kommission noch keine Garantie für Erfolg – zu nachvollziehbaren Ergebnissen kommen. Dieses Land hat es nötig. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner spricht Herr Ministerpräsident Koch.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Zum Thema Sein und Bewusstsein!)

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Abg. Hahn, aus dem Bewusstsein des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und dem Sein des Ministerpräsidenten versuche ich in der Tat, beide Positionen gemeinsam zu vertreten.

Zunächst einmal sage ich, wir als Landesregierung sind froh darüber, dass es gelingt, bei allen Auseinandersetzungen über andere Themen in die Gespräche der nächsten Monate im Rahmen der jetzt zu gründenden Kommission mit einer gemeinsamen Position zu gehen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass die Trennlinien in dieser Debatte, die wir über die Aufgabenverteilung innerhalb der bundesstaatlichen Ordnung der Bundesrepublik zu führen haben, weniger zwischen politischen Parteien, als zwischen institutionellen Ebenen wie Ländern, Gemeinden und dem Bund und zwischen Regionen und ihrer jeweiligen Definition verlaufen werden. Vielleicht geht es nach der Definition von Arm und Reich, um das Wort von Herrn Al-Wazir hier aufzunehmen, auf jeden Fall nach einer anderen als A- oder B-Land, wie das in der klassischen politischen Geographie des Bundesrats heißt.

Das macht die Einigung ganz zweifellos schwieriger, weil es die eine institutionelle Möglichkeit der gelegentlich verschlossenen Beratung im Vermittlungsausschuss oder in anderen Gremien, ob man das mag oder nicht, nicht zu dem geeigneten Instrument werden lässt; denn die arbeiten auf anderen Traditionen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch keine richtig geeigneten Instrumente. Deshalb glaube ich, dass alle Landesregierungen gemeinsam den Kolleginnen und Kollegen in den Parlamenten bei allen Debatten über institutionelle Zuständigkeiten auf der nationalen Ebene, über die unsere Verfassungsrechtsabteilungen seit Jahrzehnten schreiben, dankbar sind, dass die Parlamente der Länder sich damit beschäftigen. Die Erklärung von Lübeck ist eine wichtige und hilfreiche zusätzliche Möglichkeit, in dieser schwierigen Verhaltensweise zwischen den klassischen parteipolitischen Fronten und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern mit einer eigenen Position neue Gesprächsebenen zu eröffnen.

Aus diesem Zusammenhang heraus ist es konsequent, in den Beratungen auch die Position der Landesparlamente nicht mehr nur mittelbar durch die Landesregierungen, sondern auch unmittelbar durch die Präsenz der dort Vertretenen einfließen zu lassen. Schwierig ist das, weil wir am Ende bei Föderalismusstrukturen natürlich auch noch die Frage stellen müssen, wer dafür sorgt, dass die Entscheidungsfähigkeit bei der Abstimmung erhalten bleibt. Ich glaube, dort ist es nicht ein bloßes Verharren auf verfassungsrechtlichen Regelungen, dass die Regelabstimmungen im Bundesrat, wenn der Einfluss der Länder prinzipiell im Verwaltungsverfahren bleiben soll – 80 % dessen, was wir im Bundesrat machen, sind nicht große Gesetze, wie sie jetzt durch das Fernsehen gehen, sondern Debatten über Rechtsverordnungen und Ausführungsbestimmungen an anderer Stelle –, nur möglich sind, wenn die Regierungen für die Länder sprechen. Sonst würde es in Fristen geschehen, die wir alle sehr bedauerlich finden.

Aber die Frage, was auf welcher Ebene stattfinden kann und was wir ins Landesparlament zurückholen können, trifft, jedenfalls was die Hessische Landesregierung angeht, uneingeschränkt die Position, die wir als Regierung vertreten, wenn die Landesparlamente sagen, sie wollen mehr Rechte zurückhaben. Genau an dieser Stelle besteht auch eine Chance, dass Landesparlamente unter dem Motto „Wir wollen mehr Rechte zurückhaben“ sich möglicherweise ein Stück davon lösen, jede Frage des Föderalismus nur finanziell zu sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Wir haben seit 1968/69, seit der „großen“ Finanzreform – die Anführungszeichen beziehen sich vor allem auf die Finanzreform – zu Zeiten einer großen Koalition in der Bundesrepublik Deutschland eine Struktur, in der alles von allen mitfinanziert wird und jeder bei jedem mitzureden hat. Das ist der Grundkonsens des Jahres 1969 gewesen. Wir werden an dieser Stelle nur erfolgreich sein, wenn wir ihn jedenfalls tendenziell aufbrechen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ein prinzipielles Zurückkehren zur Situation von 1969 nicht möglich ist, weil es nach wie vor eine Mehrheit derjenigen in Deutschland gibt, die Sorge haben, dass die finanziellen Auswirkungen von Eigenverantwortung größer sind als die gestalterischen oder kreativen Vorteile, die man dadurch erlangen kann.

Letzten Endes darf man nicht ganz wegnehmen, dass ein Hessischer Landtag und eine Hessische Landesregierung unter der Ausgangsposition leben, dass die These, dass die wirtschaftlichen Elemente überwiegend seien bei mehr Kreativität, für uns im Zweifel ein Vorteil ist und die Alternative in dem Risiko besteht: Entweder es passiert gar nichts, wobei wir behaupten, dass das nicht alleine ausschlaggebend wäre, oder es passiert zu unseren Gunsten. Das sind beides vergleichsweise verträgliche Alternativen im Vergleich zu der Sicht einer Landesregierung oder eines Landesparlaments, die die Sorge haben, dass bestenfalls gar nichts passiert oder, wenn sich etwas verändert, es zu ihrem Nachteil ist.

Das ist die unterschiedliche Ausgangsposition, die wir in den Regierungen bis heute nicht auflösen konnten. Daraus kommen die Streite beim Bundesverfassungsgericht. Daraus kommen die sehr komplizierten Verfahren beim Länderfinanzausgleich, und daraus kommt die extrem restriktive Verhaltensweise bezüglich der neuen gesetzlichen Materien, die von dem Bundesrecht wieder in die Landtage zurückübertragen werden können.

Wenn wir darüber reden, wo wir gemeinsam etwas tun können, ist es deshalb eine der wichtigsten Fragen: Kann es auf der Ebene der Landesparlamente gelingen, in dieser Frage einen neuen Diskussionszusammenhang einzubringen, der etwas optimistischer – mehr ist völlig unrealistisch – bei der Fragestellung ist: Können wir, wenn wir es selbst machen, auch einen Vorteil davon haben, oder ist es immer nur ein Risiko? Ich glaube, dass wir dort sehr behutsam die Gebiete definieren und finden müssen, in denen es erste Schritte gibt.

Die erste Frage ist, ob die Kommission scheitert oder ob sie erste Schritte geht. Die zweite Frage ist, ob sie, wenn sie erste Schritte geht, diese Schritte nur im Nebenrecht geht

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann scheitert sie auch!)

oder ob sie in der Lage ist, bei bestimmten finanziellen Fragen erste Fortschritte zu machen. Ich glaube, dass es für das Bundesland Hessen wichtig ist, dass die Kommission nicht nur im Nebenrecht vorankommt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich glaube, dass wir dafür sorgen müssen, mit Behutsamkeit z. B. den Wettbewerbsföderalismus anzugehen. Ich brauche das Wort Wettbewerbsföderalismus nicht. Ich glaube zwar, dass es unter dem Gesichtspunkt, dass es einen Wettbewerb unter den Ländern gibt, eine nicht ganz falsche Beschreibung ist. Es muss aber einen Gestaltungsföderalismus geben. Darüber sollten wir uns einig sein. Derzeit haben wir eine Art Kooperationsföderalismus.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir sagen „aktivierender Föderalismus“!)

– Von der aktivierenden Sozialhilfe zum aktivierenden Föderalismus? Der Begriff ist mir vergleichsweise wenig wichtig. Wir müssen aber wissen, dass die anderen, die mit uns verhandeln, immer genau auf diesen Punkt schauen.

Wenn man von den finanziellen Strukturen spricht, dann müssen wir gelegentlich mutig sein. Ich will es einmal so sagen: Wenn die Ministerpräsidentenkonferenz sagen sollte: „Wir sind bereit, über die Gemeinschaftsaufgaben Verhandlungen zu führen“, dann wird es nach meiner Einschätzung in 16 Bundesländern aus jeweils mindestens zwei bis drei Ministerien Vermerke geben, die darauf hinweisen, dass dieser Punkt belastungsrelevant sein kann. Ich will den Hessischen Landtag durchaus darauf hinweisen, dass – von Posch bis Rhiel und Klemm – alle Wirtschaftsminister gesagt haben: Das ist eine ganz spannende Sache, wenn wir das selber machen, aber es könnte sein, dass die Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung anders verteilt werden.

Wir haben gerade eine Debatte über diese Frage, die ein bisschen schräg läuft, weil Hans Eichel die Mittel für diese Gemeinschaftsaufgabe ganz abschaffen will. Der will uns das Geld wegnehmen. Wir hingegen wollen das Geld haben und selber ausgeben. Das ist ein sehr prinzipieller Unterschied.

(Heiterkeit bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Diese Frage ist natürlich relevant. Es gibt keineswegs eine Garantie dafür, dass das Bundesland Hessen am Ende immer genauso viel Money cash bei einer Aufspaltung der Gemeinschaftsfinanzierungen herausbekommt, wie es

Mittel bekäme, wenn wir in diesem System möglichst erfolgreich mitschwimmen würden.

Meine Überzeugung und die Überzeugung der Hessischen Landesregierung ist, dass wir, wenn wir unser Geld schneller einsetzen könnten, wenn wir die Mittel unabhängig von langen Verhandlungen in den Fachausschüssen einsetzen könnten, im Zweifel mit weniger Geld mehr bewegen würden. Dieses steht bei anderen Kolleginnen und Kollegen aber eher im Zweifel, da sie sagen: Die Höhe der Mittel ist für uns wichtig – vor dem Hintergrund, dass wir so wenig Geld haben.

Dies zu bewegen und erste Schritte zu gehen ist unbedingt erforderlich. In dem Zusammenhang sage ich: Die Finanzierung des Hochschulbaus ist diesbezüglich ein eher minimaler Punkt. Die Gemeinschaftsaufgabe Wirtschaftsförderung ist aufgrund des Ost-West-Gefälles wesentlich schwieriger zu gestalten als die Finanzierung des Hochschulbaus. Im Hochschulbau verfügen wir über eine lange Tradition und über langfristige Zahlungsströme.

Die Frage, ob wir mit einer Oberprüfstelle in Hannover oder ohne eine solche Stelle arbeiten, und die Frage, ob man eine gute Idee schon fünf Jahre vorher haben muss oder ob man Investitionsmittel innerhalb eines Jahres umlenken kann, wenn sich etwas Neues in den lebhafter werdenden universitären Strukturen entwickelt, gehören an den Beginn der Diskussion über die Finanzverfassung. Dies ist auch der Weg, den wir zu gehen beabsichtigen.

Wir reden über Gesetzgebungsmaterien, wir reden über Geld, und wir reden über Mechanismen, wie die Aufgaben verteilt werden können. Gibt es z. B. die Chance, die Bestimmungen zur konkurrierenden Gesetzgebung umzustülpen und den Ländern an bestimmten Stellen das Recht einzuräumen, bestimmte Sachverhalte zu regeln? Mit diesen drei Fragestellungen werden wir uns in Zukunft zusammen mit denjenigen befassen, die für die Parlamente und für die Regierungen in der Kommission sind.

In dem, was die Länder Bayern und Bremen und die Bundesregierung miteinander verhandelt haben, gibt es einen Plafond an Minima, sodass man nicht mehr bei null anfangen muss. Ich bitte alle Beteiligten dringend, das, was trotz sehr unterschiedlicher Interessen verabredet worden ist, als Minimalkonsens zu akzeptieren und nicht wieder zu zerreden.

Wir sollten nun versuchen, einen gemeinsamen Weg zu gehen. Die Hessen werden eine bedeutende Rolle spielen, wenn sie bereit sind, andere auf diesem Weg mitzunehmen, ein Stück mehr Verantwortung zu übernehmen und gleichzeitig zu erklären, dass wir weder die Kapitulation der einen noch die Überforderung der anderen Länder wollen. Die übrigen Länder sollten aber ein Stück weit den Geist übernehmen, sich zuzutrauen, dass man ein bisschen mehr leisten kann, wenn man von den anderen nicht ständig bei der Arbeit gestört wird, wenn man nicht andauernd alle anderen zuvor um ihre Zustimmung bitten muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sollten denen, die der Auffassung sind, dass jeder, der sich schneller bewegt, eine Gefahr ist, ein Stück weit die Chance geben, diesen Wettbewerb zu gewinnen.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Koch, die Fraktionsredezeit ist um.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Präsidentin, ich komme zu meiner letzten Bemerkung. – Wir sehen im Augenblick, dass gerade beim Wirtschaftswachstum die Zahlen relativ schnell purzeln können. Schauen Sie sich das Beispiel des Saarlands an, das von ganz hinten nach ganz vorn gekommen ist. Wir haben in dem Kompromiss zum Länderfinanzausgleich, der ab 2005 gilt, für derartige Entwicklungen eine Prämie eingeführt. Ein Land, das kurzfristig nach oben schießt, kann von dem von ihm erwirtschafteten Geld mehr behalten als ein Bundesland, das dauernd an der Spitze steht. Das ist eines der neuen Elemente. Es gibt also durchaus Ansatzpunkte dafür, den Beteiligten deutlich zu machen, dass Bewegung und Geschwindigkeit nicht nur Abschlüsse, sondern auch Vorteile für die eigene Situation bringen können.

Ich hoffe sehr, dass wir in einem halben Jahr oder in einem Dreivierteljahr trotz der relativen Größe der Kommission einen Weg gefunden haben, dass die Abgeordneten und die Regierungen sagen können: Wir sind an der Föderalismusreform nicht gescheitert. – Alle Bundesländer müssen sich klarmachen: Wenn Reformen des föderalen Systems in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gescheitert sind, sind sie nicht an der Unwilligkeit der nationalen Ebene gescheitert. Dort waren immer Kompromisse machbar. Die Reformen sind an der Unfähigkeit der Länder gescheitert, eine einigermaßen einvernehmliche oder mit überzeugender Mehrheit gestaltete Position jenseits der politischen Linien und unter Berücksichtigung der regionalen Interessen zu finden. Wenn wir als Länder diese Linie nicht finden, dann brauchen wir uns anschließend nicht darüber zu beschweren, wenn andere darüber nachdenken, ob der Föderalismus ein taugliches System ist oder nicht.

Zu dieser Diskussion wollen wir alle unseren Beitrag leisten. Ich meine, eine gemeinsame Beschlussfassung im Hessischen Landtag ist dafür ein guter Start, wofür wir uns als Regierung bedanken.

(Beifall bei der CDU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Meine Damen, meine Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Ich rufe zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 40 auf. Wer der Beschlussempfehlung Drucks. 16/662 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich hole nun eine Abstimmung nach, die vorhin vergessen worden ist. Ich rufe nochmals **Tagesordnungspunkt 28** auf. Wer diesem Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Für den Antrag haben die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestimmt, gegen den Antrag haben die Fraktionen der CDU und der FDP gestimmt. Damit hat der Entschließungsantrag nicht die erforderliche Mehrheit bekommen und ist abgelehnt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Jugendschutzgesetz – Drucks. 16/722 zu Drucks. 16/435 –**

Eine Aussprache ist zwar nicht vorgesehen, aber die Berichterstattung ist notwendig. Ich bitte Frau Abg. Hölldobler-Heumüller um die Berichterstattung.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller, Berichterstatterin:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 12. Plenarsitzung am 16. September 2003 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 9. Oktober 2003 behandelt und ist einstimmig zu folgendem Votum gelangt: Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf anzunehmen.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Wir kommen in zweiter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Ausführungsgesetzes zum Jugendschutzgesetz. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Gesetzentwurf einstimmig angenommen und wird zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Bereinigung von Rechtsvorschriften in Angelegenheiten der innerbehördlichen Organisation und Änderung von Zuständigkeitsregelungen – Drucks. 16/707 zu Drucks. 16/436 –**

Auch hier ist keine Aussprache vorgesehen. Zur Berichterstattung rufe ich Herrn Abg. Rhein auf.

**Boris Rhein, Berichterstatter:**

Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss, federführend, und dem Hauptausschuss, beteiligt, in der 12. Plenarsitzung am 16. September 2003 überwiesen worden.

Der Hauptausschuss hat sich in seiner Sitzung am 1. Oktober 2003 mit dem Gesetzentwurf befasst und dem federführenden Innenausschuss mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP bei Enthaltung der SPD vorgeschlagen, dem Plenum die Annahme des Gesetzentwurfs zu empfehlen.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. Oktober 2003 behandelt und mit den Stimmen der CDU und der SPD gegen die Stimmen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP die zuvor wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

(Beifall bei der CDU)



**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. – Eine Aussprache ist nicht vorgesehen und wird auch nicht gewünscht.

Ich komme zur Abstimmung über den Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Bereinigung von Rechtsvorschriften in der jetzt vorliegenden Fassung. Wer diesem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass die Fraktionen von SPD und CDU gegen die Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP für diesen Gesetzentwurf gestimmt haben. Der Gesetzentwurf hat somit die erforderliche Mehrheit erhalten und wird zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 50** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) – Drucks. 16/706 zu Drucks. 16/146 –**

Die Berichterstatterin ist Frau Abg. Hofmeyer.

**Brigitte Hofmeyer, Berichterstatterin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung abzulehnen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 6. Plenarsitzung am 3. Juni 2003 zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 2. Juli 2003 behandelt und beschlossen, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 8. Oktober 2003 beraten und mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN die zuvor wieder-gegebene Beschlussempfehlung gefasst.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Vielen Dank für die Berichterstattung. – Als ersten Redner rufe ich Herrn Dr. Jürgens für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf. Fünf Minuten Redezeit.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach dem Ergebnis der im Ausschuss durchgeführten schriftlichen Anhörung wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass die Mehrheit hier eine Zustimmung empfiehlt. Fast alle Vertreter der angehörten Institutionen haben für unseren Vorschlag plädiert. Das stärkste Argument für eine Zustimmung wäre nach meinem Dafürhalten die Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebunds gewesen, die im Ergebnis zwar die Ablehnung empfohlen hat, dies jedoch mit einer Begründung, in der klar dargelegt wurde, wie notwendig unsere gesetzliche Regelung eigentlich war.

Auf der einen Seite heißt es nämlich in dieser Stellungnahme – das haben wir in der ersten Lesung vonseiten der CDU-Fraktion auch schon gehört –, dass die allgemeine Regelung in § 35 HGO, nämlich der Grundsatz der freien Mandatsausübung, eigentlich ausreichen würde, um unserem Anliegen Folge zu leisten. Auf der anderen Seite wird

moniert, dass das, was wir konkret vorgeschlagen haben, nämlich für einen eingeschränkten Personenkreis eine konkrete Leistung zu erbringen, bereits zu weit gefasst und zu unklar sei. Es wird also einerseits behauptet, die allgemeine Regelung reiche aus. Andererseits soll die konkretere Regelung bereits zu weit gefasst sein. Das ist natürlich ein eklatanter Widerspruch.

Wenn man dieser Argumentation folgen wollte, könnte man auch sagen: In der Hessischen Gemeindeordnung steht etwas über die Fahrtkostenerstattung an Gemeindevertreter. Das könnte man streichen, weil der Grundsatz der ungehinderten Wahrnehmung des Mandats für eine solche Erstattung bereits ausreicht. – Man könnte auch sagen, dass das gesamte Sozialgesetzbuch gestrichen werden sollte, weil schon im Grundgesetz etwas über Menschenwürde, Sozialstaatsprinzip und körperliche Unversehrtheit steht und das bereits ausreicht, sodass man die Konkretisierung nicht mehr braucht.

So unsinnig wie in diesem Beispiel ist die Argumentation auch in anderen Punkten. Es ist einfach falsch, zu behaupten, die allgemeine Vorschrift reiche aus. Das Ergebnis wird sein, dass die Erstattung der Aufwendung den Einzelnen vorenthalten wird; denn das, was Sie mit der Beibehaltung der gegenwärtigen Rechtslage bewirken, ist absehbar: Sie muten den einzelnen Gemeindevertretern weiterhin zu, darüber zu streiten, welche Aufwendung für welchen Personenkreis der Wahrnehmung des freien Mandats dienen soll. Im Endergebnis wird nichts dabei herauskommen.

Wir haben in Kassel erlebt, was passiert, wenn die Angelegenheit erst die Stadtverordnetenversammlung, den Regierungspräsidenten und schlussendlich auch das Parlament hier beschäftigen muss, bevor wirklich eine vernünftige Regelung getroffen wird. Wollen Sie wirklich in jedem Einzelfall den Leuten zumuten, diesen Weg zu gehen? Das kann nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Ergebnis bedeutet das, dass Sie diesem Personenkreis das Notwendige vorenthalten, obwohl Sie im Ausschuss eigentlich behauptet haben, dass Sie das Anliegen durchaus teilen. Es hilft eben nicht weiter, immer wieder zu betonen, man sei sich im Ziel einig. Wir unterscheiden uns offenbar in der Auffassung darüber, ob das Reden ausreicht oder ob dem nicht auch Taten folgen müssen. Wir wollen auch etwas tun. Deshalb haben wir den Gesetzentwurf vorgelegt, und deswegen müsste ihm eigentlich auch zugestimmt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen eben nicht nur darüber reden. Schöne Worte, aber keine Taten – das ist Ihre Botschaft an die behinderten Menschen in diesem Land, und zwar nicht die erste dieser Art.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist eine Frechheit! Arroganz!)

Ich darf daran erinnern, dass wir in dieser noch relativ kurzen Wahlperiode schon einige Beispiele dafür erlebt haben. Eine Erklärung zum „Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen“ wurde von Ihnen abgelehnt. Eine Ergänzung der Hessischen Gemeindeordnung haben Sie jetzt abgelehnt. In der nächsten Plenarsitzung – dazu gehört keine große Vorhersagekraft – wird die Aufnahme des Landesbehindertenrats in den Rundfunkrat des Hessischen Rundfunks von Ihnen wahrscheinlich ebenfalls abgelehnt werden. Das heißt, von Ihnen werden

offenbar auch nicht die kleinsten Verbesserungen zugunsten der gesellschaftlichen Teilhabe behinderter Menschen mitgetragen.

Hinzu kommt: Die Sozialministerin zieht durch das Land – so war es der Presse zu entnehmen; ich hoffe, dass das nicht ganz stimmt – und verkündet, dass bei der „Operation düstere Zukunft“ keine Einsparungen bei den Behinderten vorgesehen seien. Das ist natürlich unzutreffend. Die Zuschüsse für die psychosozialen Kontakt- und Beratungsstellen werden auf null gekürzt. Was glauben Sie, wer sich da beraten lässt? Psychisch gesunde oder nicht behinderte Menschen? Nein, die Behinderten sind davon betroffen.

Familien entlastende Dienste für Familien mit behinderten Kindern – Kürzungen in Höhe von 25 %. Die Zuschüsse an Behindertenorganisationen werden auf null gekürzt. Das trifft z. B. für den Kasseler Schwerhörigenbund zu, der bisher einen Betrag in Höhe von 2.100 € bekommen hat. Das wird gestrichen. Damit muss er jetzt den Staatshaushalt retten. Das ist ein rein ehrenamtlich tätiger Verein, der aus den Zuschüssen lediglich eine Beratungsstelle finanziert hat. Das wird gestrichen.

Wenn auf diese Weise das Ehrenamt beschädigt sowie die soziale Infrastruktur platt gemacht wird und anschließend die Kritik der Betroffenen kommt, dann antwortet die Sozialministerin darauf mit Textbausteinen aus der Staatskanzlei.

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Diese Ignoranz gegenüber behinderten Menschen passt ins Bild, wenn jetzt vorgeschlagen wird, eine solche – im Grunde genommen – Kleinigkeit wie die von uns angeregte Änderung der Hessischen Gemeindeordnung durchzusetzen. Behinderte Menschen haben genug Sonntagsreden gehört. An Ihren Taten werden Sie gemessen. Sie sind auch diesmal wieder nicht bereit, etwas zu unternehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Kollege Haselbach das Wort für die CDU-Fraktion.

**Rudi Haselbach (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor fünf Minuten war ich noch der Auffassung, dass der Gesetzentwurf der GRÜNEN zumindest in guter Absicht erfolgt sei. Nach der Rede des Kollegen Dr. Jürgens spüre ich, hier steckt System dahinter.

(Petra Fuhrmann (SPD): Die Wahrheit!)

Das ist reine platte Parteipolitik, die mit dem Wohl der Behinderten überhaupt nichts zu tun hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie hätten mindestens einmal einen Fall nennen müssen, in dem einem behinderten Gemeindevertreter von einer

hessischen Kommune irgendetwas nicht gewährt worden ist. Sie sind nicht in der Lage, das zu tun. Selbstverständlich hat auch die Anhörung ergeben, dass so etwas aus gutem Grund im Lande Hessen nicht vorkommt, weil die Rechtslage eindeutig ist. Insofern ist der Gesetzentwurf überflüssig.

Der § 35a der Hessischen Gemeindeverordnung in Verbindung mit Art. 3 Grundgesetz verbietet Benachteiligungen behinderter Menschen und gewährleistet das Mandatsausübungsrecht kommunaler Mandatsträger. Dazu gehört sächliche und im Zweifel auch finanzielle Hilfe.

Sie haben Ihr Gesetz aber auch noch handwerklich falsch – wenn man nicht zu streng sein will, bestenfalls zweitklassig – angelegt.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Sie schließen nämlich die sächliche Unterstützung aus, wenn Sie sich auf die rein finanziellen Unterstützungen in § 27 der Hessischen Gemeindeordnung stützen. Auch das hat selbstverständlich die schriftliche Stellungnahme der Anzuhörenden ergeben.

Wenn Sie darauf verweisen, dass die vier von Ihnen angeschriebenen Behindertenvertretungen sagen: „Das ist prima, dass etwas für uns gemacht wird“ – darüber braucht man sich nicht zu wundern. Aber die eigentlich Zuständigen, diejenigen, die es dann ausführen sollen, nämlich die hessischen Städte, Gemeinden und Landkreise, sagen übereinstimmend – wenn auch bei den Landkreisen etwas abweichend –, dass die bestehende Rechtslage ausreichend ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, überflüssige Gesetze wird es unter dieser Landesregierung und dieser Mehrheit im Hessischen Landtag nicht geben. Wir wollen die Gesetzesflut eindämmen.

(Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Streichen Sie doch alles!)

– Herr Kollege Dr. Jürgens, Aktionen wie diese würden genau das Gegenteil bewirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, genug der Auseinandersetzung. Die Behinderten im Lande Hessen wissen, dass jedermann, auch jeder Behinderte, natürlich völlig frei,

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jede Frau!)

ungehindert und geschützt kommunale Mandate wahrnehmen kann. Wenn es dennoch etwa Feinheiten im Bezug der hessischen Landtagsabgeordneten geben sollte, die noch nicht so ganz da sind, wo sie vielleicht wünschenswert wären, dann würde das in einem hessischen Gleichstellungsgesetz, das noch im Laufe dieser Legislaturperiode in den Hessischen Landtag eingebracht wird, geregelt werden.

Ihr Gesetzentwurf ist überflüssig, deshalb wird er abgelehnt. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Kollege Rudolph für die SPD-Fraktion das Wort.

(Clemens Reif (CDU): Das ist auch eine schlimme Heimsuchung!)

**Günter Rudolph (SPD):**

Ach, der Herr Reif ist auch da. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Einzige, was an der Debatte überflüssig war, war der unqualifizierte Beitrag von Herrn Haselbach in Richtung von Herrn Dr. Jürgens.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, da steckt Systematik dahinter, systematisches Engagement, sich für Behinderte in dieser Gesellschaft einzusetzen. Deswegen ein ausdrückliches Dankeschön an Herrn Dr. Jürgens, stellvertretend für viele andere.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum ging es in diesem konkreten Fall? – Es ging um ein Kasseler Problem, um eine Entschädigungssatzung. Man hat versucht, eine Regelung über das Regierungspräsidium herbeizuführen. Herr Dr. Jürgens, der Herr Holler, mit dem Sie in Kassel eng und vertraut zusammenarbeiten, um das noch einmal festzuhalten

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das muss gesagt werden!  
– Clemens Reif (CDU): Das tut weh!)

– ja, das musste gesagt werden, das ist auch richtig und wichtig –, hat in der Diskussion von Kassel gesagt, es fehle an einer gesetzlichen Möglichkeit, das in Kassel so zu regeln. Jetzt gibt es den Gesetzentwurf der GRÜNEN, dann stellt sich die gleiche CDU hin und sagt: Für uns ist eine gesetzliche Regelung nicht nötig und wünschenswert. – Meine Damen und Herren, das nennen wir an dieser Stelle doppelzüngig.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Sache selber: Die Anhörung hat eindeutig ergeben, dass eine gesetzliche Regelung notwendig ist. Warum? – Hier geht es um ein Symbol, dass Behinderte den Eindruck haben, sie müssten ständig um Dinge kämpfen und sich rechtfertigen, die für andere selbstverständlich sind. Das ist der entscheidende Punkt in der politischen Auseinandersetzung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum haben Sie von der CDU nicht einfach einmal die Größe, bestimmte Sachen, die sinnvoll sind, in die Praxis umzusetzen? – Sie machen Ideologie pur. Der Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung. Die inhaltliche Begründung hat Herr Dr. Jürgens gegeben. Es ist ein wichtiges Symbol, ein wichtiger Meilenstein, Behinderten zu sagen: Ihr seid gleichwertig und müsst nicht ständig um Rechte kämpfen, nach dem Motto „es ist etwas Besonderes, und ihr müsst es immer besonders einfordern“. – Nein, Behinderte sind ein wichtiger, ein normaler Bestandteil in dieser Gesellschaft. Das müssen wir dann auch als Gesetzgeber deutlich machen. Deswegen wäre es das richtige Symbol, den Gesetzentwurf so zu verabschieden. Wir von der SPD tun das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Überlegen Sie das einmal, nehmen Sie einmal Ihren Kopf zu Rate, Herr Reif, und stimmen Sie dem Gesetzentwurf zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

**Vizepräsidentin Evelin Schönhut-Keil:**

Als nächster Redner hat Herr Abg. Hahn für die FDP-Fraktion das Wort.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, es ist sinnvoll, wenn man in der ersten und zweiten Lesung konsistent ist. Herr Kollege Dr. Jürgens, Sie sind es nicht. Sie haben hier in der ersten Lesung vorgetragen, dass es ein riesiges Problem in Hessen gebe – ich unterstreiche das Wort „riesig“ –, dass es eine Reihe von Fällen gebe, in denen behinderte Kommunalpolitiker diskriminiert würden, und aus diesem Grund müsse ein Gesetz vorgelegt werden.

Daraufhin habe ich für die FDP-Landtagsfraktion geantwortet: Wenn das so ist, wenn die Anhörung das herausstellt, dann muss natürlich etwas passieren. – Ich habe aber damals auch schon gesagt, und ich werde es gleich auch noch einmal begründen, dass, wenn es nicht der Fall ist, dann Ihre Behauptung aus der ersten Lesung falsch ist und es dann kein Gesetz geben darf.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Herr Dr. Jürgens, Ihre Aussage aus der ersten Lesung war objektiv falsch. Es gibt in Hessen keinen konkreten Fall. – Da brauchen Sie überhaupt nicht den Kopf zu schütteln, oder Sie sind uneinsichtig. Sie haben behauptet, dass es Fälle von Diskriminierungen von behinderten Kolleginnen und Kollegen in den Kommunalparlamenten gebe. In der Anhörung – das sollten die Kolleginnen und Kollegen wissen, die nicht dabei waren – ist kein einziger Fall von Diskriminierung angesprochen worden. Es gibt in Hessen offensichtlich keinen Fall. Das ist auch gut so.

Es ist gut, dass die kommunalen Hauptamtlichen die Probleme, die etwas mit Abrechnung zu tun haben, hervorragend gelöst haben. Da gab es einmal ein Problem in Kassel. Wie wir alle wissen, ist das gelöst.

(Zuruf des Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann verstehen, dass der Kollege Rudolph es nicht gut findet, dass nun in Kassel die Schwarzen mit den GRÜNEN zusammen regieren. Das ist eben so im Leben, das muss man akzeptieren. Vielleicht habt ihr Sozialdemokraten in Kassel viel zu lange falsch regiert,

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

sodass es zu diesem Ergebnis gekommen ist. Zurück zum Thema: Es wurde behauptet, es gebe Probleme der Diskriminierung behinderter Kommunalpolitiker im Lande Hessen. Das sei der Grund dafür, dass ein Gesetzentwurf verabschiedet werden müsse.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich sage es noch einmal: Diese Behauptung von Dr. Jürgens ist schlicht unwahr, es hat, Gott sei Dank, keinen einzigen Fall in diesem Land gegeben.

Herr Jürgens, natürlich ist es immer eine Einzelfallprüfung – Sie sind doch Richter, was reden Sie denn in der Öffentlichkeit für ein Zeug –, wenn man Abrechnungen korrigieren muss, wenn man schauen muss, ob die oder die

Ausgabe mandatsbedingt ist oder nicht. Ich hoffe jedenfalls, dass es immer eine Einzelfallprüfung ist.

(Beifall bei der FDP)

Was soll denn das mit der Bittstellerei? Herr Kollege Dr. Jürgens, es ist ungezogen, der Union und uns vorzuwerfen, wir würden die Behinderten in Hessen zu Bittstellern machen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Rudolph, auch wir lehnen den Gesetzentwurf ab. Sie merken es an meiner Emotionalisierung.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Damit komme ich zu dem wichtigsten Punkt: Wenn irgendjemand in diesem Raume meint, dass man mit den Aktionen, die Herr Dr. Jürgens hier aufgezählt hat und offensichtlich weiter betreiben will, den Behinderten in Hessen hilft, so sage ich aus meiner persönlichen Betroffenheit und Erfahrung, die ich auf diesem Gebiet seit 14 Jahren habe: Nein.

Wenn Behinderte meinen, sie müssten sich in die Selbstisolierung zurückziehen und für sich selbst irgendwelche rechtlichen Gärten anlegen, ohne dass diese notwendig sind, dann schaden sie den Behinderten in Hessen.

(Beifall des Abg. Florian Rentsch (FDP) – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das lasse ich mir von keinem Gutmenschen, keinem scheinbaren, hier ausreden. Ich sage Ihnen, das Wichtigste ist, dass diese Gesellschaft im täglichen Leben mit den behinderten Menschen in diesem Land gut, korrekt und anständig umgeht. Das aber schaffen sie nicht, indem sie irgendwelche Selbstinszenierungen oder Selbstisolierungen machen. Vielmehr müssen sie immer mit dem Willen des Offenseins, auch als Behinderte, auf die Gesellschaft eingehen. Als Vater eines behinderten Kindes weiß ich, wovon ich rede. Deshalb: Hören Sie bitte damit auf, so zu tun, als ob Sie etwas Gutes für die Behinderten wollten. Nein, Herr Dr. Jürgens, Sie wollen etwas Gutes tun für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Hessen – aber bitte nicht auf dem Rücken der Behinderten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat der Minister des Innern, Herr Bouffier, das Wort.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! In Hessen gilt, galt und wird auch in Zukunft gelten: Behinderte kommunale Stadtverordnete, Kreistagsabgeordnete und andere Kollegen müssen in den Stand versetzt werden, ihre kommunalpolitische Arbeit in gleicher Weise effektiv und ohne Nachteile durchführen zu können, wie das Nichtbehinderte tun. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich denke, das ganze Haus sieht das so.

Herr Kollege Dr. Jürgens, worauf reduziert sich dann der Gesetzentwurf? Der Herr Kollege von der SPD,

(Günter Rudolph (SPD): Hier bin ich! Immer anwesend!)

Herr Rudolph, ist darauf zurückgekommen und hat gesagt, wir wollen ein Symbol.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Darüber kann man diskutieren: Ist es klug, ist es unklug? – Ich versuche jetzt, die Emotionen ein wenig herauszunehmen.

(Günter Rudolph (SPD): Die haben wir nicht hineingebracht!)

Es ist eine gute Position, sich zu fragen: Ist es sinnvoll, ein Gesetz zu machen, wenn es nach unserer Überzeugung – da schließe ich mich dem an, was der Kollege Haselbach und auch Herr Hahn hier vorgetragen haben – nach der Gemeindeordnung eigentlich geregelt ist? § 35a Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung enthält die grundlegende Bestimmung, die sagt, wie alle Gemeindevertreter in der Ausübung ihres Amtes zu unterstützen sind.

Wenn das so ist, fragt sich doch nur: Gibt es Anlass für eine gesetzliche Initiative? Meine Damen und Herren, aus meiner Überzeugung gibt es diesen Anlass nicht.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Nachdem diese Debatte aufgekommen ist, habe ich zwei Dinge ausdrücklich getan.

Zum einen hat es bereits im vergangenen Jahr eine Dienstbesprechung aller Regierungspräsidenten gegeben, und die haben auch alle Kommunen angewiesen, in Zweifelsfällen so zu entscheiden, wie es das ganze Haus will.

Dann habe ich ein Zweites getan. Ich habe die Kommunalen Spitzenverbände wie die Kommunalaufsicht gebeten, mir zu berichten, ob es in Hessen einen Fall gibt, in dem die Dinge nicht angemessen geregelt sind.

Meine Damen und Herren, nicht eine einzige Meldung ist daraufhin eingegangen. Wenn es aber überhaupt kein Thema gibt, das wir an dieser Stelle gesetzlich zusätzlich regeln müssen, dann hat der Kollege Haselbach Recht, und es macht keinen Sinn. Der Kollege Hahn hat darauf hingewiesen, wir tun den Behinderten damit auch keinen guten Dienst. Denn wenn Sie das Thema zur Symbolpolitik instrumentalisieren, dann bleibt die Sache in aller Regel auf der Strecke. Ein Teil der Debatte hat das gezeigt.

Weil das so ist, ist die Landesregierung der Auffassung, die Regelung in der Hessischen Gemeindeordnung hat sich bewährt. Ich habe ausdrücklich angeboten – und wiederhole das vor dem Landtag –: Wenn es irgendwo in Hessen einen Fall, ein Thema gibt, dann werde ich mich persönlich darum kümmern, dass das ordnungsgemäß gelöst wird. Ich wiederhole das heute hier: Bis heute ist nicht eine einzige Meldung dazu eingegangen.

Zum Dritten und Letzten. Meine Damen und Herren, Ihr Gesetzentwurf hat meines Erachtens auch einen Punkt, den ich für handwerklich nicht richtig halte. Das haben die Kommunalen Spitzenverbände auch deutlich gemacht. Sie reduzieren das Ganze auf eine finanzielle Ausstattung. Das ist nicht immer sinnvoll. Außerdem geben Sie dann den Kommunen auch nicht die Möglichkeit, z. B. durch Sachleistungen oder durch entsprechende persönliche Hilfestellungen – bei den Blinden kennen wir die Lesehilfen – einem Behinderten zu helfen. Ich meine, das ist schon ein Punkt, der in der Sache verfehlt ist.



Aber um es zusammenzufassen und ganz ohne Tremolo: Ich bin der Auffassung, wir helfen den Behinderten am besten dadurch, dass wir überall dort, wo in der Praxis ein Problem auftreten sollte, sofort so reagieren, wie es offensichtlich das gesamte Haus will.

Das haben wir getan. Das ist erfolgreich gelöst. Andere Fälle stehen nicht an. Deshalb ist die Landesregierung der Auffassung, dass der Gesetzentwurf der GRÜNEN abzulehnen ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Ich bin jetzt ein bisschen unschlüssig, jetzt müssen Sie mir helfen. Der Minister hat sechs Minuten gesprochen, Sie haben trotzdem fünf Minuten Redezeit. So war es.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Minister hat gesprochen!)

– Danke sehr. – Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht vor, mich zu diesem Tagesordnungspunkt zu melden.

(Volker Hoff (CDU): Setz dich doch wieder hin!)

Aber die Tatsache, dass ich das Missvergnügen hatte – ich drücke es einmal so aus –, den Redebeitrag des Kollegen Hahn im Büro sitzend am Lautsprecher mitzuverfolgen, hat mich hier noch einmal nach vorne getrieben.

(Günter Rudolph (SPD): Das war schlimm genug!  
– Volker Hoff (CDU): Ein Getriebener seiner selbst, davon haben wir genug!)

Herr Kollege Hahn, ich versuche es einmal in aller Ruhe. Wer einem anderen Kollegen hier ernsthaft vorwirft, die Tatsache, dass er einen solchen Gesetzentwurf eingebracht und begründet hat, sei „ungezogen“, der ist seinerseits mehr als ungezogen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Da haben Sie nicht zugehört!)

– Ich habe sehr genau zugehört, sehr genau. – Zweitens.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): „Als Bittsteller abqualifiziert“!)

– Genau, das mit dem „Bittsteller“. Herr Hahn, das ist genau der Grund, warum ich mich noch einmal gemeldet habe.

(Günter Rudolph (SPD): Ja! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Trotzdem ist das immer noch erstens! – Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU) – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Jetzt hat er den Faden verloren!)

– Ich habe keinen Faden verloren, sondern ich habe gesagt, ich versuche es in aller Ruhe. Deswegen warte ich jetzt, bis Ruhe ist. – Danke.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Volker Hoff (CDU): Was für ein Widerling, ein richtiger Widerling! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Kollege Hahn, wer der Meinung ist, dass man es dem Kollegen Andreas Jürgens vorwerfen sollte, er würde einen Beitrag dazu leisten,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

dass sich Behinderte zurückziehen, der hat nun wirklich überhaupt nichts verstanden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Sie haben das falsch verstanden!)

Ich glaube, es gibt in diesem Plenarsaal und weit über ihn hinaus kaum jemanden, der so viel für Teilhabe und Selbstbestimmung von behinderten Menschen getan hat

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): „Selbstisolierung“ habe ich gesagt!)

wie der Kollege Andreas Jürgens.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Na, da wollen wir einmal schauen!)

Herr Kollege Hahn, wenn man dazu noch der Meinung ist, das Stichwort „Bittsteller“ gebrauchen zu müssen, dann sage ich Ihnen: Diejenigen behinderten Menschen, die in einem Kommunalparlament sitzen, sind genau diejenigen, die sich nicht zurückziehen, weil sie sich in einer Liste haben aufstellen lassen und dann in ein Kommunalparlament gewählt worden sind.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Umso weniger unterstützen wir das Gesetz! Das ist eine reine Alibiveranstaltung der GRÜNEN!)

Herr Kollege Hahn, ich sage Ihnen: Ich weiß, dass Sie Vater eines behinderten Kindes sind. Aber das macht einen noch nicht zum Experten für die Selbstbestimmung behinderter Menschen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber auch nicht im Rollstuhl Sitzende!)

Herr Kollege Hahn, was Sie hier erzählt haben, zeigt,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

dass das vielleicht genau der Punkt ist, an dem Sie einmal nachdenken müssen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist ja wohl dreist!)

Ich bitte Sie, lesen Sie die Rede, die Sie hier gehalten haben, einmal nach.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es lohnt sich nicht, die noch einmal nachzulesen!)

Lesen Sie die noch einmal nach, und überlegen Sie sich dann vielleicht, ob Sie morgen oder übermorgen auf den Kollegen Dr. Jürgens zugehen und Teile von dem zurücknehmen, was Sie hier gesagt haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist wohl der Hammer!)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit sind wir am Ende der zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, Drucks. 16/146, mit der Beschlussempfehlung Drucks. 16/706.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über diesen Gesetzentwurf. Ich bitte Sie um ein Handzeichen, wer dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung zustimmen will. – Wer ist dagegen? – Keine Enthaltungen. Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, mir ist durch die Landtagsverwaltung mitgeteilt worden, dass wir wegen der Teilnahme vieler Kolleginnen und Kollegen an den entsprechenden Demonstrationen, die heute angekündigt sind, bereits um 12.45 Uhr in die Mittagspause eintreten wollen.

Ich rufe **Punkt 8** auf:

**Antrag der Fraktion der FDP betreffend Umsetzung des Modellversuchs zur Kommunalisierung der Förderung sozialer Hilfen ab 2004 – Drucks. 16/409 –**

Ich darf fragen, wer für die FDP begründet. – Florian Rentsch, Sie haben das Wort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist eigentlich nicht zu wichtig. Deshalb möchte ich Sie gerne bitten, den Saal nicht zu verlassen. Vielleicht schaffen wir es noch vor der Mittagspause, darüber eine Diskussion zu führen. Das hat das Thema auf jeden Fall verdient.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in den Jahren 2000 bis 2003 wurde im Landkreis Groß-Gerau und der Stadt Kassel ein Modellversuch zur Strukturierung sozialer Hilfen durchgeführt. Der Modellversuch basiert auf einer Vereinbarung, die im März 2000 zwischen dem Hessischen Sozialministerium, dem Hessischen Landkreistag, dem Hessischen Städtetag, dem Landkreis Groß-Gerau und der Stadt Kassel abgeschlossen worden ist. Im Jahre 2001 hat sich auch der Landwohlfahrtsverband dieser Vereinbarung angeschlossen. Die budgetierte Weitergabe der Landesmittel, verbunden mit der Forderung nach regionaler Planung, war zentraler Kern dieses Modellversuchs. Ich lese Ihnen einen Auszug aus der Vereinbarung und des Regelungszieles vor:

**§ 1 Regelungsziel**

Diese Vereinbarung strebt eine regionale Versorgungsplanung für bedarfsorientierte, flexibel gestaltete und leicht zugängliche soziale Hilfsangebote an.

Der Verzicht auf die Anwendung der bisher in diesem Bereich geltenden Landesrichtlinien und die gleichzeitige Stärkung der kommunalen Planung in Abstimmung mit dem fachlichen Beistand des Landes sollen eine mehr an den Bedürfnissen und Nachfragen Hilfe suchender Menschen orientierte und wirtschaftliche Gestaltung der Infrastruktur sozialer Maßnahmen ermöglichen.

Meine Damen und Herren, es bleibt in diesem Punkt festzuhalten, dass die beiden Modellversuche der Kommunen

Groß-Gerau und Kassel eine ganz hervorragende Arbeit gemacht haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein großes Lob und Dankeschön an Frau Kramer aus Groß-Gerau, an den Sozialamtsleiter der Stadt Kassel und das Ministerium, Herrn Schlembach, an die Kolleginnen und Kollegen, die sich dort die Mühe gemacht haben, aussprechen. Es ist eine hervorragende Arbeit. Ich denke, das kann man fraktionsübergreifend sehen. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Die Modellversuchsphase in Kassel und Groß-Gerau hat deutlich gemacht, dass das zentrale Anliegen, die Stärkung der kommunalen Steuerung der bedarfsgerechten Versorgung der Sozialinfrastruktur in den Kommunen, berechtigt und notwendig ist. Der Bericht fasst im letzten Satz eine Forderung auf, nämlich:

Für eine landesweite Umsetzung sind jedoch eine Reihe von weiteren Fragen zu klären, beispielsweise wie das Land seine notwendige Funktion definieren und wahrnehmen will.

Aus diesem Grund haben wir den vorliegenden Antrag gestellt, weil wir als FDP der Meinung sind – der Antrag ist ganz hervorragend –, die Modellversuche fortzuführen, auf das Land auszuweiten. Aber die Fragen, die auch die Projektgruppe gestellt hat, müssen vorher geklärt werden. Das sind:

Erstens. Es muss ein Rahmenkonzept geben, in dem ganz klar ist, was das Land macht und welche Aufgaben es übernimmt.

Zweitens. Wie kann man eine systematische Sozialplanung und damit eine systematische soziale Berichterstattung einführen, und wie soll dies erfolgen?

Drittens. Wie können Kommunen dem Land und das Land den Kommunen gemeinsam wechselseitige Information zur Verfügung stellen? Wie soll das in der Praxis ausgestattet werden?

Viertens. Wer nimmt die Wirkungskontrolle der getroffenen Maßnahmen vor?

Sie sehen, es gibt eine Reihe von Fragen, die zu klären sind, wenn man dieses Projekt weiterführen will. Ein Hauptpunkt bei der Weiterführung dieses Projektes ist aber die Finanzierung.

(Petra Fuhrmann (SPD): Aha!)

Wer dieses Projekt weiterführen will, kann das nur tun, wenn er eine langfristige Finanzierung für dieses Projekt vorschlägt. Eine Einjahresplanung in diesem Bereich wird nicht helfen, das ist ganz klar. Wer sich mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Projektgruppe unterhalten hat, weiß, dass der Erfolg des Projektes gerade daran lag, dass man die Mittel auf drei Jahre ausgegeben hat, dass man Verträge über drei Jahre machen konnte und somit die freien Träger überhaupt erst in der Lage waren, langfristig zu planen. Dadurch hat man es geschafft, Einsparungen zu treffen, effizientere Mittelgestaltung zu veranschlagen. Das geht nur, wenn man diese Mittel langfristig festlegt.

Die Intention und die Absicht des Landes, diesen Modellversuch auszuweiten und fortzuführen, unterstützen wir extrem und immens. Das geht nur, wenn das Land bereit ist, Mittel für drei Jahre zur Verfügung zu stellen. Wir müssen ehrlich sein: Wenn es nur für eine Einjahresplanung reicht, dann kann man diesen Modellversuch nicht fortführen. Dann solle man dieses Etikett auch nicht benutzen.

Das möchten wir gerne mit Ihnen diskutieren. Das behandelt unser Antrag. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung in diesem Bereich. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Schulz-Asche, Sie haben schon die Gelegenheit, jetzt als Rednerin für die GRÜNEN aufzutreten und ihn gelegentlich zu fragen.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Danke schön, Frau Präsidentin. Ich wollte noch eine Zwischenfrage stellen, aber jetzt kann ich sie mir selber beantworten.

(Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man kann sich auch mit sich unterhalten!)

– Wir können uns immer unterhalten. Dagegen habe ich überhaupt nichts.

Herr Kollege Rentsch, zur Zwischenfrage: Sie haben völlig Recht, dass ein so breiter Ansatz der Kommunalisierung sehr sinnvoll ist und dass man darüber reden muss. Sie hatten am Ende gesagt, dass die Landesregierung offensichtlich plant, diesen ganzen Ansatz auszuweiten. Deswegen wollte ich Sie fragen, ob Sie vielleicht andere Informationen haben als ich. Auf meiner Liste der Streichungen, die für das Jahr 2004 vorgesehen sind, ist auch der Modellversuch Kommunalisierung mit einer Kürzung von über 50 % vorgesehen, sodass ich mich frage, ob Sie unter Umständen neue Informationen haben. Angesichts des Kahlschlags, den wir insgesamt zu erwarten haben, wäre das einmal eine positive Nachricht. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Sie haben im Prinzip völlig Recht, dass es eine Reform zur Kommunalisierung der sozialen Hilfen geben muss. Wir wissen alle, wie engagiert in den letzten Jahren dieser Prozess von verschiedenen Trägern, von den beteiligten Kommunen usw. verfolgt wurde. Herr Kollege Rentsch, wenn Sie es wirklich ernst meinen, was Sie gesagt haben – davon gehe ich aus –, dann müssen Sie eigentlich diesen Antrag angesichts der jetzt vorgelegten Giftliste zurückziehen.

Aufgrund der gnadenlosen Streichung bei der sozialen Daseinsfürsorge und -vorsorge in Hessen, die wir heute Morgen schon diskutiert haben, aufgrund der Tatsache, dass die Kommunen, die freien Träger, die Kirchen 30 Millionen € – ich wiederhole: 30 Millionen € – ab dem nächsten Jahr auffangen müssen oder Hilfs- und Beratungsangebote einstellen müssen, ist es doch ein Hohn, von dieser Landesregierung ein Konzept einzufordern, dass Hessen weiter effiziente und bedarfsgerechte Strukturen von sozialen Hilfen gewährleisten könnte.

Welche soziale Infrastruktur, frage ich, da die Landesmittelkürzung im Haushalt 2004 in ganz wesentlichen Bereichen – wir haben es heute schon ausführlich diskutiert – zu einer Zerstörung genau dieser sozialen Infrastruktur führen wird und die Frage, wie man weiter verknüpfen kann, damit aufgegeben ist.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie haben doch in den vergangenen Jahren – das muss auch einmal gesagt werden – die unverantwortliche Haushaltspolitik mit zu verantworten. Sie haben sich bisher nie ernsthaft für Sozialpolitik interessiert.

(Dorothea Henzler (FDP): Das können Sie wirklich nicht beurteilen!)

Herr Rentsch, ich freue mich, dass es bei Ihnen anders ist. Aber in allen Nachtragshaushalten der letzten Jahre, die in den letzten Jahren von Schwarz-Gelb verabschiedet worden sind, sind bereits im Sozialhaushalt über 7 Millionen € bei den freiwilligen Leistungen eingespart worden. Jetzt auf einmal dieser Antrag, mit dem Sie sich auf etwas draufsetzen, von dem Sie wissen, dass es eigentlich gar nicht Ihr Ding ist. Nicht umsonst schweigen Sie bei diesem Antrag – das ist eigentlich auch nicht seriös – über das Finanzvolumen, über das Budget, das dahinterstehen sollte.

Wie gesagt, in der Kahlschlagliste der Regierung sind die Mittel für den Modellversuch bereits erheblich gekürzt worden. Ich habe gerade erfahren, dass am Montag die Stadt Kassel aufgrund dieser Kürzung beschlossen hat, unter diesen Bedingungen den Modellversuch in Kassel nicht weiterzuführen. Darauf sind Sie überhaupt nicht eingegangen. Das sind nämlich schon die Folgewirkungen, von denen wir geredet haben, dass sich das Land aus bestimmten Bereichen zurückzieht und die gesamte Last den Kommunen überlässt, die aufgrund ihrer eigenen Finanzsituation überhaupt nicht in der Lage sind, diese fehlenden Mittel aufzufangen.

In Ihrem Antrag fehlen weiterhin die Forderung der Festlegung von Qualitätsstandards und die Forderung nach einer Steuerungsfunktion des Landes in der Sozialpolitik. Es ist aber gerade das A und O, dass man sich überlegt, welche Funktionen die einzelnen Ebenen erhalten. Wir wissen, dass die Landesregierung genau diese Landessteuerung nicht will.

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Schulz-Asche, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage von Herrn Rentsch?

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Wenn ich diese Runde in Gedanken abgeschlossen habe, ja. Ich hoffe, daran zu denken.

Durch den Kahlschlag – das muss man so brutal sagen – hat die Kommunalisierung sozialer Hilfen stattgefunden. Das Land ist ausgestiegen und führt keine oder kaum noch soziale Hilfen durch. Der Rest bleibt bei den Kommunen. Die Landessteuerung ist praktisch nicht mehr existent. Eine Sozialministerin, die sich zu diesem Thema kaum noch in die Öffentlichkeit wagt und in einer schriftlichen Erklärung verlautbaren lässt, sie habe nach intensiver Prüfung und sorgfältigem Abwägen ein auf sachorientierten Kriterien basiertes intelligentes Sparkonzept entwickelt, können wir als Sozialpolitiker nur als zynisch bezeichnen. Der Umgang mit dem Modellversuch „Kommunalisierung sozialer Hilfen“ ist ein weiteres Beispiel dafür.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Tatsächlich verabschiedet sich die Regierung Koch gewollt und gezielt aus einer aktiv gestaltenden Sozialpolitik. Sie haben einseitig den Reformprozess aufgekündigt, der mit hoher Beteiligung – Herr Rentsch hat es sehr gut dargestellt – und hohem Engagement von allen Beteiligten geführt wurde. Das Ergebnis wird sein, dass sich die Kommunen – –

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Schulz-Asche, es ist Schluss.

**Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme zum Schluss. – Das Ergebnis wird sein, dass die Kommunen nach ihrer eigenen Finanzlage über soziale Hilfen entscheiden werden. Eine einheitliche Struktur sozialer Hilfen wird es in diesem Land nicht mehr geben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank. – Als nächste Rednerin hat Frau Fuhrmann für die SPD-Fraktion das Wort.

**Petra Fuhrmann (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Ihnen, Herr Kollege Rentsch, durchaus gratulieren. Der Antrag, den Sie gestellt haben, ist nicht schlecht.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wir haben oft Ähnliches eingefordert. Ich würde sagen, wenn man den Antrag um die Frage von Qualitätsstandards ergänzen würde – denn davon ist in Ihrem Antrag in der Tat nicht die Rede – oder wenn man ihn um die Rüge an die Landesregierung ergänzen würde, dass sie die Frage der landesweiten Sozialplanung und -steuerung sträflichst vernachlässigt, könnte man diesem Antrag im Prinzip zustimmen.

Ich sage Ihnen aber: Die Landesregierung hat die Geschäftsgrundlage für die beiden Modellversuche und damit für die Kommunalisierung via Internet gekündigt, und zwar nachträglich, Herr Kollege Rentsch. Wir haben es heute Morgen ausführlich diskutiert. 60 % der Mittel für die beiden Modellversuche sind schlicht weggestrichen worden. Das zeigt den völlig unverantwortlichen Umgang der Landesregierung mit allen Fragen der sozialen Infrastruktur. Das zeigt die Unkenntnis der Problemlagen und bedeutet im Endeffekt das Aus für die Kommunalisierung. Die Geschäftsgrundlage ist schlicht entfallen. Wenn ich das richtig sehe, hat die Stadtverordnetenversammlung Kassel genau dies beschlossen. Mit 40 % der Mittel die Verantwortung für 100 % der Einrichtungen zu übernehmen, wäre in der Tat auch verrückt. So wird die Antwort der Kommunen höchstwahrscheinlich überall aussehen, meine Damen und Herren.

Die Landesregierung hat sich als ernst zu nehmender Vertragspartner – auch das habe ich heute Morgen schon einmal gesagt – für die Kommunen, für die Kirchen und für andere soziale Organisationen abgemeldet. Wer brutalst-

möglich und ohne jede Ankündigung 60 % der Mittel aus einem solchen Modellversuch nimmt, der zeigt, dass er nicht mehr über vernünftige und zukunftsweisende Strukturen sprechen will. Er schlägt diese Strukturen nämlich kurz und klein. Genau das ist passiert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Rentsch, Ihr Antrag, so richtig er in der Intention und im Wollen sein mag, ist im August eingebracht worden. Wir haben jetzt leider Oktober.

(Heinrich Heidel (FDP): Das ist so, dass die Zeit weitergeht!)

– Das ist so. – Insofern ist durch dieses fatale Handeln, durch den Kahlschlag und die Giftliste die Geschäftsgrundlage für diesen Antrag und die Beratung dieses Antrages entfallen.

Meine Damen und Herren, ohne das von uns heute Morgen eingeforderte Sozialbudget wird man auch über eine Kommunalisierung sozialer Leistungen und über Hilfestrukturen nicht mehr sprechen, weil die Strukturen von dieser Landesregierung zerschlagen worden sind. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächster Redner ist Herr Caspar für die Fraktion der CDU.

**Ulrich Caspar (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Fuhrmann, Sie haben sich nach Ihrem engagierten Beitrag heute Morgen zum zweiten Mal in ähnlicher Weise geäußert, weniger zu dem Antrag selbst als allgemein über die finanziellen Kürzungen, die es gegeben habe. Man muss die Größenordnung betonen, um die es geht. Im Verhältnis zum Haushalt des Landes Hessen machen die Kürzungen bei den freiwilligen sozialen Leistungen 1,4 Promille aus. Da werfen Sie ein Bild an die Wand und sagen: Da bricht das soziale Netz in Hessen zusammen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es für die 100 % ausmacht!)

der Kahlschlag kommt, und Ähnliches. – 1,4 Promille des Landeshaushaltes sind hier gekürzt worden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie die nicht woanders kürzen können?)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Schulz-Asche zu?

**Ulrich Caspar (CDU):**

Ich lasse sie nicht zu. – Es ist ganz wichtig, diese Zahlen zu verdeutlichen. Es gibt das Vorurteil, dass Sozialisten von Geld nichts verstehen, außer, dass sie es anderen Leuten wegnehmen wollen.



(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

So, wie Sie agieren, gewinnen die Zuhörer zusehends die Überzeugung, dass es kein Vorurteil ist, sondern, wenn Sie so weitermachen, wird aus dem Vorurteil ein Urteil.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Quatsch! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kommunalisierung des Sozialbudgets – das ist erfolgreich als Modell angegangen und erfolgreich abgeschlossen worden. Das Modell begann am 01.01.2000 und endete am 31.12.2002 in der Stadt Kassel und dem Landkreis Groß-Gerau mit 22 Förderprojekten. Insgesamt war das Modell erfolgreich. Ein Modellversuch dient dazu, Erkenntnisse für eine landesweite Umsetzung zu gewinnen. Ich bin der Sozialministerin auch namens der CDU-Fraktion außerordentlich dankbar dafür, wie engagiert sie an der weiteren Umsetzung dieser Frage arbeitet, gerade in Zeiten, in denen die wirtschaftlichen Verhältnisse außerordentlich schwierig sind, wie wir wissen, in Zeiten, in denen das Land Hessen nur noch über Einnahmen verfügen kann, die unter den Einnahmen von 1998 liegen. Gleichwohl wird an dem Programm festgehalten.

Wir sind davon überzeugt, dass das auch gelingen wird. Der Antrag, der hier seitens der FDP-Fraktion vorliegt, findet von daher auch im Grundsatz unsere Zustimmung. Entscheidend ist allerdings, dass auch hier Qualität vor Schnelligkeit gehen muss. Das heißt, wir können heute nicht mehr davon ausgehen, dass das schon zu Beginn des Jahres 2004 realisiert werden kann. Es wurde aber bereits ein entsprechender Gesprächskreis zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden, den Vertretern der Sozialträger und dem Ministerium eingerichtet, um dieses Konzept zu erarbeiten. Wir sind zuversichtlich, dass es bis zum Jahr 2005 realisiert werden kann.

Wir haben von daher die Bitte, dass das ganze Haus dieses Projekt unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Lautenschläger das Wort.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Vom 1. Januar 2000 bis zum 31. Dezember 2002 wurde die Neustrukturierung der Förderung sozialer Hilfen in einem Kreis und einer Stadt modellhaft erprobt. Dies geschah im Landkreis Groß-Gerau und in der Stadt Kassel. 22 Förderprogramme waren Inhalt dieses gemeinsamen Modells. Natürlich geht es dabei nach wie vor um die Frage, wie man die Planung der sozialen Hilfen neu strukturieren kann. Dabei soll die kommunale Selbstverantwortung gestärkt werden. Es ging dabei um die Frage einer effektiveren Steuerung des Einsatzes vorhandener Mittel. Es sollte zu einer Deregulierung und einer Vereinfachung der Verwaltungsabläufe kommen. Natürlich sollte es auch mehr Flexibilität vor Ort geben, um entsprechende Hilfen besser anbieten zu können. Es gab sowohl mit der beteiligten Kommune und dem beteiligten Landkreis als auch mit der Liga der freien Wohlfahrtsverbände eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Sie hatten

bei uns im Sozialministerium einen Beirat gegründet und waren entsprechend beteiligt.

Dabei ist aber auch deutlich geworden, was an unterschiedlichen Stellen zu verbessern ist. Deswegen war es ja auch ein Modellversuch. Durch den Modellversuch konnte man zunächst einmal feststellen, was in den verschiedenen Kommunen gefördert wird und wie dort die Mittel aufgeteilt werden. Der Modellversuch hat in erster Linie also auch dazu gedient, während des Zeitraums des Modellversuchs mehr Klarheit zu erreichen. Die Planung der sozialen Hilfen vor Ort konnte besser ausgerichtet werden. Es ging auch darum, Steuerungsmöglichkeiten zu schaffen.

Inzwischen liegt auch die Prüfung des Rechnungshofs hinsichtlich der Frage vor, wie sich das Modell ausgewirkt hat. Wir hatten deswegen von Anfang an geplant, das Jahr 2004 zu einem Übergangsjahr zu machen. Wir wollten nicht im Jahr 2004 mit der kompletten Kommunalisierung beginnen. Vielmehr sollte das Jahr 2004 einen Übergangszeitraum darstellen, in dem ausgewertet und bewertet werden soll. Der Bericht liegt seit Sommer dieses Jahres vor. Alle sollten genug Zeit haben, sich auf eine solche Kommunalisierung einstellen zu können.

Wir hatten das schon heute Morgen diskutiert. Natürlich ist es auch für die beteiligten Kommunen nicht einfach, während des Übergangszeitraums mit den gekürzten Mitteln auszukommen. Denn das Budget war für den Zeitraum des Modellversuchs festgeschrieben. Es gilt aber eben nicht für den Übergangszeitraum.

(Petra Fuhrmann (SPD): So nennt man das!)

Natürlich sehe ich das Problem, das sich für die Kommunen dadurch ergibt. Frau Fuhrmann, Sie werden das anders sehen. Ich nehme trotzdem entsprechende Signale der kommunalen Seite wahr. Die kommunale Seite hält es nach wie vor für wichtig, dies zu kommunalisieren und über die unterschiedlichen Fördermöglichkeiten zu sprechen. Im Übrigen ist gerade heute ein Brief von Frau Caroli aus Kassel eingegangen. In diesem Schreiben teilt sie noch einmal mit, dass sie das Gesprächsangebot gerne zu den Fragen annehmen würde, wie die Kommunalisierung weiter betrieben werden solle, welche Rahmenbedingungen es dabei gebe und wie man damit umgehen wolle. Die Antwort auf das Schreiben ist heute bei uns herausgegangen. Es sind bereits weitere Gespräche mit den Kommunen zu diesem Thema vereinbart.

Wir wollen dabei auf der Grundlage dieses Modellversuches reden, sicherlich aber auch auf der Grundlage, dass es einige Programme im Landeshaushalt so nicht mehr geben wird. Wir werden uns mit den beiden am Modellversuch beteiligten Gebietskörperschaften und den Kommunalen Spitzenverbänden darüber abstimmen müssen, wie es mit der Kommunalisierung weitergehen soll. Wir werden es gemeinsam schaffen müssen, die Richtlinien so auszugestalten, dass sie zum einen effektiv sind und den Anforderungen entsprechen, die der Rechnungshof dazu gestellt hat. Zweitens müssen wir mit den Kommunen ein Budget vereinbaren, das für sie attraktiv ist. Die Kommunen müssen sich dann der Frage stellen, wie sie dauerhaft diese Mittel verteilen wollen.

Interessant an diesem Modellversuch war vor allem auch, dass man große Einigkeit darüber erzielt hat, was man überhaupt kommunalisieren kann, was einer Kommunalisierung vielleicht nicht zugänglich ist und bei welchen Dingen die Verantwortung vor Ort getragen werden muss. Ich glaube, wir müssen auch noch darüber nachdenken,

für welche Räume wir diese Budgets bilden werden, wie man das Ganze abbilden soll und wie zusammengearbeitet werden kann. Möglicherweise wird dies auch über Kreis- oder Stadtgrenzen hinweg geschehen. Das sind Dinge, die wir jetzt mit den beteiligten Kommunen besprechen werden. Trotz der Kürzungen sehe ich, dass bei den beteiligten Kommunen nach wie vor ein hohes Interesse daran besteht. Vielleicht wird auch gerade deshalb noch einmal darüber nachgedacht, wie man zu den Budgets kommen kann, wie man zu Verwaltungsvereinfachung kommen kann, wie aber auch die Berichterstattung erfolgen soll. Vor allem geht es dabei aber auch um die Frage, wie man vor Ort effektiv entscheiden und feststellen kann, wo der Schuh drückt. Dies soll unabhängig von den Landesprogrammen geschehen.

Ich halte die Kommunalisierung nach wie vor für den richtigen Weg. Wir haben ihn beschritten. Wir brauchen jetzt auf jeden Fall dieses Jahr, um mit den Kommunalen Spitzenverbänden den Abschlussbericht auszuwerten und festzulegen, wie neue Budgets gebildet werden. Ich sehe eine durchaus gute Möglichkeit, dass man Einigung darüber erzielt, wie man ein solches Budget effizient einsetzen kann und wie die Planung sozialer Dienste auf dieser Grundlage vonstatten gehen kann. Ich glaube, die Kommunalisierung ist der richtige Weg. Frau Schulz-Asche und Frau Fuhrmann, Sie haben gesagt, Sie würden bestimmte Signale von der kommunalen Seite hören. Zumindest ich höre von der kommunalen Seite ganz andere Signale. Ich nehme wahr, dass man durchaus ein Interesse daran hat, Rahmenbedingungen gemeinsam zu definieren. Man hat Interesse, sich mit der Fragestellung auseinander zu setzen, wie das in Zukunft festgelegt werden soll und wie wir das in Zukunft gemeinsam machen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Ministerin, vielen Dank. – Für die Fraktion der GRÜNEN hat noch einmal Frau Schulz-Asche das Wort.

(Alfons Gerling (CDU): Wir kennen doch Ihre Meinung!)

#### **Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Frau Ministerin, offensichtlich ist Ihnen der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung von Kassel nicht bekannt. Es gibt eine sehr ausführliche Stellungnahme der direkt in den Prozess einbezogenen freien Träger. Vor allem die Caritas hat sich ausführlichst mit der Frage beschäftigt, wie vor dem Hintergrund der geplanten Streichungen die Kommunalisierung noch weitergeführt werden kann. Die Aussagen gehen alle dahin, dass sich die freien Träger durch die Art und Weise, wie sie im diesem Fall behandelt wurden, hintergangen fühlen. Sie fühlen sich von Ihnen wirklich betrogen. Sie haben dem Haushalt für den Modellversuch den Garaus gemacht. Das geschah in einer Situation – da stimme ich mit Herrn Rentsch völlig überein –, in der es tatsächlich darum gegangen wäre, zu überlegen, wie das, was man an Lehren aus dem Modellversuch gezogen hat, auf ganz Hessen übertragbar wäre. Zu diesem Zeitpunkt haben Sie dem Modellversuch finanziell den Garaus gemacht und den Trägern mitgeteilt, dass sie in der ganzen Diskussion praktisch nichts mehr zu sagen haben. Das ist passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Herr Caspar, ich habe mich schon gewundert, warum Sie zu diesem Thema reden. Über den Inhalt Ihrer Rede war ich doch leicht erschrocken. Das passt fast zu dem, was Herr Hermanns in Abweichung von dem, was auf seinem Sprechzettel stand, gesagt hat. Auch Sie haben heute eine kleine Abweichung hier gehabt.

Sie haben gesagt, die vorgesehenen Kürzungen im Sozialhaushalt würden 1,4 Promille des Landeshaushaltes ausmachen. Ich möchte in diesem Zusammenhang an Sie drei Fragen stellen.

Erste Frage. Kennen Sie den Unterschied zwischen freiwilligen Leistungen, Pflichtleistungen und anderen Leistungen?

Ich komme zu Frage 2. Dies ist dieselbe Frage, die wir heute Morgen an den Großhandelskaufmann Hermanns gestellt haben. Kennen Sie den Unterschied, den eine Streichung von 1.500 € oder 3.000 € für einzelne Initiativen ausmacht, die mit sehr viel ehrenamtlicher Beteiligung arbeiten?

Wissen Sie eigentlich, wovon Sie reden, wenn Sie hier auf dieser Ebene mit uns diskutieren? Offensichtlich kennen Sie nicht einmal die Art und Weise, in der Haushalte zusammengestellt werden. Das ist wirklich peinlich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Ich komme zu dem dritten Punkt, mit dem deutlich geworden ist, dass Sie nicht wissen, wovon Sie reden. Sie sagten am Schluss Ihrer Rede, Sie würden dieses Projekt unterstützen. Erstens reden wir hier über einen Antrag der Fraktion der FDP, der sich zu Recht mit der Umsetzung der Kommunalisierung der sozialen Hilfen befasst. Angesichts dieser absoluten Mehrheit ist es allerdings nicht die richtige Zeit dafür.

Das Zweite ist, dass wir hier nicht über ein Projekt reden. Wir haben hier über einen Modellversuch gesprochen, der in Projekte überführt werden soll.

Lesen Sie doch einfach erst einmal nach, worüber Sie reden. Das sollten Sie machen, bevor Sie hier reden. Das war wirklich kein guter Auftritt hier. Ich glaube, es war Ihr erster in dieser Legislaturperiode. Er war wirklich peinlich. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, das Präsidium ist sich darin einig, dass Herr Caspar hier schon einmal geredet hat. Wir können hier also nicht eines Versäumnisses bezichtigt werden.

Wir haben zu diesem Antrag keine Wortmeldungen mehr. Es ist vorgeschlagen, diesen Antrag dem Sozialpolitischen Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall.

Ich schlage vor, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten. Denn es lohnt sich nicht, den nächsten Tagesordnungspunkt aufzurufen. Es sind noch fünf Minuten. Wenn Sie das hinbekommen würden, wäre es sehr schön. Aber ich glaube, das würde nicht gelingen.

Meine Damen und Herren, es ist eine Mittagspause von zwei Stunden vereinbart. Treffen wir uns um 14.45 Uhr wieder?

(Minister Stefan Grüttner: Nein, um 15 Uhr! – Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Ist 15 Uhr vereinbart? – Dann treffen wir uns bitte um 15 Uhr hier wieder zur Arbeit.

(Unterbrechung von 12.40 bis 15.03 Uhr)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf Sie zur Nachmittagsitzung begrüßen. Ich habe eben versucht, über den Gong noch einige Kolleginnen und Kollegen in den Plenarsaal zu locken, nicht nur, um den Saal etwas mehr zu füllen. Es hätte auch sein können, dass wir eine Tagesordnungsdebatte bekommen. Dann wäre mir Herr Dr. Jung vielleicht böse gewesen, wenn ich nicht gegongt hätte.

Ich darf den Setzpunkt der FDP-Fraktion aufrufen, **Tagesordnungspunkt 35:**

**Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Wartungshalle für das Großraumflugzeug Airbus A 380 – Drucks. 16/689 –**

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 29:**

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Risiken der Ausbauplanung der Fraport AG – Drucks. 16/681 –**

und **Tagesordnungspunkt 34:**

**Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Flughafenausbau – Drucks. 16/688 –**

sowie **Tagesordnungspunkt 38:**

**Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Bau einer Wartungshalle für den Airbus A 380 am Frankfurter Flughafen – Drucks. 16/692 –**

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Plus 65!)

– vielen Dank, Herr Kaufmann – plus **Tagesordnungspunkt 65:**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend weitere Entwicklung am Frankfurter Flughafen – Drucks. 16/745 –**

Das Wort hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Hahn. Die Redezeit ist auf 15 Minuten pro Fraktion verabredet.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch vor wenigen Monaten, man kann fast sagen: noch vor wenigen Wochen, war jedem Beteiligten in diesem Hause klar, dass es drei Fraktionen gibt und damit eine überwältigende Mehrheit – die Fraktion der Union, die Fraktion der FDP und die Fraktion der Sozialdemokraten –, die sich für den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens, für die Unterstützung des Drehkreuzes auf dem Rhein-Main-Flughafen und den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rhein-Main-Gebiet einsetzen.

Mit einer Reihe von Äußerungen, aber auch Entscheidungen haben Sozialdemokraten in den letzten 14 Tagen bis drei Wochen Abstand von dieser gemeinsamen Vereinbarung von SPD, CDU und FDP genommen. Es ist heute an der Zeit, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten und insbesondere Herr Kollege Walter, deutlich zu machen, ob Sie den Kompromiss, der zwischen den drei Fraktionen in diesem Hause gefunden wurde, weiterhin einhalten oder aufkündigen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Herr Kollege Walter, man kann beim Flughafenausbau nicht halb schwanger sein. Entweder man ist dafür, oder man ist dagegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich darf daran erinnern, dass wir in der letzten Legislaturperiode hier eine Reihe von Debatten geführt haben und diese immer wieder in Beschlüssen oder Feststellungen endeten, dass für die Union, für die FDP und für die Sozialdemokraten das Grundlage der Beurteilung, und zwar auf allen Ebenen, ist, was die Mediatoren uns am 1. Februar des Jahres 2000 übergeben haben. Das ist der Kompromiss der Region für die Region. Das sind die fünf Punkte des Mediationspapieres, und das sind, um es unter die wichtigsten Fragen zu subsumieren, auf der einen Seite der Ausbau und auf der anderen Seite das Nachtflugverbot für alle geplanten Flüge von 23 bis 5 Uhr.

Herr Kollege Walter, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, ganz offensichtlich bricht es bei Ihnen Stück für Stück ab. Wir müssen die große politische Befürchtung haben, dass auch die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag Stück für Stück abbricht. Herr Kollege Walter, das sollten Sie den Menschen aber auch erklären, wenn Sie auf einmal Fahnenflucht bei diesem für Hessen wichtigen Unternehmen begehren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Michael Siebel (SPD): Das lassen Sie einmal unser Problem sein! – Jürgen Walter (SPD): An dieser Rede werden Sie sich messen lassen müssen, was hier Gemeinsamkeiten angeht!)

– Herr Kollege Walter, ich lasse mich bei dieser Frage mit einigermaßen unintelligenten Zwischenrufen nicht aus dem Konzept bringen.

(Zurufe der Abg. Michael Siebel und Jürgen Walter (SPD))

Ich darf Sie daran erinnern, dass auch Kollegen der SPD-Landtagsfraktion ganz persönlich beteiligt waren, als die Regionalversammlung einen Beschluss in Zusammenhang mit der A-380-Halle gefunden hat, der nichts damit zu tun hat, dass man ernsthaft einen zeitnahen und zeitgerechten Ausbau des Rhein-Main-Flughafens haben will. Das war nun einmal die Mehrheit von Sozialdemokraten und GRÜNEN, die diesen Beschluss gefasst hat, obwohl sie wusste, worum es ging.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein völlig richtiger Beschluss!)

Denn es war insbesondere der Kollege Kaufmann, der dort seinen Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion sehr deutlich dargelegt hat, welche Begründungen und insbesondere welche Folgen der Beschluss der Regionalversammlung hat.



Herr Kollege Walter, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Sozialdemokraten, ein zweiter Punkt. Der Vorstand der Planungsversammlung hat im Zuge der A-380-Diskussion ebenfalls negativ votiert. Er hat es noch nicht einmal für notwendig erachtet, es in seine Gremien hereinzubringen, sondern er hat es selbst ohne weitere Debatte entschieden. Herr Kollege Walter, es ist immerhin Herr Faeser, ein Parteikollege von Ihnen, ein führender Sozialdemokrat in dieser Region, der sich damit auch von dem Ziel verabschiedet hat, das wir haben, nämlich dass der Rhein-Main-Flughafen zeitgerecht ausgebaut wird und sich als Drehkreuz weiterentwickeln kann.

(Jürgen Walter (SPD): Das ist wahrscheinlich ein innerparteiliches Problem!)

Es gibt eine dritte Entscheidung, bei der auch führende Sozialdemokraten dieser Region mitspielen. Das ist die Entscheidung der linken Fraktionen im Römer, angeführt von Ihrer Kollegin, die schon jetzt gesagt haben, dass sie auf alle Fälle klagen werden, komme, was passiere – es ist fantastisch, so etwas machen zu wollen –, wenn denn ein Beschluss des Regierungspräsidenten bzw. des Wirtschaftsministers zum Thema Nordwestbahn positiv mit Grün unterschrieben ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können nicht so tun, als ob uns das nicht zu interessieren hätte, wenn Sie parteipolitische Problemchen haben. Nein, Herr Kollege Walter, Sie haben ein Riesenproblem, und offensichtlich kann dieses Riesenproblem der hessischen SPD zu einem Riesenproblem für diese unsere Region werden. Deshalb müssen wir heute hierüber Klarheit schaffen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Hildegard Pfaff (SPD))

Wenn denn Ihre Parteigenossen in den Gremien, die ich eben aufgezählt habe, sowohl beim Thema A 380 als auch beim Thema Ausbau mit jeder Spitzfindigkeit versuchen, Zeit zu schinden, so ist am Ende Folgendes klar: Es wird dann keinen zeitgerechten Ausbau des Rhein-Main-Flughafens geben. Es wird dann keinen zeitgerechten Bau der A-380-Halle geben. Es wird dann von der Folge her keinen Hub, kein Drehkreuz Rhein-Main mehr geben, und damit gefährden wir Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Herr Kollege Walter, wir Liberale wollen das nicht. Wir Liberale wollen, dass man natürlich nach Recht und Gesetz – kein anderer als Dieter Posch hat in den letzten vier Jahren bewiesen, dass man zügig nach vorne arbeiten kann, aber unter der Beachtung von Recht und Gesetz – diesen Ausbau durchführt, wenn es denn geht.

(Beifall bei der FDP – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sollten Sie nicht so einen Unsinn reden, wie Sie es gerade tun!)

Bisher sind die politischen Überlegungen, die Christdemokraten und wir vor vier Jahren angestellt haben, sämtlich machbar gewesen. Da gibt es jetzt noch Probleme, und über die können wir gerne diskutieren. Wenn jemand mit mir über Ticona reden möchte, bin ich gerne bereit, das zu tun, und nicht nur ich, sondern auch der Kollege Denzin und der Kollege Posch und alle Kollegen in der Fraktion. Dass etwas erst so spät erkannt wird, was man schon optisch sieht, das ist in dieser Diskussion etwas ganz Spannendes. Aber bisher ist das alles handelbar gewesen, und ich unterstelle, dass es auch handelbar sein wird.

Aber eines ist nicht mehr handelbar: Wenn die kommunalen Gremien aufgrund des politischen Versagens der Sozialdemokraten nicht mehr ordnungsgemäß mitmachen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn die kommunalpolitischen Gremien aufgrund des Versagens der hessischen SPD meinen, Sand ins Getriebe werfen zu müssen mit dem eindeutigen Ziel, den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens zu verhindern, dann nähern sich Ihre Fürsten vor Ort immer mehr der grünen Position an. Herr Kollege Walter, das würde mich überhaupt nicht interessieren, aber es ist schade für die Region Rhein-Main. Wir brauchen nämlich den Ausbau des Rhein-Main-Flughafens, und dafür brauchen wir auch eine vernünftige kommunalpolitische Unterstützung vor Ort.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Man könnte jetzt sagen, das sei alles Fantasie, weil die Beschlüsse und Erklärungen der Regionalversammlung, der linken Mehrheit im Römer und des Vorstands der Planungsversammlung, von denen ich eben gesprochen habe, nicht präzise formuliert sind. Man hat sich Türchen offen gehalten. Gerade bei der Frage, ob und wo eine Halle für den A 380 gebaut werden soll, wird Kollege Walter jetzt sagen, kein Sozialdemokrat habe sich gegen den Bau dieser Halle entschieden. Da hat er formal Recht. Aber viele Sozialdemokraten haben sich für ein Verfahren entschieden, das vom Antragsteller nicht beantragt worden ist, das nicht zeitnah zu erledigen ist und das darüber hinaus den Ausbau auf der anderen Seite behindern kann. Das ist die Folge dessen, was die Sozialdemokraten in der Region machen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist das kein kleiner Spaß nach dem Motto „Wir wollen einmal die Machtverhältnisse im Rhein-Main-Gebiet austesten“, sondern die Sozialdemokraten müssen hier und heute Farbe bekennen, ob sie hinter dem Mediationsergebnis vom 1. Februar 2000 stehen. Ich sage Ihnen ohne Wenn und ohne Aber: Das Mediationsergebnis hat fünf Punkte, die nach Recht und Gesetz, aber auch zeitgerecht umzusetzen sind. Wollen Sie dabei noch mitmachen, oder heißt es nach der Landtagswahl und nach Ihrer Wahl zum Fraktionsvorsitzenden, dass Sie zwar Interviews geben, aber die Basis nicht im Griff haben? Das wäre letztlich der Todesstoß für viele Tausend Arbeitsplätze in unserer Region. Deshalb müssen Sie sich damit abfinden, dass wir hier darüber eine Diskussion führen.

Wenn ich die Diskussionen in der Regionalversammlung richtig verfolge, dann muss ich feststellen, dass Sie versuchen, mit juristischen Spitzfindigkeiten sowohl den Bau der Halle für den A 380 als auch den Bau einer neuen Landebahn auf dem Flughafen Rhein-Main zu verzögern. Meine Damen und Herren, die Halle für den A 380 ist eine zentrale und fundamentale Voraussetzung für die weitere Steigerung der Kapazitäten auf dem Rhein-Main-Flughafen. Es wird künftig nur noch in einem Hub-System mit großen Maschinen geflogen werden können, jedenfalls im Interkont-Verkehr. – Wenn ich den Kollegen Klemm angucke, dann weiß ich, dass er weiß, wovon ich rede. Es wird eine Umstellung in dem System geben müssen. Es ist vollkommen klar, dass eine solche Wartungshalle notwendig ist, damit auf dem Flughafen Rhein-Main weiterhin Interkontinentalflüge abgewickelt werden können.



Wenn Sie hier das Bild aufbauen, verehrte Kollegen von den Sozialdemokraten, dass insbesondere die Regionalparlamente das nicht haben wollen, dann wird die Luft-hansa die Entscheidung treffen, die betriebswirtschaftlich vernünftigerweise zu treffen ist. Das würde heißen: Frankfurt ade, wir gehen nach München. – Wer gestern die Ehre hatte, auf dem Empfang der Spediteure anwesend zu sein, und wer die Denkweise der Lufthansa verstanden hat, der sieht, dass dieses Unternehmen nicht mehr lange damit warten wird, diese Entscheidung zu treffen, wenn wir nicht deutlich machen, dass das Land Hessen auf seinen verschiedenen Ebenen – Landesparlament, Landesverwaltung, kommunale Verwaltung und kommunale Parlamente – dazu bereit ist, alles Mögliche zu tun, damit die Halle zeitgerecht gebaut werden kann.

Meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten spielen zurzeit mit dem Feuer. Wenn Sie sich selbst daran verbrennen, ist uns Liberalen das relativ egal. Aber wenn die Region daran verbrennt, liebe Kollegen von den Sozialdemokraten, dann ist uns das nicht egal. Deshalb sollten Sie heute hier ans Pult treten und erklären, ob Sie für die Umsetzung der fünf Punkte des Mediationsergebnisses sind oder nicht. Aber erzählen Sie den Menschen, die alle offensichtlich ein bisschen besser informiert sind, als Sie glauben, nicht, dass man über den Bau der Halle noch groß diskutieren könne.

Die GRÜNEN argumentieren, die Halle könne innerhalb des vom Zaun umschlossenen Flughafengeländes errichtet werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha!)

– Dann gibt es aber keine Erweiterung mehr, Herr Kollege Kaufmann. Das ist die spannende Folge dieser Diskussion. – Wenn Sie allerdings die A-380-Wartungshalle dazu missbrauchen wollen, das neue System von Start- und Landebahnen zu kippen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir missbrauchen gar nichts! Wir halten uns an die Rechtslage!)

dann liegt das in Ihrer Verantwortung. Sie merken es an meinem Beitrag, dass ich eine vollkommen andere Auffassung habe als Sie von den GRÜNEN. Aber Sie haben wenigstens eine konsequente Haltung. Der Wackelpudding sind die Sozialdemokraten in Hessen-Süd. Die müssen endlich zu einer Entscheidung kommen. Entweder wackeln sie nach hier, oder sie wackeln nach da. Aber ihr Hin und Her kann man nicht länger zulassen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir stehen in der Frage der Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens und des Erhalts und der Schaffung von Arbeitsplätzen nunmehr an einer Weggabelung. Den Weg können wir nur dann gemeinsam und erfolgreich fortsetzen, wenn es bei dem Bündnis der Vernunft und für Arbeitsplätze bleibt, das dreieinhalb Jahre lang gehalten hat. Das war ein Bündnis zwischen der Union, der FDP und den Sozialdemokraten. Zu diesem Bündnis gehört nicht nur, hier schön zu reden, sondern dazu gehört auch, zu Hause die Vertreter in der Regionalversammlung und die Stadtverordneten davon zu überzeugen, dass dieses Bündnis vernünftig ist.

Sie haben den gemeinsamen Weg verlassen. Sie haben aber die Chance, wieder zurückzukehren. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemo-

kraten, machen Sie sich endlich an die Arbeit. Das ist keine Spielwiese für irgendwelche parteipolitischen Aktivitäten, sondern es geht um eine ernste Sache, nämlich um den Wirtschaftsstandort Hessen. Sie sollten deshalb heute hier erklären, dass das alles ein bisschen falsch gelaufen ist und dass die drei Gremien vernünftige Beschlüsse im Interesse der Wirtschaft und der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in unserem Lande fassen werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster spricht Herr Walter, Vorsitzender der SPD-Fraktion.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen: Ich habe in diesem Parlament schon viel Unsinn gehört. Aber das war eben die mit Abstand dämlichste Rede, die ich mir bislang anhören musste.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Herr Hahn, mit solchen Reden schaden Sie dem Ausbau des Frankfurter Flughafens mehr, als es die von Ihnen angesprochenen Voten kommunaler Ebenen tun. Sie sollten sich angesichts der Debatte, die wir heute Morgen über die Föderalismusreform geführt haben, für das schämen, was Sie hier und heute ausgeführt haben.

(Beifall bei der SPD – Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

An Ihrer Rede hat mich erschreckt, dass Sie die Vorstellung haben, dass es eine Landespartei und eine Landtagsfraktion gibt, die klare Beschlüsse gefasst haben, und dass es eine kommunale Ebene gibt, die anders lautende Beschlüsse gefasst hat. Sie meinen, dass die Landesebene den Mandatsträgern auf kommunaler Ebene vorschreiben solle, was diese vor Ort zu entscheiden haben.

(Lebhaftes Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie haben die Vorstellung, dass wir den Leuten vor Ort vorschreiben sollen, was sie für richtig zu halten haben.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie haben heute Morgen in Ihrer Rede gesagt, man solle nicht nur die Interessen der Parteien im Blick haben, sondern auch die Interessen des Bundes und der Länder. Sie sagten, die Länderinteressen sollten stärker wahrgenommen werden, und wir brauchten mehr Selbständigkeit. Diese Rede haben Sie mit Ihren jetzigen Ausführungen – ich will gar nicht von einer Rede sprechen – ad absurdum geführt. Sie haben gezeigt, dass Sie genau in die andere Richtung denken und dass Sie einen zentralistischen Ansatz verfolgen.

Es gibt einen Grund, warum die Kolleginnen und Kollegen der CDU – –

(Fortgesetzte Zurufe der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

– Frau Wagner, Sie verstehen überhaupt nicht, über was wir hier reden. Seien Sie doch ruhig.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Wagner, ich darf Sie bitten, die Lautstärke Ihrer Zwischenrufe ein wenig zu dämpfen. – Herr Walter, Herr Hahn möchte eine Zwischenfrage stellen.

**Jürgen Walter (SPD):**

Jetzt keine Zwischenfragen. – Warum die Kolleginnen und Kollegen von der CDU bei Ihren Ausführungen etwas vorsichtig mit dem Beifall waren,

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

hängt damit zusammen, dass auch der eine oder andere Kollege von der Union, der in der Region kommunale Verantwortung hat, die Sache etwas differenzierter sieht. Sie haben die Klage der Stadt Frankfurt – der „linken Mehrheit“, haben Sie gesagt – gegen den Ausbau angesprochen. Vielleicht wissen Sie nicht, dass es auch in dem Landkreis des Ministerpräsidenten exakt den gleichen Klageauftrag gibt.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Das wissen wir alle! – Gerhard Bökel (SPD): Mit der FDP!)

„Mit der FDP“, ruft Herr Bökel, der zu dieser Zeit seinen Wahlkreis dort hatte. Der Ministerpräsident war Fraktionsvorsitzender in diesem Wahlkreis.

Wie Sie wissen, halte ich diese Position für falsch. Aber es ist nicht an mir, den Menschen in der Region vorzuschreiben, wie sie ihre eigenen Interessen wahrnehmen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte das beliebig ausführen. Es handelt sich nicht nur um den Main-Taunus-Kreis. Ich habe das einmal aufgeschrieben: Mörfelden-Walldorf in einem Klageverband mit der Stadt Flörsheim – auch nicht unbedingt ein Schwerpunkt der SPD. Die Stadt Neu-Isenburg, in der Sie regieren, hat den gleichen Klageauftrag gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt auf den Weg gebracht. Es gibt mehrere dieser Klageaufträge, die auch von der Union mitgetragen werden.

Ich halte das für falsch. Ich nehme an, die meisten Kolleginnen und Kollegen von der Union, die hier im Landtag sitzen, halten das auch für falsch. Aber ich würde es mir niemals anmaßen – die Arroganz, die Sie hier zeigen, bekomme ich sowieso nicht hin –, von diesem Pult aus den Kolleginnen und Kollegen der Union zu sagen: Diszipliniert doch einmal eure Kommunalpolitiker vor Ort. Zieht den Klageauftrag im Main-Taunus-Kreis und in Neu-Isenburg zurück. – Dass der Ministerpräsident, der in Eschborn wohnt, mit Herrn Gall redet und sagt „Das machen wir jetzt nicht“, ergibt eine ganz andere Linie.

(Gerhard Bökel (SPD): Offenbach!)

Nein, es ist richtig, dass die kommunalen Ebenen ihre eigenen Entscheidungen treffen. Herr Kollege Hahn, wer wie Sie der zentralistischen Auffassung ist, dass wir die untergeordneten Ebenen disziplinieren müssen, sollte in Zukunft zum Thema Föderalismusreform schweigen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Walter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Boddenberg?

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Boddenberg, lassen Sie mich mit meinen Ausführungen zum Ende kommen. Das war jetzt der emotionale Teil. Jetzt versuchen wir, das Ganze abzuarbeiten. Dann kommen die Fragen an die Reihe.

Eigentlich wollte ich diese Rede relativ unemotional beginnen und sagen, dass ich diese Debatte im Hessischen Landtag für unnötig halte, und zwar nicht etwa, weil es um ein unwichtiges Thema geht. Im Gegenteil, es geht um das zentrale wirtschaftspolitische Thema, mit dem wir uns in Hessen zu befassen haben. Aber was die weitere Entwicklung angeht, gibt es im Moment nichts zu entscheiden. Ich bin der Auffassung, dass dieses Thema viel zu wichtig ist, um es als Spielfeld für parteipolitische Positionierungen zu betrachten.

Ihre Rede hat mich dazu bewogen, Ihnen doch die entsprechende Antwort zu geben. Am Anfang meiner Rede wollte ich die Position der SPD – auch die der SPD-Fraktion im Landtag – bekräftigen. Das ist eine Wiederholung. Ich könnte im Prinzip auf die Protokolle verweisen, sowohl was meine Ausführungen als auch die der Kollegen Bökel und Riege in der letzten Legislaturperiode angeht.

Meine Fraktion im Hessischen Landtag vertritt genau die Auffassung, die auf dem SPD-Landesparteitag beschlossen wurde. Soweit ich das sehe, ist das die gleiche Position, die die Landesregierung vertritt.

Wir stehen hinter allen Punkten des Mediationspakets. Wir stehen hinter allen Ergebnissen, die das Mediationsverfahren erbracht hat. Wir sind für den Ausbau, wenn alle diese Kriterien erfüllt sind. Das sind im Wesentlichen das Nachtflugverbot, die vereinbarte Lärmreduzierung und die Einrichtung und Arbeit des Regionalen Dialogforums. An dieser Stelle hat sich nichts geändert.

Jetzt bin ich aber doch etwas verwundert – damit komme ich wieder zu den Freunden von der CDU – über die Formulierungen im letzten Absatz des CDU-Antrags:

Bedauerlicherweise gab es unter der Regierung von Hans Eichel zwar Überlegungen zur Entwicklung des Flugverkehrs am Frankfurter Flughafen und zur Lösung der Kapazitätsprobleme, deren Umsetzung allerdings vom grünen Koalitionspartner permanent torpediert wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Union, ich wusste ja, dass es nicht unbedingt in Ihrem Interesse lag, als Hans Eichel das Mediationsverfahren eingeleitet hat. Aber wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben uns alle gefreut, als sich der Ministerpräsident in der ersten Regierungserklärung, die er hier gehalten hat, ausdrücklich zu dem Mediationsverfahren bekannt und gesagt hat – das war 1999 –:

Ich möchte, dass das Mediationsverfahren ordnungsgemäß zu Ende geführt wird. Wir erwarten uns gute Ergebnisse von dem Mediationsverfahren. Wir erwarten insbesondere, dass wir die Grundlagen für eine Entscheidung bekommen.

Deshalb bin ich verwundert, dass Sie jetzt offensichtlich beginnen, das Mediationsverfahren zu kritisieren, obwohl Sie während der letzten vier Jahre das Mediationsverfahren und insbesondere seine Ergebnisse immer hochgehalten haben.

Nein, es war richtig, dass Rot-Grün – übrigens gemeinsam – das Mediationsverfahren unter der Regierung von Hans Eichel eingeleitet hat. Das Mediationsverfahren hat

in der Tat die Grundlagen für die Entscheidungen gelegt und die Gesprächs- und Konsensbereitschaft in der Region gestärkt. Deshalb stehen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nachdrücklich zu den Ergebnissen des Mediationsverfahrens.

(Beifall bei der SPD – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wir auch! Daran gibt es keinen Zweifel! – Michael Denzin (FDP): In allen Punkten auf jeder Ebene!)

– Jetzt sind wir wieder bei der Geschichte mit den Ebenen. Herr Kollege Jung, ich glaube, es ist unstrittig, was ich eben gesagt habe, nämlich dass auch bei Ihnen kommunale Vertreter, Bürgermeister und Landräte, an diesem Punkte andere Auffassungen haben.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Aber nicht hier im Land!)

– Auf der Landesebene vertreten wir die gleiche Position. Es gibt auch Landräte der SPD, die gegen den Ausbau klagen; das ist völlig unstrittig. Wir beide wissen, dass man in dieser Frage mit Disziplinierungsversuchen nicht weit kommt. Deshalb liegen unsere Auffassungen gar nicht weit auseinander.

Aber Herr Hahn hat in diese Debatte erstmals – ansonsten reden wir ja viel über Vertrauen – einen völlig neuen Zungenschlag hineingebracht. Der Kollege aus Mörfelden-Walldorf, der hier sitzt, weiß, wie das mit der Disziplinierung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort geht. Die Ansätze, die Herr Hahn uns hier als Rezept empfohlen hat, können nicht funktionieren. Im Gegenteil, es würde dazu führen, dass die Emotionen vor Ort wieder hochkochen. Es würde dazu führen, dass das Misstrauen in der Region gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens wächst.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben nur diese eine Chance. Sie ist in dem von uns immer wieder formulierten Grundsatz enthalten, dass das Fundament einer weiteren Landebahn nicht aus Beton, sondern aus Vertrauen besteht. Unsere Chance besteht nur darin, um Vertrauen zu werben. Wenn Herr Hahn sagt, wir sollten nicht um Vertrauen werben, sondern die Parteimitglieder vor Ort disziplinieren, geht er exakt den falschen Weg.

(Beifall bei der SPD)

Das wird nicht dazu führen, dass der Ausbau erleichtert wird, sondern diese Art von Politik wird geradewegs dazu führen, dass der Ausbau verhindert wird, lieber Kollege Hahn.

Zu den anderen vorliegenden Anträge, die wir alle ablehnen werden, mit Ausnahme des FDP-Antrags, in dem es heißt:

Der Landtag bekräftigt nochmals seine Auffassung, dass das Ergebnis des Mediationsverfahrens in allen fünf Punkten umgesetzt werden muss. Dazu gehört das Nachtflugverbot ebenso wie der Bau einer neuen Landebahn.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Abstimmung werden wir uns nicht beteiligen; denn wir halten sie für reinen Politiklamauk. Die Positionen im Hessischen Landtag sind klar. Die Sozialdemokraten lassen sich nicht von einer kleinen Fraktion, die versucht, uns hier vorzuführen, ins Bockshorn jagen. Unsere Positionen sind klar, Herr Hahn.

(Norbert Kartmann (CDU): Wie war das mit der Arroganz?)

Mit solchen Anträgen, in denen Sie auf polemische Weise formulieren, dass wir gegen den Ausbau des Flughafens seien, schaden Sie der Sache.

(Zuruf der Abg. Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Unsere Haltung zu den anderen Anträgen will ich inhaltlich begründen. Auch die SPD-Landtagsfraktion ist für den Bau der Wartungshalle A 380. Wir wissen, dass es gut und richtig ist, wenn diese Wartungshalle am Frankfurter Flughafen gebaut wird. Ich persönlich zweifle ein bisschen daran, ob die Drohung von Fraport, ansonsten nach München abzuwandern, wirklich ernst gemeint ist.

(Michael Denzin (FDP): Lufthansa!)

– Von Lufthansa. – Ich glaube, das ist nicht ernst gemeint. Es würde wohl eine Weile dauern, bis die weiteren Infrastrukturrichtungen in München geschaffen werden könnten.

Tatsächlich sind wir der Auffassung, dass es gut, richtig und notwendig ist, dass diese Halle am Frankfurter Flughafen gebaut wird. Wir rechnen mit über 2.000, wahrscheinlich über 3.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Es wäre ja geradezu widersinnig, wenn wir etwas gegen die so hoch qualifizierten Arbeitsplätze – es sind im Wesentlichen Facharbeiterplätze – unternehmen würden.

Jetzt zum Planungsverband. Ich bin kein Mitglied in diesem Planungsverband. Wenn ich mir die Vorgeschichte zu dieser Abstimmung richtig ansehe, dann war es doch so, dass das Regierungspräsidium vor der Abstimmung noch bei Lufthansa und Fraport nachgefragt und festgestellt hat, es fehlten noch Planungsunterlagen. Dann zu sagen: Wir stehen zu dem Bau der Wartungshalle für das Großraumflugzeug A 380, aber wir hätten bitte gerne die kompletten Planungsunterlagen eingereicht – es war das Regierungspräsidium und nicht die SPD, das nach den weiteren Planungsunterlagen gefragt hat.

Ich glaube, eine Entscheidung auf der Grundlage zu treffen, dass alle notwendigen Unterlagen vorliegen – Herr Hahn hat gesagt, es muss nach Recht und Gesetz gehen –, ist jedenfalls nichts Abwegiges.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Im Übrigen befinden wir uns hier in einem normalen Abwägungsverfahren, bei dem ein Landtag seinen Willen bekräftigen kann, dass dort gebaut wird. Es gibt aber einen Abwägungsprozess, den das Regierungspräsidium vorzunehmen hat. Ihr Kollege Posch war bei so etwas immer viel vorsichtiger als Sie, Herr Hahn. Natürlich sind ein paar Dinge zu beachten, wie beispielsweise der Grundsatz, dass möglichst wenig Wald – zumal Bannwald – dem Bau dieser Halle zum Opfer fallen darf. Das heißt, ein Regierungspräsidium muss das auch abwägen.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

In diesen Abwägungsprozess können wir als Landtag überhaupt nicht eingreifen. Aus diesem Grund haben wir von der SPD-Fraktion in unserem Antrag unsere Position deutlich gemacht: Wir begrüßen den Bau der Wartungshalle für das Großraumflugzeug A 380. Wir erwarten aber auch, dass dem Grundsatz der Minimierung des Flächen- und Waldverbrauchs Rechnung getragen wird. Das sind allgemeine Grundsätze des Abwägungsverfahrens.

Der Antrag der GRÜNEN, den wir ablehnen werden, ist unserer Auffassung nach inhaltlich falsch. Die GRÜNEN schreiben:

Es wird nunmehr immer deutlicher, dass die flugbetrieblichen Auswirkungen des Betriebes einer Nordwestbahn am Flughafen Frankfurt auf die Luftverkehrssicherheit und auf den Betrieb der Firma Ticona nicht tolerierbare Risiken zur Folge haben.

Dazu sagen wir: Das wissen wir jetzt nicht. Es gibt sechs Gutachten, und es gibt die Absprache mit dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr, dass ihm diese Gutachten, sobald sie vorliegen, vorgetragen werden. Aus diesem Grund warten wir ab, bis wir diese Gutachten tatsächlich vorgetragen bekommen. Wir wissen aber auch, dass es ein entscheidendes Gremium geben wird, das nicht im rechtlichen Sinne, aber im tatsächlichen Sinne entscheiden wird: Das ist die Störfallkommission beim Bundesumweltministerium. Sie hat angekündigt, bis Dezember ein entsprechendes Votum vorzulegen.

Solange dieses Votum nicht vorliegt, können wir auch nicht sagen, dass diese Risiken nicht tragbar sind. Wir wollen abwarten, wie das Ergebnis dieses Gutachtens ist, und dann auf der Grundlage dieser gutachterlichen Stellungnahme unsere Bewertung anstellen – das werden wohl nicht nur die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten so tun.

Zum Abschluss. Es ist vielleicht schon eine Frage von Oppositionspolitik, aber wir sind sehr verwundert über die Art des Umgangs und des Verfahrens mit der Firma Ticona gewesen. Wir haben mit der hessischen Landtagsfraktion diese Firma besucht und gehört, dass die Betriebsleitung von Ticona in einem sehr frühen Stadium die Landesregierung und wohl auch den Ministerpräsidenten persönlich darauf hingewiesen hat, dass möglicherweise Probleme mit dem Betrieb einer Nordwestbahn und dem Vorhandensein der Chemiefirma Ticona entstehen könnten.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die Redezeit ist abgelaufen. Herr Walter, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Die Betriebsleitung der Firma Ticona war mehr als verwundert darüber, dass das Thema Ticona im Raumordnungsverfahren zunächst überhaupt keine Rolle gespielt hat. Jetzt, nachdem das Raumordnungsverfahren abgeschlossen ist und wir uns im Planfeststellungsverfahren befinden, ist es natürlich auch mehr als riskant, diese gutachterlichen Stellungnahmen nachzuholen. Wir müssen jetzt abwarten, wie die Störfallkommission entscheiden wird; es gibt keine andere Möglichkeit. Darauf haben wir alle keinen Einfluss. Wenn die Störfallkommission im Dezember zu dem Ergebnis kommen sollte, dass der Betrieb einer Nordwestbahn und das Vorhandensein der Chemiefirma Ticona miteinander unvereinbar sind, dann stehen wir wieder am Ausgangspunkt der Debatte.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Bitte zum Schluss kommen, Herr Walter.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Dann sind viele Jahre verloren gegangen. Diese Jahre können wir uns nicht leisten. An der Stelle sind wir wieder beisammen. Der weitere Ausbau des Frankfurter Flughafens und der Bau einer zusätzlichen Landebahn sind im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes absolut notwendig.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als nächster Redner spricht Herr Reif für die CDU-Fraktion.

#### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Landtagspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Walter, die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die Absicht der Deutschen Lufthansa AG, für das neue Großraumflugzeug A 380 eine neue Wartungshalle am Frankfurter Flughafen zu bauen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich einiges zu dem bemerken, was Sie eben hier für Ihre Fraktion vertreten haben. Ich denke, dass wir trotz aller Spiegelfechtereien, die Sie vonseiten der Sozialdemokraten bei diesem Thema, nicht nur im Parlament, sondern auch außerhalb des Parlaments, unternehmen, jeglichen roten Faden vermissen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): So ein Quatsch! – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Kollege Walter, nirgendwo ist eine klare Linie der Sozialdemokraten ersichtlich. Sie vertreten im Hessischen Landtag eine manchmal sehr merkwürdige Position. In wirklich wichtigen Fragen haben Sie sich hier der Stimme enthalten.

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

Sie lassen im Frankfurter Stadtparlament von Ihren Kommunalpolitikern erklären, es gebe eine lokale und eine regionale Sicht. Sie vertreten in der Regionalen Planungsversammlung Südhessen eine Auffassung,

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

die mit dem, was Sie hier vertreten, überhaupt nichts zu tun hat. Von Friedberg bis Darmstadt und von Hanau bis Wiesbaden haben Sie in Ihrer Partei für das, was Sie eben hier gesagt haben, nicht eine Spur von Mehrheit.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Wie ist das denn mit Herrn Grüttners CDU in Offenbach?)

Das ist das Problem. Sie versuchen natürlich, durch Nichtbeteiligung bei gewissen Anträgen oder durch Nichtbeteiligung bei gewissen Abstimmungen diese unüberbrückbaren Differenzen, die Sie in Ihrer eigenen Partei haben, zu übertünchen und vergessen zu machen.

(Zuruf der Abg. Andrea Ypsilanti (SPD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wir Sie endlich auch beim Wort nehmen können, werden wir zu Ihrem Antrag, den wir in Punkt 1 begrüßen, einen Zusatz zu beantragen.

(Zurufe der Abg. Michael Siebel und Jürgen Walter (SPD))



Da heißt es nämlich:

Der Landtag begrüßt die Absicht der Deutschen Lufthansa AG, für das neue Großraumflugzeug Airbus A 380 eine Wartungshalle am Frankfurter Flughafen zu errichten.

Dieser Absatz ist identisch mit unserem, also sozusagen abgeschrieben. Der zweite Satz heißt:

Er erwartet, dass dabei dem Grundsatz der Minimierung des Flächen- und Waldverbrauchs Rechnung getragen wird.

Herr Kollege Walter, das ist übrigens beim Bau eines jeden Einfamilienhauses in Hessen so. Also das braucht man nicht nur bei einer Wartungshalle für den Airbus A 380 in einen Antrag hineinzuschreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe der Abg. Michael Siebel und Jürgen Walter (SPD))

Aber mir geht es darum, dass wir Sie hier beim Wort nehmen. Deshalb werden wir beantragen, dass dann als nächster Satz steht:

Der Hessische Landtag bedauert die negative Entscheidung der Regionalversammlung Südhessen zur Wartungshalle für den Airbus A 380.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Dann hätten wir gerne gewusst, wie die Sozialdemokraten in diesem Haus zu dieser Sache Farbe bekennen,

(Beifall bei der CDU und der FDP)

damit die Eierei bei Ihnen endlich aufhört und Sie dann auch sagen können: Wir stehen zu dem, was wir sagen; wir stimmen dann auch notfalls dazu ab

(Zuruf des Abg. Boris Rhein (CDU))

und geben unseren Genossen draußen von Friedberg bis Darmstadt und von Hanau bis Wiesbaden ein Signal.

Das tun wir auch, und wir haben auch in der CDU so manche Diskussion, die holprig ist – da geht es uns nicht anders als Ihnen. Aber wir haben eine klare Linie. Wir eiern nicht hier im Hessischen Landtag, und wir sagen nicht im Main-Taunus-Kreis etwas anderes, sondern diese klare Linie ist bei allen Abgeordneten durchgängig, und das vermischen wir bei Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Walter (SPD): Natürlich sagt die CDU im Main-Taunus-Kreis etwas anderes! – Zuruf der Abg. Ursula Hamann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Kollege Walter, gestatten Sie mir, etwas sehr Ernstes zu dem zu sagen, was die Firma Ticona betrifft.

(Jürgen Walter (SPD): Sagen Sie etwas zu der Klage! Vielleicht bin ich ja falsch informiert, aber ist es richtig, dass die CDU im Landkreis Main-Taunus gegen den Ausbau klagt? Geben Sie mir doch einmal auf diese Frage eine Antwort!)

– Herr Kollege Walter, dazu sage ich gleich etwas. Gestatten Sie mir doch, Ihnen zu antworten, was die Firma Ticona betrifft.

Im Ausschuss und auch in vielen anderen Gremien habe ich versucht, dieses sehr ernste Thema so zu nehmen, wie es von der Firma Ticona vorgetragen wurde. Meine Damen und Herren, aber ich will das auch hier im Hessischen Landtag sagen: Ich kann mich manchmal nicht des Ein-

drucks erwehren, dass es bei der Firma Ticona nicht nur – ich will mich da sehr vorsichtig ausdrücken – um sicherheitsrelevante Fragen geht.

(Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass es bei der Firma Ticona auch – ich will nicht sagen: hauptsächlich – sehr stark um betriebswirtschaftliche und entschädigungsrelevante Fragen geht. Denn wenn das Thema so ernst ist – –

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege Schmitt, über betriebswirtschaftliche Dinge müssen wir zwei uns nicht unterhalten, dazu könnte ich Ihnen ein Colloquium privatissime et gratis geben. Davon würden Sie sehr profitieren, um Ihre eigenen Verhältnisse in Ordnung zu bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin der Auffassung, wenn es der Firma Ticona ernst ist, dann rate ich ihr, in ihren Genehmigungsbescheid – der derzeitigen BImSchG-Genehmigung – für den Betrieb des Chemiewerkes an diesem Standort hineinzuschauen.

In dieser Betriebsgenehmigung wird nämlich der Firma Ticona – übrigens auf eigenes Betreiben – bescheinigt, dass an diesem Standort, an dem sie jetzt Probleme sieht, keinerlei sicherheitsrelevante Probleme bestehen,

(Rudi Haselbach (CDU): Hört, hört!)

als es darum ging, den Antrag auf Genehmigung, Bau und Betrieb dieser Chemieanlage zu erhalten. Das ist doch sehr erstaunlich.

(Rudi Haselbach (CDU): Tja!)

Die Firma Ticona weiß seit 1994, dass der Ausbau des Flughafens infrage steht. Die Firma Ticona ist seit 1961 an diesem Standort tätig und hatte schon immer ein ordentliches nachbarschaftliches Verhältnis zum Flughafen.

Ich will nur sagen: Hier muss mit sauberen Karten gespielt werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind Sie Experte!)

Wenn wir die Firma Ticona ernst nehmen wollen – und das tun wir –, dann muss die Firma Ticona natürlich auch bei diesem Gefahrenspiel in Aussicht nehmen, dass ihr derzeitiger Betrieb einer chemischen Anlage nicht so ist, wie sie ihn genehmigt bekommen hat. Dann aber haben die eigene Probleme.

Ich würde vorschlagen, dass die Firma Ticona beginnt, in diesem Fall mit einer ordentlichen Argumentation auf uns zuzukommen, die dann wirklich eine Argumentation mit sicherheitsrelevanten Dingen darstellt und nicht gespickt ist mit betriebswirtschaftlichen Interessen und Entschädigungsfragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zur Wartungshalle des A 380 noch einiges sagen.

Ich denke, dies muss ein Meilenstein bei dem Ausbau des Flughafens und bis zum Jahr 2006 eine der Grundvoraussetzungen dafür sein, dass wir diesen Standort am Flughafen in Frankfurt veredeln und weiter zu einem attraktiven und interessanten Standort für die internationale Luftfahrt gestalten.

Wir wissen, dass sich der Flugverkehr bis zum Jahr 2015 mehr als verdoppeln wird. Damit wird auch die Anzahl der Flugbewegungen dramatisch steigen – wenn wir denn nichts tun. Wir sind der Auffassung, dass das eine durchaus möglich sein kann – nämlich die Verdoppelung der Flug-gastzahlen –, das andere aber – nämlich der drastische Anstieg der Flugbewegungen – nicht unbedingt sein muss. Dazu bedarf es aber der Großraumflugzeuge. Wenn ich die Großraumflugzeuge dann an diesem Standort haben will, muss ich auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass diese Großraumflugzeuge an diesem Standort die Wartung erfahren, die sie benötigen, um im internationalen Hub eine Rolle zu spielen.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, darum geht es. Es geht darum, dass wir erkennen, dass sich die Dinge im Luftverkehr fortschreitend globalisieren, dass sich die Europäische Union zu einem weltweit großen, ja, ich würde sogar sagen, dem größten zusammenhängenden Wirtschaftsmarkt entwickelt, mit etwa 400 Millionen Menschen bei steigender Tendenz, mit einer gemeinsamen Währung. Wir müssen erkennen, dass die fortgesetzte Individualisierung von Lebensstilen der Menschen eine der Grundvoraussetzungen dafür ist, dass immer mehr Menschen fliegen. Fliegen ist heute nicht der Luxus, der es in den Siebziger- und Anfang der Achtzigerjahre einmal war. Es ist gut, dass auch Menschen mit geringerem Einkommen heute Ziele erreichen, die ihnen vor 20, 25 Jahren verwehrt geblieben sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb stößt der Flughafen zunehmend an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Trotz der schrittweisen Anhebung von Kapazitätseckwerten und der Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten innovativer Betriebsverfahren können schon heute etwa 15 % der nachgefragten Start- und Landezeiten in den Hauptverkehrszeiten nicht mehr bedient werden. Und deshalb liegen die Wachstumsraten bei den wichtigsten Wettbewerbern zum Frankfurter Flughafen – nämlich den Flughäfen in Amsterdam, London und Paris – über denen der Fraport. Als Konsequenz daraus verlieren die internationalen Fluggesellschaften, wenn denn nichts getan wird – und dazu gehört die Wartungshalle für den A 380 – das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit von Fraport und dem Standort.

Damit droht uns ganz einfach der Verlust als führende kontinentale und wichtige interkontinentale Drehscheibe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir als CDU wollen das nicht. Wir meinen, dass in diesem Hause, zusammen mit der FDP, eine sehr, sehr große Mehrheit besteht, die das auch nicht will. Dafür kämpfen wir. Denn wir meinen, dass der Ausbau wie auch der Bau dieser Wartungshalle für den A 380 wichtige Impulse für die ordentliche zukünftige Entwicklung gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist deshalb für die Sicherung der Wirtschaftskraft in der Region in Hessen und das damit verbundene Wachstum an Beschäftigung dringend geboten. Es ist auch klar: Hier werden zusätzlich Plätze für Facharbeitskräfte geschaffen, die an anderer Stelle nicht geschaffen werden können. Um es auch gleich zu sagen, weil immer diese Argumente von den GRÜNEN kommen: Wachstumsbeschränkungen würden zu Abwanderungen von Märkten und Arbeitsplätzen aus der betreffenden Region Frankfurt führen, weg zu anderen Orten. Wir erreichen damit nur, dass wir unseren ei-

genen Standort weniger attraktiv machen, andere Standorte aufwerten und dafür sorgen, dass die gleichen positiven Effekte, die wir haben wollen, an anderen Standorten entstehen. Das wiederum wollen wir nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, uns ist der Arbeitsplatz in Hessen, am Flughafen in Frankfurt sehr viel wichtiger als anderswo.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Denn die Menschen fragen uns nicht, wenn sie fliegen wollen. Sie tun es einfach.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das auch mit einer Zahl untermauern: Wir wissen, Fraport ist der größte lokale Arbeitgeber, oder, um es richtig zu sagen: der Flughafen ist der größte lokale Arbeitgeber

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Arbeitsstätte“ sagt man dazu!)

– die größte Arbeitsstätte, richtig, Herr Kollege Kaufmann, das nehme ich gerne auf – in der Bundesrepublik Deutschland. In Hessen stieg die Zahl der Beschäftigten von 1985 bis 1995 um 9,6 %, also um rund 10 %. Im selben Zeitraum nahm die Beschäftigungszahl am Flughafen in Frankfurt um 42,6 % zu.

(Beifall des Abg. Rudi Haselbach (CDU))

Das heißt also, wir haben am Flughafen immer das Vierfache an Beschäftigungseffekt gegenüber dem übrigen Land Hessen. Meine Damen und Herren, es ist doch für uns wichtig, dass wir dies halten. Die Entwicklung war übrigens nach 1995 ähnlich und vergleichbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass wir alles versuchen müssen, dass diese Wartungshalle gebaut wird, dass wir alles versuchen müssen, dass die Lufthansa am Standort Frankfurt weiter eine so gedeihliche Entwicklung findet, dass wir alles erreichen müssen, dass dieser Hub als internationaler Verteiler im europäischen Netz seine Rolle behält und nicht verliert, und dass wir im Hessischen Landtag gut beraten sind, die Lufthansa, die Fraport und die beteiligten Firmen und Organisationen dabei zu unterstützen, dass es schnellstmöglich auf diesem Meilenstein zur Weiterentwicklung des Flughafens mit dem Bau der Landebahn und dem Nachtflugverbot – dann von 23 bis 5 Uhr – zu einem gedeihlichen und ordentlichen Ende geführt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das nenne ich eine Punktlandung; Herr Reif, Sie haben nur zwei oder drei Sekunden überzogen.

(Frank Lortz (CDU): Ausgezeichnet, Herr Kollege!)

Herr Kaufmann, Sie haben das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gerade eine Wagenburg erlebt, wo sich der Kollege Hahn und der Kollege Reif mit starken Worten die Welt schönreden und beide nicht merken wollen, was um sie herum geschieht. Herr Kollege Reif, ich fange mit

Ihnen an. Wenn Sie anfangen, über die Betriebsgenehmigung von Ticona Anmerkungen zu machen, was nichts anderes heißt, als Sie ziehen sie in Zweifel und haben damit Probleme,

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

und auf Gutachten aus alter Zeit, von 1992 und davor, rekurrieren, dann vergessen Sie einen ganz einfachen Fakt. Im Jahre 1992 befand sich die Anlage von Ticona nicht – sie befindet sich heute auch noch nicht, aber es ist geplant – in einem Anflugbereich einer Landebahn. Das macht den massiven qualitativen Unterschied aus. Diesen einfachen Tatbestand, auch Rechtstatbestand, sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Geräusche sind beim Kollegen Reif etwas gurgelhaft. Er merkt, das Projekt ist am Untergehen. Deswegen macht er das genauso wie der Kollege Hahn. Er beginnt mit Schuldzuweisungen. Deswegen hat er den Hauptschuldigen dafür, dass der Ausbau des Flughafens Frankfurt scheitern wird, schon bei den Sozialdemokraten entdeckt. Das war genau der Sinn und Inhalt Ihrer Rede, Herr Kollege Hahn. Denn ansonsten kann man nur festhalten, das, was Sie uns dargestellt haben, ist nichts weiter als die ungeschminkte Aufforderung zum Rechtsbruch insbesondere an die Gremien, wie z. B. die Regionalversammlung.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Und auch noch Lufthansa derart hoch loben, wo Sie selber zitiert haben, was Sie gestern Abend gehört haben, dass nämlich Lufthansa klar erklärt hat, dass das Nachtflugverbot mit ihnen nicht geht. Meine Damen und Herren, so viel zur Konsistenz derer, die sich für den Flughafen ausbau einsetzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor ich im Einzelnen auf die Anträge eingehe, muss ein Punkt gesetzt werden, der an den Anfang jeder Flughafendebatte gehört, den ich Ihnen schon mehrfach vorgetragen habe. Ich denke, es wird höchste Zeit, es einmal zu wiederholen.

Die Befürchtungen, dass später eine weitere Start- oder Landebahn errichtet werden könnte, entbehren jeder Grundlage. Die Genehmigung einer solchen Maßnahme wird auf keinen Fall erteilt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie wissen, dass diese Aussage Inhalt eines nach wie vor gültigen, rechtsbeständigen Planfeststellungsbeschlusses einer Hessischen Landesregierung ist, einer übrigens, an der die GRÜNEN nicht beteiligt waren. Uns hat es damals noch gar nicht gegeben.

(Frank Lortz (CDU): Das waren noch Zeiten!)

Meine Damen und Herren von der Regierungsfraktion, Herr Kollege Lortz, samt Ihrer Kuschelopposition, Sie wissen doch nicht mehr recht weiter, was Sie in der Situation machen sollen. Deswegen schreibt die FDP so wunderbare Anträge mit Texten wie: „Ständig wechselnde Voten sind einem geordneten Genehmigungsverfahren nicht dienlich.“

Herr Kollege Hahn, es ist festzustellen, dass die FDP die Einheitlichkeit des Votums zum Flughafen auf allen Ebenen fordert. Sie haben das hier noch einmal sehr deutlich gemacht. Für mich – es tut mir Leid – ist das eine etwas verquere Welt, wenn der so genannte demokratische Zen-

tralismus, nachdem er durch den Untergang der KPdSU heimatlos geworden ist, nunmehr bei den Liberalen in Hessen seinen Einzug gehalten hat,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Frank Lortz und Michael Boddenberg (CDU))

denn von dort kommt die Forderung – Sie haben es alle hier vernommen –, was Hahn sagt, müssen alle befolgen, möglichst dabei strammstehen. Meine Damen und Herren von der FDP, merken Sie eigentlich nicht, wie Sie sich dabei in Ihrem Ziel verrennen, möglichst rasch Bannwald zu roden, um für eine neue Landebahn und etliche Rollbahnen Beton dorthin zu bringen? Kennen Sie überhaupt keine rechtsstaatlichen Verfahren mehr? Wollen Sie wirklich nur das eine: „Ohren und Augen zu und durch!“?

(Frank Lortz (CDU): Was für eine Entgleisung!)

Deshalb schreibt die FDP – Kollege Lortz, lesen Sie es einmal nach, es macht richtig Spaß – in dem Antrag Drucks. 16/689:

Deshalb müssen die anstehenden Verfahren zügig durchgeführt werden.

Jetzt kommt es:

Eine grundsätzliche Diskussion um den für innerbetriebliche Abläufe optimalen Standort kann das ganze Projekt gefährden.

Meine Damen und Herren, wer das tut, was in den Vorschriften vorgegeben ist, nämlich bei Projekten dieser Größenordnung Alternativen zu betrachten, der – schreibt Herr Hahn in seinem Antrag – gefährdet das ganze Projekt. Das Schöne ist, damit hat Herr Hahn sogar Recht. Natürlich,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil nämlich das Projekt A-380-Halle so, wie es derzeit geplant ist, rechtlich keinen Bestand haben kann. Genau deshalb hat die Regionalversammlung Süd kürzlich eine negative Stellungnahme abgegeben, im Übrigen – diese Redlichkeit müssen alle haben – ausschließlich wegen des Standortes im Bannwald.

(Frank Lortz (CDU): Ein bisschen ruhiger! Rege dich nicht so auf! Trink erst mal einen!)

Um es in einem Satz für den Kollegen Lortz von der bayerischen Grenze noch einmal zu wiederholen: Der gültige Regionalplan verbietet es, diesen Standort zu akzeptieren. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten wir – denke ich – unter juristischen Aspekten darüber überhaupt nicht streiten können, weil eine Abweichung vom Regionalplan nicht erfolgt ist, geschweige denn die Bannwaldschutzkategorie bereits verändert wurde. Alles andere als die Ablehnung des Standortes zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre ein eklatanter Rechtsverstoß.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das ist der FDP und der CDU offensichtlich egal. Der Kollege Hahn hat ihn sogar hier – wir haben es alle gehört – gefordert. Wir GRÜNE in der Regionalversammlung haben ebenso wie die SPD ganz eindeutig gesagt: Es geht nicht um die Verhinderung der Werft; es geht einzig und allein darum, dass alternative Standortmöglichkeiten – auf dem Gelände des Flughafens, wären sie natürlich vorhanden – überhaupt nicht geprüft wurden.

(Zuruf des Abg. Rudi Haselbach (CDU))



Meine Damen und Herren, wir machen uns damit, indem wir die Kritik vorbringen, eigentlich zum Helfer des Ausbaues, indem wir nämlich frühzeitig darauf hinweisen, was dort für Fehler begangen werden, die spätestens in einem Rechtsstreit hochkommen. Deswegen müssten Sie eigentlich irgendwann einmal versuchen, darüber nachzudenken, ob es nicht doch richtig wäre, hier ein geordnetes Verfahren und nicht das Verfahren nach dem Motto von Jörg-Uwe Hahn „Augen zu und durch!“ als richtiges anzusehen.

(Frank Lortz (CDU): Ihr seid die eigentlichen Befürworter!)

Meine Damen und Herren, der Grund, warum andere Alternativen von Fraport nicht geprüft worden sind, liegt einzig und allein darin, dass es einen zeitlichen und räumlichen Zusammenhang mit dem gesamten Ausbau des Flughafens gibt. Das führt Fraport in seinen Unterlagen auch selber aus. Wenn dies aber so ist – Herr Kollege Hermanns guckt ganz gespannt hierher –, dann kann man das Verfahren auch nicht als gesondertes Verfahren betrachten und gesondert entscheiden, sondern es muss in einem Verfahren zusammen durchgeführt werden.

Solange die Planungen der Fraport bezüglich der Gesamterweiterung nicht entschieden sind, müssen die Standorte innerhalb des Flughafenareals mit Priorität sogar für die A-380-Halle auch geplant werden. Für alles andere gibt es nämlich keine Planrechtfertigung. Das ist der Zusammenhang. Den kann man mit noch so großen Mehrheiten im Landtag und mit noch so viel Gebrüll „Alle sollen folgen!“ nicht aus der Welt räumen, Kollege Hermanns. Das muss man sauber bearbeiten. Das genau ist nicht erfolgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Stellen Sie sich doch einmal vor, irgendein Gewerbebetrieb wollte eine Erweiterung für die Ausdehnung der Produktion vornehmen – und nicht auf seinen vorhandenen Freiflächen, sondern sagen: Ich will außerhalb des Geländes in den Wald, weil ich mit den Freiflächen, die ich bei mir habe, etwas anderes vorhabe.

Glauben Sie, es gäbe eine Behörde, die das genehmigen könnte? Alle würden sagen: Du musst erst einmal die Flächen beplanen, die du hast, und darfst nicht in den Wald hineingehen, zumal wenn es Bannwald wäre. – Aber für Fraport soll dies nach den Ausführungen, die wir gehört haben, nicht gelten? Steht dieser Betrieb über dem Recht? Oder ist es vielleicht deshalb, weil, durch die Erfahrungen der Vergangenheit ermutigt, für Fraport weiterhin das strategische Leitbild seiner Geschäftspolitik die Salami ist, deren Scheiben von den meisten hier geradezu begierig verschlungen werden?

Der Kollege Reif guckt mich so an. Ich vermute, die Gier nach der nächsten Wurstscheibe ist offensichtlich so groß, dass es ihn überhaupt nicht stört, dass diejenigen, die den Ausbau betreiben, bereits juristisch auf die Nase gefallen sind.

Der Verwaltungsgerichtshof – Herr Kollege Reif, Sie wissen das – hat die von der Landesregierung dekretierte Vorgabe im LEP, dass der Flughafen ausgebaut zu planen und zu realisieren sei, wegen fehlender Abwägung schlichtweg als rechtswidrig kassiert.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Doch Sie bleiben in Treue fest auf Ihrem Irrweg und merken gar nicht, dass solche Anträge, wie sie heute hier gestellt wurden, als Durchhalteparolen in auswegloser Lage

zu qualifizieren sind. Die Reden des Kollegen Hahn und des Kollegen Reif haben genau das unterstrichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, einstmals wurde behauptet – es war der FDP-Verkehrsminister Posch –, es solle ein faires und transparentes Verfahren bei den Anträgen der Fraport zum Ausbau des Flughafens Frankfurt geben.

(Florian Rentsch (FDP): So ist es, und so war es! – Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Heute ist es genau die Partei dieses Ministers, die ohne Rücksicht auf Einwände, Rechtsvorschriften und tatsächliche Verhältnisse

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Vorsicht!)

sogar zwei Anträge einbringt – einer war nicht genug, Frau Kollegin Wagner, um sich zu blamieren –, in denen sie andere Institutionen und Gremien auffordert, gleich lautende unkritische Jubelstellungen abzugeben.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Denn nach Ihrer Auffassung darf nicht sein, was Sie nicht wollen und wohl auch nicht können, nämlich erst nachdenken und dann entscheiden.

Meine Damen und Herren, damit sind wir schon beim zweiten Komplex der heute zu behandelnden Fragestellung im Zusammenhang mit den Ausbauplänen von Fraport. Ich spreche von den Risiken der Ausbauplanung, speziell den flugbetrieblichen Auswirkungen des Betriebs der vom Ministerpräsidenten höchstpersönlich ausgesuchten Landebahn Nordwest auf die Luftverkehrssicherheit ebenso wie auf die Sicherheit des Betriebs des Chemieunternehmens Ticona. Was wir in dieser Frage – mit „wir“ meine ich die Landtagsabgeordneten aller Fraktionen und die interessierten Beobachter – bislang erleben mussten, kann nur noch mit den Zuständen in einem Tollhaus verglichen werden. Das müsste einen eigentlich zum Lachen bringen, wenn es nicht so tieftraurig wäre, Herr Kollege Reif.

(Zurufe der Abg. Clemens Reif und Frank Lortz (CDU))

Seit Anfang der Sechzigerjahre arbeitet die Firma Ticona an der gegenwärtigen Stätte. Das haben Sie selbst gesagt. Sie unterliegt auch nicht erst seit gestern den Vorschriften der Störfallverordnung. Dennoch haben sowohl Fraport als auch Roland Koch sie vollständig ignoriert und keinen Gedanken daran verschwendet,

(Clemens Reif (CDU): Wer hat die Anlage genehmigt?)

dass es vielleicht ein Problem sein könnte, wenn der Flughafen bis dicht an die Grenze des Betriebsgeländes dieser Firma heranwuchert und der Flugbetrieb unmittelbar in niedrigster Höhe darüber hinweggeht.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Das Raumordnungsverfahren – Sie werden sich erinnern – war das Verfahren, das mit der Aussage endete: Der Ausbau des Flughafens verstößt gegen raumordnerische Zielsetzungen. Das geht eigentlich so nicht.

(Clemens Reif (CDU): Lügen haben kurze Beine!)

Aber, wenn man die Zielsetzung entsprechend anpasst, kann es vielleicht doch machbar sein. – In diesem Verfah-



ren wurde erstmals aufgrund von Einwendungen der Ticona festgestellt, dass hier vielleicht doch etwas fehlt,

(Zuruf des Abg. Volker Hoff (CDU))

nämlich eine Untersuchung und verantwortliche Bewertung der durch die Planung absehbar entstehenden Gefahren. Meine Damen und Herren, damit begann die Gutachterposse.

(Zuruf des Abg. Frank Lortz (CDU))

Erst auf unser Nachbohren hat der Verkehrsminister zugesagt, in der Sommerpause kämen die Gutachten. Bis heute sind sie nicht da. Durch Veröffentlichungen wurde einiges aus den Gutachten bekannt.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Ich erinnere an die Aussage des TÜV, dass bei einem Absturz ein unverantwortlich hohes Risiko gegeben sei. Es wurde von Totalverlust gesprochen. Sie wissen, das ist der GAU für Chemiebetriebe. Da erscholl der Ruf nach Qualitätssicherung. Es ist nicht verwunderlich, dass Fraport andere Gutachter bestellt, die das Risiko herunterrechnen.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Meine Damen und Herren, was wir im Augenblick erleben – das sage ich Ihnen klar und deutlich –, ist unverantwortlich. Es wird so lange schöngerechnet, bis die Nordwestbahn für uns alle als vermeintlicher Gewinn an Sicherheit ermittelt wird. Genau das betreiben Sie im Augenblick. Bis heute geht dieses Verwirrspiel weiter.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Sogar die zwischenzeitlich angerufene Störfallkommission wird von Ihnen madig gemacht, die Empfehlung im Vorhinein als unbeachtlich bezeichnet – von dem Thema Seveso-Richtlinie und der Aktivität der EU-Kommission ganz zu schweigen. Wir sagen Ihnen klipp und klar: Damit muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was glauben Sie eigentlich, was die Menschen, die rund um den Flughafen leben, einer Landesregierung, die sich derart produziert, noch abnehmen? Meine Damen und Herren, Sie in der Regierungsfraktion und in der Regierung verschärfen mit dieser Vorgehensweise massiv die Auseinandersetzung.

(Zurufe der Abg. Michael Boddenberg und Clemens Reif (CDU))

Denn das Verfahren ist genau das Gegenteil von transparent und fair. Deshalb fordern wir Sie mit Nachdruck auf, unverzüglich die Gutachten zur öffentlichen Debatte freizugeben und die Sicherheit wieder an die erste Stelle zu stellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich verstehe Ihr Problem. In den Gutachten sind reichlich Widersprüche. Bei einer kritischen Prüfung kann man nur den Schluss ziehen: Der Betrieb des Chemiewerks und die Landebahn Nordwest sind inkompatibel, oder – auf gut Deutsch – beides zusammen geht nicht. Wenn die Reihenfolge umgekehrt gewesen wäre – ein scheußlicher Gedanke –, vorausgesetzt, die Nordwestbahn wäre schon da und ein Chemiewerk würde einen Antrag stellen: Es gäbe in diesem Raum und in den Behörden niemanden, der das für eine vernünftige Vorgehensweise hielte.

(Clemens Reif (CDU): Wer hat die Anlage genehmigt, Herr Kollege?)

Nun sind die Verhältnisse umgekehrt. Sie wollen mit aller Gewalt durchdrücken, dass plötzlich alles völlig problemlos sei. Das kann Ihnen niemand abnehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Widersprüche sind so reichlich, ich kann nur einen einzigen – auch aus Zeitgründen – zitieren. Der eine Gutachter sagt, diese Kolonnen, die hohen Maschinen müssen verstärkt werden, damit sie gegen die Wirbelschleppen der anfliegenden Maschinen gesichert sind. Der andere Gutachter sagt, sie müssen Sollbruchstellen erhalten, damit, wenn ein Flieger dagegen kommt, die Beschädigung am Flugzeug noch tolerierbar ist, d. h. ein Absturz vermieden werden kann.

Meine Damen und Herren, das ist die augenblickliche Lage. Sie gehört auf den Tisch, damit sich alle ein Bild machen können, was Sache ist, und nicht, wie Sie das wollen, eine Decke des Schweigens darüber gelegt und gesagt wird: Das kriegen wir alles hin. Auch diese Probleme werden wir lösen, aber erfahren soll es niemand.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie sich abschließend noch eines gesagt sein. Gerade diejenigen, die den Ausbau wollen, sollten das größte Interesse daran haben, dass nichts geschönt wird, sondern dass alle Fakten kritisch gewürdigt werden können.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, die Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Denn Sie, die das entscheiden, tragen die Verantwortung dafür. Wer heute den Versuch unternimmt, mit Drohung und Zwang Zustimmung herbeizuführen, der sät nicht nur Sturm in der Region, er wird auch im juristischen und ökonomischen Desaster enden. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die Regierung hat Herr Staatsminister Dr. Rhiel das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In dieser Debatte sind vier unterschiedliche Anträge Gegenstand, die ich zusammengefasst behandeln möchte. Zunächst einmal komme ich zu dem Antrag der GRÜNEN, zu Ihnen, Herr Kaufmann. Ich denke, es ist auch heute wieder deutlich geworden, auch wenn Sie es noch so oft wiederholen: Ihre Behauptungen, die Sie uns hier heute wieder präsentiert haben, werden dadurch nicht richtiger.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich halte fest: Im Raumordnungsverfahren für die Erweiterung des Flughafens Frankfurt am Main ist die Risikoproblematik Ticono-Werk in Verbindung mit der Planung

einer Variante Nordwest eben nicht verloren gegangen oder außer Acht gelassen worden. Es war von Anfang an klar und es ist klar, dass Ticona auch jetzt bereits in erheblichem Maße von Flugzeugen überflogen wird. Gegen Ihre Behauptung spricht nach wie vor die Maßgabe in der landesplanerischen Beurteilung – das ist nachzulesen –, die den nachfolgenden Verfahren, also den Verfahren, die jetzt anlaufen, auferlegt, dass insbesondere die räumliche Nähe der Ticona zu der geplanten Variante Nordwest einer eingehenden Untersuchung unter Risikogesichtspunkten zu unterziehen ist. Die Sicherheitsfragen zur Situation Ticona und zur Erweiterung des Flughafens Frankfurt werden – ich brauche das hier nicht noch einmal ausdrücklich zu unterstreichen – in meinem Hause sehr ernst genommen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So lange, bis es passt! – Gegenruf des Abg. Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Um die Fragen, die hier auch zu Recht gestellt werden, beantworten zu können, müssen methodisch nachvollziehbare Berechnungen durchgeführt werden. Herr Kaufmann, es bleibt bei dem, was wir im Ausschuss schon mehrfach betont haben. Es gibt hier ein klares und rechtsstaatlich einwandfreies Verfahren, und es gilt der Grundsatz: „Sicherheit vor Schnelligkeit“. In der Ausschussberatung habe ich darauf hingewiesen, dass es in der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Zweck kein von staatlichen Stellen autorisiertes oder zumindest geprüft Verfahren gibt. Anders ist es – das haben Sie im Ausschuss gehört – z. B. in den Niederlanden oder in Großbritannien. Deshalb sind wir auf den Sachverstand von Gutachtern angewiesen. Diese Experten müssen, basierend auf den in der Wissenschaft bekannten Methoden, entsprechende Wahrscheinlichkeiten ermitteln. Hierzu müssen Modellrechnungen der konkret zu betrachtenden Situation vorgenommen werden. Es sind Unfallstatistiken heranzuziehen. Am Ende muss alles in Mathematik gegossen werden, um zu einer möglichst konkreten Aussage über die Wahrscheinlichkeit eines Flugzeugabsturzes in einem bestimmten Zeitraum zu kommen.

Das sind die Daten, die zum Teil schon bekannt wurden. Da es kein sozusagen normiertes Verfahren für diese Risikoanalysen gibt, ist es selbstverständlich und evident, dass es zu Abweichungen in den Ergebnissen der Gutachten kommen wird. Auf jeden Fall kann das nicht ausgeschlossen werden. Deshalb lassen wir zurzeit die Methoden, die wir hierzu kennen und die Ihnen teilweise über Veröffentlichungen bereits bekannt sind, miteinander vergleichen, um am Ende umfassender beurteilen zu können, wie hoch die Wahrscheinlichkeit eines Absturzes für einen bestimmten Zeitraum ist. Wie Sie wissen, ist dieser Auftrag zur Qualitätssicherung an den TÜV Pfalz vergeben worden. Sachverständige des TÜV Pfalz haben bereits auch erste Ergebnisse in der Arbeitsgruppe Flughafenbau der Störfallkommission vorgetragen. Das haben Sie eben angesprochen. Für Anregungen, die aus der Arbeitsgruppe an uns oder die Gutachter herangetragen worden sind, sind wir sehr dankbar. Sie sind rechtzeitig erfolgt und können noch Berücksichtigung finden.

Es ist nicht wahr – ich erachte das auch als einen dreisten Vorwurf –, dass wir so lange an den Gutachten herumbasteln würden, bis sie uns im Ergebnis gefallen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Michael Denzin und Heinrich Heidel (FDP))

Mit dem TÜV Pfalz haben wir sehr bewusst einen vom Land Hessen, der Fraport AG und der Ticona AG vollkommen unabhängigen Gutachter gebeten, diesen Methodenvergleich durchzuführen. Aus den Beratungen des Ausschusses wissen Sie, dass es gar nicht so leicht war, einen Gutachter zu finden, der völlig unabhängig ist. Wir gehen davon aus, dass uns dieses Gutachten Ende Oktober oder Anfang November 2003 vorliegen wird. Wie alle anderen Einzelgutachten auch wird dieses Gutachten dem Ausschuss, den Fraktionen und auch der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bisher haben wir noch nicht eines!)

– Herr Kaufmann, diese Zusage steht. Die habe ich in der Sitzung des Ausschusses gemacht. Ich finde Ihren heute gemachten Vorwurf nicht fair. Er ist auch falsch.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hatten das schon für viel früher angekündigt! Es gibt immer wieder Verzögerungen!)

Ich folge damit nicht nur dem, was ich zugesagt habe. Vielmehr folge ich damit auch dem Beschluss, den der Ausschuss so konkret gefasst hat. Der Ausschuss will, dass alle Gutachten gemeinsam ausgehändigt werden, damit sie insgesamt bewertet werden können und damit nicht einzelne Teilstücke herausgenommen werden, die dem einen oder anderen passen.

Selbstverständlich wird das Gutachten auch unmittelbar der Arbeitsgruppe der Störfallkommission zugeleitet werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ab Anfang November – und natürlich auch noch im Dezember – können Sie sich dann ausführlich mit diesen Gutachten befassen und Ihr Urteil fällen.

Ich möchte nun auf die Entschließungsanträge zu sprechen kommen. Die Fraport AG hat am 9. September dieses Jahres den Antrag auf Planfeststellung zur Erweiterung des Flughafens Frankfurt am Main gestellt. Damit ist der Startschuss für die entscheidende Phase der Planung für die Flughafenerweiterung gefallen. Das ist nämlich das Planfeststellungsverfahren. Am Ende wird eine Entscheidung nicht nur darüber stehen, ob der Flughafen ausgebaut wird, sondern auch darüber, wie der Ausbau aussehen wird.

Es wurde heute schon oft angesprochen. Das Ergebnis der Mediation bildet auch für uns die Basis der Entscheidung, ohne dass es diese Entscheidung ersetzen kann. Das Planfeststellungsverfahren erfolgt also nicht im „luftleeren Raum“. Die Fraport AG hat in diesem Zusammenhang ihr Versprechen eingelöst. Sie hat einen Antrag auf Einschränkung des Nachtflugverkehrs eingereicht und das mit dem Einreichen des Antrags auf das Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung verbunden.

Ich bin mir der politischen Bedeutung des Mediationsergebnisses bewusst. Dennoch muss ich als für die Planfeststellung und Genehmigung der Flughafenerweiterung zuständiger Minister deutlich machen, dass weder das Mediationsverfahren noch die Entscheidung des Landtags der rechtlich gebotenen Prüfung und Entscheidung über den Antrag auf Ausbau vorgreifen kann. Herr Kaufmann, die Entscheidung über den Ausbau obliegt letztlich dem nach strengen rechtsstaatlichen Grundsätzen zu führenden Verfahren, das Sie hier angesprochen haben. Das gilt auch für den Bau der Werft für den Airbus A 380, der hier angesprochen wurde. Auch hier wird nach den gleichen

Grundsätzen verfahren und abgewogen werden. Am Ende wird eine Entscheidung stehen, die nach bestem Wissen und Gewissen und in möglichst transparenten Verfahren erfolgen wird. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Nach unserer Geschäftsordnung sind den Oppositionsfractionen damit je fünf Minuten Redezeit zugewachsen. Das Wort hat zunächst für die FDP-Fraktion Herr Denzin.

#### **Michael Denzin (FDP):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bis auf die Mitglieder der GRÜNEN herrscht hier eine übereinstimmende Einschätzung darüber, welche Bedeutung der Ausbau des Frankfurter Flughafens hat. Ich begrüße ausdrücklich, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD in dieser Hinsicht sehr klare Worte gefunden hat. Was dieser Ausbau bedeutet, haben außer Herrn Kaufmann alle Vordner hier vorgetragen. Das muss ich hier nicht wiederholen. Wir wissen ebenfalls, wie sehr das Rhein-Main-Gebiet im Wettbewerb der Regionen unter Druck geraten ist. Uns allen ist also klar, dass wir den Ausbau brauchen. Dieser Ausbau dient der Entwicklung des Organismus Flughafen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Unfug!)

Das betrifft verschiedene Facetten und verschiedene Teilbereiche. Zum einen geht es um die Landebahn. Zum anderen geht es um die Wartungshalle. Dabei wird es auch um das Terminal 3 gehen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer immer weiter wächst, verliert irgendwann das Gleichgewicht!)

Herr Kaufmann, wenn dieser Flughafen Bestand haben soll – der Meinung, dass er dies haben soll, sind Gott sei Dank fast alle Mitglieder dieses Hauses –, wird er auch noch weitere Ausbauprojekte haben. Es muss dem Antragsteller belassen bleiben, seine interne Betriebsentwicklungsplanung selbst durchzuführen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Die Betriebsentwicklungsplanung entzieht sich deshalb dem Votum eines Parlamentes, welches Parlament das auch immer sei. Herr Kaufmann, diese Planung entzieht sich damit aber nicht dem rechtsstaatlichen Genehmigungsverfahren. Ich will nicht, dass da ein Missverständnis aufkommt. Es ist aber nicht unsere Entscheidung, wo ein Gebäudekomplex innerhalb des Flughafengeländes oder innerhalb des Bereiches am Flughafen gebaut wird, in dem dies genehmigt werden könnte.

Meine Damen und Herren, wir haben zu der Thematik zwei Entschließungsanträge gestellt. Wir wollten das nicht in einem verbinden, um klarzustellen, dass die Frage des Baus der Landebahn das eine ist, der Bau der Wartungshalle aber das andere. Natürlich muss das innerhalb des Organismus des Flughafens Frankfurt geschehen.

Diese Fragen sind sehr bedeutend, und zwar nicht nur für die Region, sondern für das Land Hessen und über Hes-

sen hinaus für unser Land, für Deutschland. Demnach müssen doch alle, die über die entsprechende Erkenntnis verfügen, alles daran setzen, damit das auch entsprechend umgesetzt werden kann. Ich mache Politik, weil ich etwas bewegen will.

(Beifall bei der FDP)

Ich will die Dinge in die Richtung bewegen, die ich für richtig halte. Hier handelt es sich um ein Thema, bei dem über 90 % der Mitglieder des Landtags davon überzeugt sind, dass wir den Ausbau brauchen. Herr Walter, es gehört dann natürlich auch dazu, dass wir versuchen, die dafür notwendigen Voraussetzungen herzustellen. Wir dürfen vor allen Dingen eines nicht machen. Wir dürfen das auch nicht einreißen lassen. Es dürfen keine Störmanöver aufgrund – ich drücke es jetzt einmal positiv aus – unterschiedlicher Bewertungen der Leute vor Ort, unterschiedlicher Gewichtung oder möglicherweise auch aufgrund anderer Gründe erfolgen. Wenn ich ein Ergebnis erreichen will, dann muss ich alles dafür tun, dass dieses Ergebnis erreicht werden kann. Genau das war der Vorwurf, den Herr Hahn Ihnen gegenüber ausgesprochen hat. Es war nicht mehr. Wir können genauso wenig wie die Mitglieder der SPD in unsere Ortsverbände gehen und dort sagen: Ihr habt so oder so abzustimmen. – Ich würde auch nie in eine Fraktion meiner Partei auf anderer Ebene gehen und sagen: Ihr habt das und das zu beschließen.

(Beifall bei der FDP)

Dagegen steht mein demokratisches Selbstverständnis. Es gibt aber auch einen ganz anders gelagerten Fall. Wenn ich ein solch bedeutendes Ziel erreichen will, dann gehe ich natürlich in diese Fraktionen und kämpfe, kämpfe und kämpfe. Ich versuche dann, auf jeden Fall eines klarzumachen: Man darf sich nicht vor einem falschen Karren spannen lassen, wie das jetzt in der Planungsversammlung geschehen ist.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Michael Boddenberg (CDU) – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gar nicht wahr!)

– Genau so war es, Herr Kaufmann. – Es gab einen schriftlichen Bericht des Regierungspräsidenten zum Ausbaustand, und es gab überhaupt keinen Entscheidungsbedarf. Der Bericht ist entgegenzunehmen. Das war eine Information. Die Stellungnahme der Planungsversammlung steht noch nicht an. Wir haben eben vom Minister gehört, wie der Verfahrensstand ist. Irgendwann kommt die planerische Stellungnahme, aber hier war überhaupt keine Entscheidung erforderlich.

Es gab aber zwei Anträge, und dann hat man von SPD und GRÜNEN oder von GRÜNEN und SPD diese Anträge zusammengeführt. Jetzt sagen Sie uns jedoch nicht, das habe faktisch keine Bedeutung. Wenn die Planungsversammlung Südhessen einen derartigen Beschluss fasst, dann hat das faktisch Wirkungen,

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hoffe ich!)

auch wenn er im Moment zu keinem konkreten Ablaufgegenstand zu fassen war.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Denzin, die fünf Minuten sind abgelaufen. Ich bitte, zum Schluss zu kommen.



**Michael Denzin (FDP):**

Herr Vorsitzender, ich folge Ihnen natürlich.

(Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP): Wir hören ihm gerne zu!)

Mein lieber Herr Walter, das hat eine Bedeutung. Möglicherweise ist das ein größerer Störfaktor in einem Vorgang, den wir alle wollen, als Sie das jetzt sehen. Ich kann Sie nur auffordern: Argumentieren Sie, reden Sie, kämpfen Sie, nicht nur hier im Landtag, sondern auch regional. Gehen Sie vielleicht auch auf die unterschiedlichen Motivationen ein, die den einen oder anderen zu dem oder dem Abstimmungsverhalten führen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Walter (SPD): Sie sagen jetzt etwas ganz anderes, als Herr Hahn gerade gesagt hat!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächster hat Herr Klemm von der SPD-Fraktion das Wort.

**Lothar Klemm (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem, was Herr Denzin insbesondere eingangs gesagt hat, kann ich weitgehend übereinstimmen. Ich glaube, dass das Haus mit der Debatte heute an einem Wendepunkt steht, ob wir uns entscheiden, dass es tatsächlich gewollte Übereinstimmung zwischen CDU-, SPD- und FDP-Landtagsfraktion auf Dauer in der Sache gibt. Die Sache heißt, die Wartungshalle für den A 380 möglichst schnell in Frankfurt zu realisieren und den Ausbau des Flughafens Frankfurt Rhein-Main als leistungsfähiger internationaler Hub möglichst zügig und unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten bei Wahrung des Mediationsergebnisses vorzunehmen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Oder können wir uns – das ist Politikern natürlich eigen; das gehört zum Berufsbild – dieses Reizes nicht entziehen, die eine oder andere Seite ein bisschen vorzuführen? Das war der Ansatz, den der Kollege Hahn, mit dem ich sonst an anderer Stelle gut zusammenarbeite, heute ein bisschen über Gebühr betont hat.

Jetzt sage ich Ihnen, alle müssen sich entscheiden. Wenn Sie wollen, dass die SPD in der nächsten Sitzung einen Antrag einbringt, wie Herr Grüttner als Minister in der Staatskanzlei an anderer Stelle in Hessen zu manchen Verfahren zum Flughafen abstimmt, dann haben Sie jetzt Gelegenheit, die Zeichen zu setzen, wie wir diese Debatte führen. Wenn Sie wollen, dass wir genau hingucken, wie Herr Wintermeyer sich an welcher Stelle genau bewegt, dann ist das auch eine spannende Frage. – Ich sage Ihnen: Mich interessiert sie nicht. Denn ich habe eine persönliche Einschätzung dazu, ob es gut und glücklich ist, sich an zwei Stellen unterschiedlich zu verhalten. Ich bin sogar bereit, das um der Sache willen zu akzeptieren. Aber dann ist es sehr unfair, Jürgen Walter hier so anzugehen, wie Herr Hahn das in der Einleitungsrede gemacht hat. Das geht dann so nicht.

(Beifall bei der SPD)

Zur Klärung in der Sache. Der Sachverhalt ist aus meiner Sicht ziemlich einfach. Das wird in vielen juristischen

Windungen Gott weiß wie erklärt. Wissen Sie, da gibt es eine Luftverkehrsindustrie, die weltweit unter großem Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck steht und schwindende Margen hat. Da gibt es ein neues Flugzeug, das wegen höherer Kapazität und nicht höheren oder tendenziell sinkenden Betriebskosten in der Lage ist, darauf eine attraktive Antwort zu geben. Darüber müssen wir auch nicht mehr diskutieren; denn dieses Flugzeug ist bestellt worden von der Lufthansa.

Die Lufthansa ist der Hauptkunde von Fraport. Über 55 % des Geschäftes, das am Flughafen Frankfurt gemacht wird, werden mit der Lufthansa gemacht. Dieser größte Kunde hat sich für den A 380 entschieden, nicht theoretisch, nicht irgendwann, sondern die Dinger werden an verschiedenen Standorten in Europa gebaut, in Hamburg, in England, in Spanien und in Frankreich. Diese A-380-Fluggeräte kommen dann irgendwann, so wie bestellt, in Deutschland an. Es gibt zwei potenzielle Standorte in Deutschland, wo sie gewartet werden müssen. Hier sind sich der Kollege Kaufmann und ich ganz sicher völlig einig: Die Dinger müssen gewartet werden, sonst können sie nicht sicher fliegen. – Also haben wir da eine 100-prozentige Einigkeit.

Zwei Standortalternativen sind in Deutschland da. Die sind nicht theoretisch, sondern praktisch da. Die Münchner wollen eine Wartungshalle für den A 380. Die Frankfurter wollen sie auch. Jetzt kommt es für ein Unternehmen wie die Lufthansa darauf an, wo es gelingt, diese Wartungshalle zu dem Zeitpunkt zur Verfügung zu haben, zu dem die Dinger auf den Flugfeldern starten sollen.

Wenn wir diesen einfachen Sachverhalt sehen, dann muss man nicht theoretisch darüber diskutieren, sondern es ist ganz einfach: Der deutsche Hub der Zukunft wird nur dort sein können, wo die A-380-Wartungshalle ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der FDP)

Das ist ein untrennbarer Zusammenhang. Es tut mir Leid, aber einfache Wahrheiten muss man auch zu erkennen in der Lage sein. Von daher stellt sich für uns die Frage: Ist das für uns ein Thema, mit dem wir uns als Landtag beschäftigen müssen, oder nicht? – Ich glaube, ja, es ist ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen, aber nicht als Genehmigungsbehörde. Wie die Genehmigungsbehörde das genau macht, nach den einzelnen Rechtsvorschriften, das ist nicht unsere Sache. Das ist die Entscheidung der Genehmigungsbehörde. Wie die Fraport ihre Betriebsabläufe im Einzelnen organisiert, das muss auch die Sache eines Unternehmens und nicht des Landtags sein.

Meine Damen und Herren, ich glaube aber, dieser Landtag muss einmal sagen, wohin die Reise in dieser Sache gehen soll.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Klemm, die Redezeit ist abgelaufen. Bitte kommen Sie zum Schluss.

**Lothar Klemm (SPD):**

Ich möchte noch einen letzten Satz sagen. – Wir haben heute Morgen eine Debatte über Sparpakete geführt, die hier geschnürt werden. Die haben aus meiner Sicht nicht nur etwas mit dem Bund zu tun, sondern auch vieles mit Entscheidungen, die in Hessen überfällig sind. Eine der



Entscheidungen Hessens ist die Frage der Zukunftsfähigkeit des Flughafens Frankfurt. Das bedeutet: Wir brauchen schnellstens eine A-380-Wartungshalle an diesem Standort. Das ist die politische Sache.

Ich rate dem Haus als einer, der diese Debatten ziemlich lange kennt: Lassen Sie die Kleinlichkeiten weg, noch einen Satz an den SPD-Antrag anzufügen, weil man meint, man kann die SPD ein bisschen vorführen. Nutzen Sie die Chance zu dem einfachen Satz: Wir alle, die ganz große Mehrheit, wollen die Wartungshalle in einem einvernehmlichen Votum dieses Landes. – Um der Sache willen wäre es das wert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU)

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Reif, Sie haben noch einmal das Wort für die CDU-Fraktion.

### **Clemens Reif (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben zu dem, was Herr Klemm hier zum Plenum gesprochen hat, überhaupt keine gegenteilige Anmerkung. Aber, Herr Klemm: Wir wünschten uns, dass das die Auffassung der Sozialdemokratischen Partei in Hessen wäre, die Sie hier vertreten haben.

(Beifall bei der CDU – Petra Fuhrmann (SPD): Schwätzer!)

Sie ist es aber nicht. Deshalb haben wir gesagt: Wir wollen Klarheit, indem wir Ihrem Antrag diesen Zusatz anfügen.

(Zuruf von der SPD: Wie heißt er?)

– Er wird umgedruckt und gleich schriftlich vorgelegt, damit wir uns hier nicht in Schwierigkeiten begeben.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was Herr Kaufmann hier gesagt hat.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir erwartet!)

Herr Kaufmann, es gibt die Störfallkommission beim Bundesumweltministerium. Sie soll eine Beurteilung vornehmen, und das ist auch richtig so. Es gibt ein Gutachten vom RWTÜV, um das Gefahrenpotenzial im Zusammenhang mit Ticona darzustellen. Dieses Gutachten kommt zum Ergebnis, dass ein Flugunfall theoretisch einmal in 600 bzw. 500 Jahren vorkommt. Es gibt eine Expertise der Gesellschaft für Luftverkehrsforschung in Berlin und der britischen Flugsicherung sowie der niederländischen Luft- und Raumfahrtforschungsgesellschaft. Die errechnet ein Absturzrisiko von einmal in 25.000 Jahren.

Die gleiche Expertise kommt zu dem Ergebnis, dass für die besonders gefährdeten Bereiche der Produktionsanlagen nur von einem Risiko von 1 : 1.000.000 Jahren gesprochen werden kann. Ich will das Risiko nicht verharmlosen, aber ich will diese Zahlen hier einmal genannt haben, damit die Verhältnismäßigkeiten klarerückt werden, von denen Sie, Herr Kaufmann, sprechen. Sie tun hier manchmal so, als sei dieses Thema ein gefundenes Fressen, und stiften doch nur Durcheinander.

Ein Letztes. Die RWTÜV AG, von der ich eben sprach, die jetzt gutachterlich tätig ist, erstellte 1991 ein Gutachten bezüglich der Ausweitung der Ticona-Produktionsan-

lage. Damals ging es um eine wesentliche Erweiterung dieser Anlage. Im Rahmen des BImSchG-Genehmigungsverfahrens musste untersucht werden, ob irgendwelche Gefahren von dem Betrieb einer chemischen Anlage mit teilweise gefährlichen Stoffen auf dem Ticona-Werks Gelände im Zusammenhang mit dem Flughafen, der in unmittelbarer Nähe liegt, ausgehen. Damals sind RWTÜV und Ticona zu dem Ergebnis gekommen, es bestehe unzweideutig keine Gefahr.

Heute ist die Gefechtslage im Hause Ticona etwas anders. Deshalb muss ich vermuten, dass es nicht nur sicherheitsrelevante Bedenken, sondern unter Umständen auch betriebswirtschaftliche Überlegungen gibt, wie man dem Unternehmen im Rahmen von Schadenersatzforderungen etwas Gutes tun könnte. Das muss hier gesagt werden.

Herr Kaufmann, eines ist in diesem Zusammenhang ungewöhnlich interessant. Sie waren damals im Lande Hessen gemeinsam mit den Sozialdemokraten an der Regierung. Sie haben über das zuständige Regierungspräsidium in Darmstadt die Genehmigung zum Bau und zum Betrieb der erweiterten Ticona-Anlage erteilt. Ich wundere mich, dass Sie damals zu einem anderen Ergebnis gekommen sind als heute. Das ist ein Faktum, und das werden wir so nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU)

Sie müssen sich daran gewöhnen, dass wir das Falsche, was Sie hier sagen, schonungslos aufdecken und der Öffentlichkeit darstellen. So geht es nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Sie können sich die Dinge nicht immer so auslegen, wie Sie es wollen, damit sie Ihnen in den Kram passen und damit Sie bei Ihrer eigenen Klientel Punkte machen können. Das geht nicht, und das werden wir Ihnen auch in Zukunft nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kaufmann das Wort.

### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir führen hier mehrere Debatten in einer. Zum einen versuchen Sie, die SPD zu quälen, und zum anderen versucht der Kollege Reif, billige Polemik zu verbreiten. Er hört jetzt zwar nicht zu, aber er will es sowieso nicht verstehen.

Es muss klar sein, dass es einen Unterschied zwischen der Gefährdungslage aufgrund der Nachbarschaft des Chemiewerks und des Flughafens gemäß dem Zustand im Jahre 1991 und der Gefährdungslage nach dem Bau einer neuen Landebahn gibt, bei der die Anfluglinie unmittelbar über das Gelände des Chemiewerks führen würde.

(Rudi Haselbach (CDU): Das ist gelogen!)

– Die Linie würde über der Anlage verlaufen, denn das Gesamtgelände gehört dazu.

(Rudi Haselbach (CDU): Frechheit!)

Herr Reif, wenn Sie wahrheitswidrige Behauptungen wiederholen, dann wird man daraus nichts lernen, sondern dann wird zum Schluss eben Aussage gegen Aussage

stehen. Ob dort eine Landebahn hinkommt und das Gelände der Chemiefabrik in den Anflugbereich rückt – was dann der Fall wäre, aber derzeit nicht der Fall ist –, oder ob der alte Zustand erhalten bleibt, ist wohl ein Unterschied. Insoweit kann man die Begutachtung eines Zustandes ohne Nordwestbahn nicht mit der Begutachtung eines Zustands mit Nordwestbahn auf der Planungsebene vergleichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Herr Kollege Reif, Sie reden hier von zwei Gutachten, zum einen von dem Gutachten von RWTÜV und zum anderen von dem Gutachten der GfL. Beide Gutachten befassen sich mit ganz unterschiedlichen Risiken. Das ist insoweit richtig, aber Sie haben vergessen, dazu zu sagen, dass das GfL-Gutachten von der Firma Fraport bestellt worden ist, während das RWTÜV-Gutachten von der Hessischen Landesregierung im Einvernehmen mit der Arbeitsgruppe, an der auch Ticona mitgearbeitet hat, bestellt wurde. Sie haben auch nicht erwähnt, dass das RWTÜV-Gutachten die systematische Vorgehensweise der amerikanischen Luftverkehrsbehörde zugrunde legt, die grundsätzlich alle Flugzeugunfälle untersucht und zum Gegenstand ihrer Statistik macht, während das GfL-Gutachten nur auf einer geringen Zahl ausgesuchter Unfälle basiert. Die Beurteilung erfolgt auf der statistischen Basis von sage und schreibe elf Unfällen. Das hätten Sie ehrlicher Weise dazu sagen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Herr Kollege Denzin, leider haben Sie Unsinn geredet.

(Zurufe von der FDP)

– Ich habe „leider“ gesagt. Informieren Sie sich doch demnächst besser. – Der Beschluss der Regionalversammlung bezieht sich auf eine im Planfeststellungsverfahren zum Bau der A-380-Wartungshalle notwendige Stellungnahme. Das war der Gegenstand der letzten Beschlussfassung. Was noch fehlt, was die Regionalversammlung noch zu entscheiden hat, ist die Abweichung vom Regionalplan. Dieser Beschluss ist bislang nicht erfolgt. Der ist frühestens in der Dezembersitzung zu erwarten. Sind wir uns darüber einig? Solange die Abweichung nicht positiv beschieden ist, kann man im Planfeststellungsverfahren keine positive Stellungnahme abgeben. Im Regionalplan ist diese Fläche als Bannwald ausgewiesen. Daher ist es im Augenblick rechtlich verboten, dort zu bauen, wo die bauen wollen. Das ist der springende Punkt. Deshalb ist es völlig daneben, die Leute zu beschimpfen, sie hätten das beschlossen.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die Reihenfolge der Beschlussfassung und das gesamte Verfahren organisiert Herr Dieke. Er gehört Ihrer Partei an.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein Kalter!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister Rhiel bittet noch einmal um das Wort.

#### **Dr. Alois Rhiel, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:**

Die letzten Sätze geben mir Anlass, noch einmal zu dem Verfahren zu sprechen. Wir sollten der Ernsthaftigkeit des Anliegens auch hier in der Debatte Rechnung tragen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich bin hier ein Neuling und wundere mich sehr darüber, dass wir zwar im Ausschuss – insbesondere wenn die Öffentlichkeit nicht dabei ist – sachlich, ruhig und ernsthaft über das Thema Flughafen ausbau diskutieren, dass aber hier im Plenum auf diese Weise diskutiert wird. Dazwischen liegen Welten. Ich denke, wir können uns diese unterschiedlichen Arten der Diskussion nicht erlauben. Das sind wir auch den Menschen schuldig, die sorgenvoll auf die weiteren Entwicklungen schauen. Wir sollten hier mit der gleichen Ernsthaftigkeit diskutieren, wie wir das auch im Ausschuss tun.

In meiner Verantwortung für das Ministerium, das im Planfeststellungsverfahren das letzte Wort hat, mache ich immer wieder deutlich, dass es keinen Rabatt bei der Sicherheit gibt. Deshalb gehen wir sehr sorgfältig vor, auch wenn es um die Gutachten geht. Die Zweitgutachten, also die qualitätssichernden Gutachten, beziehen sich nicht auf die Überprüfung der von der Fraport als Antragsteller mitzuliefernden Gutachten, sondern sie dienen zur Qualitätssicherung der beiden Gutachten, die wir als Planfeststellungsbehörde in Auftrag gegeben haben, um auf der sicheren Seite zu sein. Uns ist nämlich deutlich geworden, dass es, bezogen auf das erste Gutachten, auch andere Kriterien gibt, die herangezogen werden können und herangezogen werden müssen.

Ich möchte noch einmal verdeutlichen: Für die beiden Anträge, die im Planfeststellungsverfahren sind, gilt, dass wir sehr offen mit den Daten umgehen, dass wir die Gebote, die für das Verfahren festgelegt sind, beachten und dass wir das Verfahren in großer Transparenz – gerade auch gegenüber den Mitgliedern im Ausschuss, die mit uns zusammenarbeiten – durchführen werden, wie das auch in den letzten Wochen der Fall war.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass die Fraktionen keine weiteren Rederechte beanspruchen. – Das ist so.

Dann kommen wir zur Abstimmung über die fünf Anträge. Ich beginne mit Tagesordnungspunkt 35, dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Wartungshalle für das Großraumflugzeug Airbus A 380, Drucks. 16/689. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Geschlossen die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Geschlossen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Dann ist er angenommen!)

Ich komme zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Risiken der Ausbauplanung der Fraport AG, Drucks. 16/681. Hier ist eine Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr vorgesehen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann verfahren wir so.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dann wird sachlich darüber diskutiert!)

Ich komme zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der FDP betreffend Flughafenausbau, Drucks. 16/688. Wir haben darüber sofort abzustimmen. Wer ist für diesen Antrag? – Geschlossen die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist geschlossen dagegen. Wer enthält sich? – Ich stelle die Nichtbeteiligung der SPD fest.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Der Antrag ist angenommen! Das muss er feststellen!)

Ich komme zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Bau einer Wartungshalle für den Airbus A 380 am Frankfurter Flughafen, Drucks. 16/692. Wer ist für diesen Antrag? – Geschlossen die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist dagegen? – Geschlossen die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Damit ist der Antrag angenommen! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Auch dieser Antrag ist angenommen!)

– Damit ist der Antrag selbstverständlich angenommen, Herr Dr. Jung. Das ist so.

Ich komme zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend weitere Entwicklung am Frankfurter Flughafen, Drucks. 16/745. Dazu hat Herr Reif mündlich einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU angekündigt. Mittlerweile liegt mir dieser Antrag schriftlich umgedruckt vor. Das Wort zur Geschäftsordnung hat Herr Kahl für die SPD-Fraktion. Danach kommt Herr Kaufmann an die Reihe.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat hier einen Dringlichen Entschließungsantrag vorgelegt. Die Kollegen Walter und Klemm haben den Antrag im Einzelnen begründet.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der ist verbesserungsfähig!)

In der Debatte ist deutlich geworden, dass es gegen den sachlichen Inhalt dieses Antrags vonseiten der CDU und der FDP keinerlei Widersprüche gegeben hat. Das will ich als ersten Punkt feststellen.

Als zweiten Punkt möchte ich feststellen: Wir wollen mit diesem Antrag eine Festlegung in der Sache erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommt Ihr Änderungsantrag zu diesem wirklich sehr schwierigen und sachbezogenen Thema. Ich stelle fest, dass dieser Änderungsantrag mit der Sache überhaupt nichts zu tun hat. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Sie beziehen sich hier auf eine Entscheidung der Regionalversammlung Südhessen. Das hat mit der Festlegung im Landtag überhaupt nichts zu tun, wie der Kollege Walter zum Ausdruck gebracht hat.

Jetzt müssen Sie sich entscheiden: Geht es Ihnen hierbei um die Sache, oder geht es Ihnen um ein politisches Spielchen – ein Schauspiel –, wenn Sie diesen Punkt hinzunehmen wollen? Wir bitten Sie ganz herzlich, im Interesse der Sache und der Festlegung des Landtags zu dieser Frage diesen Änderungsantrag zurückzuziehen, weil er mit der

Sache nichts zu tun hat. Ich füge hinzu: Wenn es Ihnen aber mehr auf das politische Spielchen als auf die Sache ankommt, ziehen wir unseren Antrag zurück.

(Beifall bei der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schön!)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann hat das Wort zur Geschäftsordnung.

#### **Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich befinde mich jetzt in einer schwierigen Lage, weil ich nicht weiß, ob der Antrag zurückgezogen wird oder nicht. Für den Fall, dass er nicht zurückgezogen wird – das war mein Begehren zur Geschäftsordnung –, bitte ich darum, die Punkte 1, 2 und 3 dieses Antrags getrennt zur Abstimmung zu stellen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Zur Geschäftsordnung hat jetzt der parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion das Wort.

#### **Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich weiß natürlich nicht, ob der Antrag zurückgezogen wird oder nicht. Fest steht allerdings, dass es durchaus nicht sachfremd ist, wenn sich der Landtag hier eine Meinung bildet. Wenn er bedauert, dass die Regionalversammlung eine negative Entscheidung getroffen hat, hat das nichts mit Polemik oder mit parteipolitischen Spielchen zu tun, sondern es ist genauso wie bei den anderen Punkten, die Sie in dem Antrag stehen haben: „Der Landtag bittet ...“, oder in Punkt 3: „Der Landtag begrüßt ...“.

Sie haben einen Dringlichen Entschließungsantrag eingebracht; das ist auch sehr vernünftig. Wie schon deutlich geworden ist, können wir den inhaltlichen Punkten Ihres Antrags ausdrücklich zustimmen. Aber wir finden, es macht Sinn, dass sich auch der Landtag hier positioniert und deutlich macht, dass wir mit dem Beschluss der Regionalversammlung nicht einverstanden sind.

(Beifall bei der CDU – Reinhard Kahl (SPD): Dann machen Sie doch einen Extraantrag!)

Dass das bei Ihnen vielleicht an der einen oder anderen Stelle parteipolitische Probleme auslöst, will ich nicht ausschließen. Aber wenn es dazu unterschiedliche Positionen innerhalb der SPD gibt, ist das Ihr Problem. Ich finde, der Landtag kann sich hier ausdrücklich zu dem bekennen, was er für richtig hält. Das ist ein sachpolitisches Thema.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Gotthardt, Herr Klemm hat eine Zwischenfrage an Sie, die ich zulassen möchte.

(Frank Gotthardt (CDU): Gerne, ich lasse sie auch zu!)

**Lothar Klemm (SPD):**

Herr Gotthardt, wenn das alles so ist, wie Sie es schildern, warum stellen Sie nicht einen eigenen Antrag, um das Begehren, das Sie haben, zu formulieren? Auch dann können Sie ein Votum des Landtags erreichen. Nach meiner Prognose erreichen Sie aber gleichzeitig auch eine sehr große Mehrheit des Hauses in der Sache, die Sie sonst aufs Spiel setzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Frank Gotthardt (CDU):**

Herr Kollege Klemm, ich muss Ihnen gestehen, das ist genau der Punkt, den ich nicht nachvollziehen kann. Ihr Problem mit der Formulierung ist in der Debatte eben deutlich geworden. Der Antrag der CDU und die Anträge der FDP haben in diesem Hause entsprechende Mehrheiten gefunden. Wir sagen Ihnen zu, dass auch Ihr Antrag eine entsprechende Mehrheit findet. Deshalb finde ich es schade, wenn Sie ihn zurückziehen.

Aber zugegebenermaßen ist es doch legitim, wenn der Landtag hier feststellt, dass er nicht einverstanden ist. Dann sollten wir das an der Stelle auch tun. Ob Sie den Antrag jetzt zurückziehen – wie gesagt, es täte mir Leid –, steht in Ihrem Ermessen.

(Lothar Klemm (SPD): Man sieht, wie sehr es Ihnen um die Sache geht!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, ich stelle die folgende Situation fest: Es liegt ein **Änderungsantrag der CDU** zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der SPD, Drucks. 16/745, vor.

(Lothar Klemm (SPD): Scheinheilige Bagage!)

Dieser Antrag ist noch nicht umgedruckt. Er liegt, glaube ich, nur den Fraktionsvorsitzenden vor.

Ich sehe nur zwei Möglichkeiten: Erstens. Wir setzen die Abstimmung aus, bis er in umgedruckter Form allen vorliegt. Dann entscheiden wir. Zweitens. Herr Gotthardt, Sie teilen mit, ob die Fraktion der CDU den Antrag aufrechterhält. Dann muss die SPD über ihr weiteres Verfahren entscheiden.

(Zuruf des Abg. Frank Gotthardt (CDU))

– Herr Gotthardt signalisiert, dass der Änderungsantrag aufrechterhalten wird. – Herr Walter, Sie haben das Wort zur Geschäftsordnung.

**Jürgen Walter (SPD):**

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag zurück. Somit brauchen wir nicht abzuwarten, bis eine Abstimmung erfolgt.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Somit sind der Entschließungsantrag der SPD und auch der Änderungsantrag der CDU zurückgezogen. Wir können mit der Tagesordnung so, wie sie verabredet worden ist, fortfahren.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern – Drucks. 16/438 –**

Das Wort hat Frau Hölldobler-Heumüller für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion.

(Unruhe)

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich warte, bis es ein bisschen ruhiger geworden ist.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren, es besteht keine Pflicht, nach der Flughafendebatte so schnell wie in einem Flugzeug den Plenarsaal zu verlassen. Ich bitte diejenigen, die hier bleiben wollen, Platz zu nehmen. – Frau Hölldobler-Heumüller, Sie haben das Wort.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Als Erstes habe ich eine Bitte an all diejenigen, die jetzt schon die Schublade „Aha, jetzt kommt wieder dieses Frauen- und Emanzengequatsche“ aufgezogen haben. Ich bitte Sie, diese Schublade einfach wieder zuzuschieben. Wenn sie in fünf Minuten wieder aufgeht, habe ich es nicht geschafft, Ihnen nahe zu bringen, worum es bei dem Thema Gender Mainstreaming geht.

Zuerst einmal zwei Beispiele. Wenn es in Deutschland Autoversicherungen gibt, die mit Frauentarifen locken, dann stellt sich die Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Warum sollen die Frauen weniger bezahlen als die Männer? Dann muss die Frage geklärt werden, ob sie wirklich weniger Unfälle verursachen oder ob es daran liegt, dass sie weniger Kilometer fahren. Fahren sie weniger Kilometer, wäre es keine geschlechtergerechte Lösung – man bindet den Tarif an die Anzahl der gefahrenen Kilometer, und zwar für Männer und Frauen. Verursachen sie tatsächlich weniger Unfälle auf diesen weniger gefahrenen Kilometern, dann wäre der Rabatt gerechtfertigt.

Zweites Beispiel: Ich würde mich freuen, wenn mir jemand aus diesem Saal erklären könnte, warum es so ist, dass, wenn es um die Freizeitgestaltung meiner Kinder geht, es für meinen Sohn so aussieht, dass er seinen Fußball unter den Arm klemmt, sich aufs Fahrrad schwingt und nach 500 m den ersten Fußballplatz findet, im Umkreis von 5 km vier weitere, gebaut mit öffentlichen Geldern. Meine Mädels – ich habe das Glück und habe Kinder beiderlei Geschlechts –

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

musste ich, wenn sie schwimmen oder reiten wollten, 20 Kilometer weit fahren. Es lag nicht an der Wahl der Sportart, es gab einfach nichts anderes.

Das sind Schief lagen, die mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit korrigiert werden könnten. Ich gehöre nicht zu denen, die das Schicksal im Allgemeinen und als Frau im Besonderen beklagen. Aber an der Stelle gibt es einen



Aspekt, den wir lange übersehen haben. Es braucht einen anderen Blickwinkel, einen zusätzlichen Blickwinkel darauf, wie politische und fiskalische Entscheidungen getroffen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wenn man das Ganze aus dem Blickwinkel von Männern und von Frauen betrachtet, stellt sich die Frage, ob man dann zu den gleichen Ergebnissen kommt oder ob da etwas schief liegt. Dazu braucht es schlicht und ergreifend Instrumente, wie man das betrachtet. Dazu wollen wir das Prinzip des Gender Mainstreaming einführen.

Nun betrachten wir das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit in der Hessischen Landesregierung. Ich werde heute nicht die Kabinettsbank durchzählen, da kennen wir uns schon aus. Frau Lautenschläger versucht sich auf die Brust zu heften: Anträge zu diesem Thema brauchen wir nicht, das machen wir alles schon. – Aber nicht überall, wo Frau Lautenschläger „Gender“ draufschreibt, ist auch Gender drin.

(Petra Fuhrmann (SPD): Seit vier Jahren nicht!)

Es ist gut, eine breit angekündigte Expertenveranstaltung zu machen, aber sie entlarvt sich als Alibiveranstaltung, wenn mit den Ergebnissen dieser Veranstaltung zwei Jahre lang überhaupt nichts passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Es ist auch im Ansatz falsch, die Fragen der Geschlechtergerechtigkeit alleine im Frauenministerium anzusiedeln. Wo bleibt da der Männeraspekt?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Wenn Sie es also ernst meinen mit diesem Thema, brauchen Sie auch noch einen Mann aus Ihrer Regierungskombo dazu, weil es sonst mit dem Blickwinkel nicht stimmt. – Viel Spaß bei der Suche.

Richtig goldig wurde es ja, als Sie uns im Plenum gezeigt haben, dass Sie zumindest die Fachausdrücke richtig benutzen können. Sie haben behauptet, Sie würden die Top-down-Strategie benutzen – die gehört allerdings zum Gender Mainstreaming. Es bedeutet, dass Änderungen der Sichtweisen zuallererst auf oberster Ebene zu erfolgen haben. Ihre Behauptung war, dass das Thema auf höchster Ebene angesiedelt sei, nämlich bei Ihnen. Verehrte Frau Lautenschläger, dass Sie der Kopf der Regierung sind, das ist mir neu. Der Kopf dieser Regierungstruppe ist ja nun immer noch Roland Koch, und genau da liegt das Problem. Der Fisch fängt bekanntermaßen am Kopf an zu stinken.

(Beifall der Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD))

Was das Prinzip des Gender Mainstreaming und der Geschlechtergerechtigkeit betrifft, stinkt dieser Kopf gewaltig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Da können Sie hier Sonntagsreden halten, wie Sie wollen, bislang ist von Gender in dieser Landesregierung nichts außer Broschüren zu sehen. Papier ist bekanntermaßen geduldig.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Aber vom Mainstream!)

Ich könnte gutwillig sein und sagen: Okay, es wird erst einmal im Sozialministerium ausprobiert. – Gemeinsamkeiten mit der Verwaltungssteuerung wurden erörtert, Schulungen der mittleren Führungsebene gehören dazu. Aber wenn dieses Sozialministerium sich ernsthaft mit der Frage der Geschlechtergerechtigkeit befasst hat und dann aus diesem Hause so etwas herauskommt wie die Streichliste, die wir heute diskutiert haben, die an Schiefelage zugunsten von Frauen nicht zu überbieten ist,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die ein Schlag ins Gesicht aller Frauen in diesem Lande ist, dann ist von Gender nichts zu sehen. Es bleiben nur drei Möglichkeiten: Entweder waren die Veranstaltungen grottenschlecht

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Hölldobler-Heumüller, die Redezeit ist abgelaufen.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

– ich komme zum Schluss –, oder die Leute im Sozialministerium sind begriffsstutzig – was ich nicht glaube –, oder es darf im Sozialministerium keine Geschlechtergerechtigkeit praktiziert werden. – Wir wollen kein Geschwätz, sondern wir wollen Taten. Unser Antrag enthält konkrete Schritte.

Kurz noch zum Antrag der SPD.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die Redezeit ist wirklich abgelaufen.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Dann kann ich nur kurz sagen, dass wir den Perspektiven an dieser Stelle nicht zustimmen können, weil genau diese Trennung, ob Sie nun Frauenförderung oder Gender wollen – Letzteres berücksichtigt Aspekte von Männern und Frauen –, an dieser Stelle nicht erläutert, sondern verwischt wird. Das schadet dem Thema Gender immer, weil es dann in die Frauenecke gestellt wird, und so ist es nicht gedacht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die FDP hat Herr Rentsch das Wort.

(Zurufe von der FDP: Los, Florian! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Flori, hast du heute neu onduliert?)

Ich darf für alle noch einmal ergänzen, dass wir nicht nur den Tagesordnungspunkt 9, sondern, wie verabredet, auch den **Tagesordnungspunkt 20** aufgerufen haben, d. h. Tagesordnungspunkte 9 und 20 in verbundener Debatte. – Herr Rentsch, Sie haben das Wort.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Hölldobler-Heumüller, erst einmal vielen Dank

für Ihre Ausführungen. Vielleicht sollten Sie Ihren Töchtern einmal vorschlagen, Fußball zu spielen, dann hätten Sie nicht die Probleme mit der Auswahl der Sportplätze.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben mitbekommen: Die deutsche Fußballnationalmannschaft der Frauen ist erfolgreicher als die der Männer. Dann könnte man das vielleicht anpassen. Aber das nur eine Anmerkung am Rande.

(Zuruf der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, Gender Mainstreaming ist aus unserer Sicht eine Weiterentwicklung der bisherigen Frauenpolitik. Wir Liberale haben stets dafür plädiert, Frauen nicht lediglich als eine gesonderte Gruppe zu betrachten, sondern in diese Frage Frauen und Männer einzubeziehen – da stimme ich Ihren Ausführungen völlig zu, Frau Hölldobler-Heumüller. Es geht hier darum, nicht nur Frauenförderung, sondern eine ausgewogene geschlechterspezifische Politik zu betreiben.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb ist Gender Mainstreaming ein guter Ansatz, den wir absolut begrüßen. Die Lebenswelten von Frauen sind nun einmal unterschiedlich. Ich glaube, das will niemand bestreiten, das ist die Realität.

(Zuruf des Abg. Michael Denzin (FDP))

Sie sehen, Herr Kollege Denzin ist ganz unterschiedlich zu Frauen; das sieht man gerade wieder.

(Allgemeine Heiterkeit)

Das beweist doch wieder diese Plenardebatte, dass es dort große Unterschiede gibt. – Wer diesen Unterschieden Rechnung tragen will, der muss die Politik auch danach ausrichten, das unterstützen wir ebenfalls. Das bedeutet in der Praxis auch, dass diese unterschiedlichen Lebensentwürfe, die unterschiedlichen Bedürfnisse und die persönlichen Voraussetzungen von Frauen und Männern in das Blickfeld gerückt werden müssen. Sie werden zunächst einmal erfasst – so banal sich das anhört, so sehr muss das noch geübt werden – und fließen dann in die politischen Entscheidungen mit ein. Wenn sich diese Strategie des Gender Mainstreaming durchsetzt, dann haben wir Liberale unser Ziel erreicht, nämlich dass Gleichstellung nicht von oben verordnet werden muss, sondern selbstverständlicher Bestandteil allen Handelns und Denkens vor allem in der Politik ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, da sind wir uns einig, und es besteht zwischen den Fraktionen hier im Hause Konsens – das hat wenigstens der Beitrag von Frau Hölldobler-Heumüller gezeigt –, dass Gender Mainstreaming an sich akzeptiert ist und nicht mehr streitig gestellt wird. Die entscheidende Frage ist jedoch auch bei diesem Thema, wie denn die Umsetzung erfolgen soll. Da scheiden sich hier im Hause die Geister, da gibt es sehr unterschiedliche Ansätze.

Frau Hölldobler-Heumüller, Ihre Initiative und auch die von der SPD-Fraktion setzen auf Bürokratisierung des Verfahrens. Da können wir leider nicht mithalten.

(Beifall des Abg. Roland von Hunnius (FDP))

Wer meint, Gender-Mainstreaming-Politik durch weitere Bürokratisierung erfolgreich gestalten zu wollen, der liegt in diesem Bereich fehl. Mit dem Antritt der CDU/FDP-geführten Landesregierung 1999 hat sich das Sozialminis-

terium daran gemacht, Gender Mainstreaming umzusetzen.

Diese Umsetzung beruht auf Informationen, Fort- und Weiterbildung und Multiplikation. Information heißt Wissensvermittlung, Wissenserweiterung und Aufklärung über die Vorteile von Gender Mainstreaming für Frauen und für Männer. Fort- und Weiterbildung bezieht sich auf alle Ebenen in den Ressorts, also nicht nur auf Führungsetagen, wie es die GRÜNEN fordern.

Dass die neue Landesregierung die Strategie des Gender Mainstreaming fortführen will, sieht man im Regierungsprogramm und im Schreiben des Ministerpräsidenten an die DGB-Frauenvertretung. Roland Koch hat darin angekündigt, dass Gender Mainstreaming in die Geschäftsordnung der Ministerien aufgenommen werden soll.

(Zurufe der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Ruth Wagner (Darmstadt) (FDP))

Dem müssen wir jetzt allerdings auch Taten folgen lassen, das ist klar. Da ist die Landesregierung gefordert. Das erwarten wir auch von ihr.

Zum Punkt Bürokratielastigkeit. Für mich als Liberalen ist es nicht akzeptabel, wie sehr gerade die GRÜNEN meinen, alles und jedes bis ins kleinste Detail regeln zu wollen.

Frau Hölldobler-Heumüller, ich greife lieber ein Beispiel aus Ihren Ausführungen heraus, die Koordinierungs- und Steuerungsstellen. Diese Stellen sollen ressortintern geschaffen und nahe an der Leitungsebene angesiedelt werden; es soll nicht nötig sein, neue Stellen zu schaffen, usw.

Die SPD spricht in ihrem Antrag von „methodischen Sicherstellungsmaßnahmen für einen Gender-Prozess in Hessen“. – Vielleicht geht es den Damen und Herren jetzt auf der Besuchertribüne ähnlich wie mir: Ich habe nicht verstanden, was wir damit erreichen wollen. Vielleicht nehmen Sie gleich die Gelegenheit und erklären, was das sein soll. Es würde in der Diskussion sicherlich helfen, wenn Sie Ausdrücke nehmen würden, die die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land verstehen. Das würde die Diskussion deutlich vereinfachen.

(Beifall bei der FDP)

Auffällig in dem SPD-Antrag ist natürlich auch das so genannte Gender-Institut der hessischen Hochschullandschaft – schon wieder ein Überbau, den Sie schaffen wollen. Ich denke, auch das ist in dieser Diskussion nicht zielführend. Darüber sollten wir uns unterhalten.

Insgesamt kann ich Ihre Intention verstehen. Sie wollen eine Umsetzung des Gender-Prozesses in konkrete Maßnahmen. Das unterstütze ich. Meine Damen und Herren, aber konkrete Maßnahmen müssen nicht immer gleichzeitig Bürokratie bedeuten. Vielleicht haben wir die Möglichkeit, unbürokratische Maßnahmen zu schaffen. Dann würden Sie unsere Unterstützung für Ihren Antrag bekommen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Rentsch. – Frau Ravensburg, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Eigentlich hätte ich mir von Frau Dr. Pauly-Bender gewünscht, dass sie zunächst einmal ihren Antrag begründet, statt jetzt erst ihren Sprechzettel abzugeben. Aber nun gut.

Auch heute spreche ich natürlich wieder gern zum Thema Gender Mainstreaming – aber nicht etwa deshalb, weil der Antrag der SPD so überzeugend ist

(Reinhard Kahl (SPD): Doch, der ist überzeugend!)

oder weil der Antrag der GRÜNEN einen revolutionär neuen Aspekt mit sich bringt.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sollte er eigentlich auch gar nicht!)

Die Inhalte sind nämlich nicht neu. Viele geforderte Punkte sind entweder bereits von der Landesregierung verwirklicht oder auf dem Weg.

(Zuruf der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber die Wege ins Ministerium scheinen für Sie ja offensichtlich sehr kurz zu sein, wie wir mit der Veröffentlichung des Arbeitspapiers zu den Kürzungsplänen im Sozialministerium beim vergangenen Plenum gesehen haben.

Es ist nur gut, dass Sie in vielen Teilen mit der hessischen Frauenpolitik der CDU-Landesregierung und unserer Ministerin Silke Lautenschläger übereinstimmen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind der Auffassung, dass Gender Mainstreaming eine Aufgabe für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung ist. Scheinbar haben Sie auch unser Regierungsprogramm gelesen. Für alle Fraktionen darf ich daraus noch einmal zitieren:

Deshalb ist es auch richtig, dass Frauenpolitik nicht in einer isolierten Abteilung, sondern ressortübergreifend etabliert wird.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist genau im Sinne des Gender Mainstreaming – weniger der Punkt 3 des Antrags von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wie auch viele Punkte im SPD-Antrag. Noch mehr Statistik, noch mehr Dokumentation bringen keine Frau mehr in eine Führungsposition. Das ist meine feste Überzeugung. Das geschieht vielmehr durch eine gute Personalentwicklungspolitik, durch eine gute Förderung der beruflichen Laufbahn, durch konsequente Karriereplanung, die darauf abgestimmten Weiterbildungsmaßnahmen, den Zugang zu relevanten Fortbildungsprogrammen, Mitarbeitergespräche durch die Vorgesetzten und – ganz wichtig – ein gut funktionierendes Mentoring gerade der Nachwuchskräfte mit Potenzial, und zwar der Frauen und Männer. Das ermöglicht die Ausschöpfung aller Talente und Begabungen von Männern und Frauen genauso wie eine sinnvolle Arbeit für Chancengerechtigkeit im Sinne von Gender Mainstreaming und Diversity.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mentoring hat mit Gender Mainstreaming nichts zu tun! Das sind unterschiedliche Dinge!)

Da brauchen wir uns von der SPD auch keine Terminvorgaben wie in ihrem Antrag vorschreiben zu lassen, denn die Hessische Landesregierung ist bereits an der Arbeit.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja?)

Wir haben angekündigt, dass Gender Mainstreaming in die Geschäftsordnung integriert und zum allgemeinen Prinzip – auch ohne Ihren Antrag – erhoben wird. Die Vorlaufarbeiten dazu haben bereits begonnen.

Dass wir auf dem richtigen Weg sind, hat in den letzten Tagen gerade die Kultusministerin Karin Wolff wieder aufgezeigt. Gender Mainstreaming bedeutet den Abbau von Benachteiligungen bei beiden Geschlechtern. Deshalb ist auch das Übergewicht von Frauen bei den Grundschullehrern per se ein Ungleichgewicht und steht zudem der Grundforderung nach heterogenen Strukturen entgegen. Schüler sollen die unterschiedlichen Eigenschaften von Männern und Frauen bereits in ihrer Jugend kennen lernen. Sie sollen nicht bei einer allein erziehenden Mutter, einer Erzieherin und einer Lehrerin in einer männerlosen Gesellschaft groß werden, um sich dann später in einer nach wie vor männerdominierten Berufswelt zurechtfinden zu müssen.

Deshalb ist die Forderung unserer Kultusministerin nach mehr männlichen Grundschullehrern im Sinne des Gender Mainstreaming genau der richtige Ansatz. Auch an die Träger der vorschulischen Einrichtungen, der Kindergärten und Kindertagesstätten, geht der Appell, mehr männliche Erzieher einzubeziehen.

Richtig ist auch, dass sich der Gedanke des Gender Mainstreaming nicht durch Verordnung, sondern durch Hineintragen in alle Bereiche der Verwaltung durchsetzen kann. Die Veränderungen – und das haben Sie gesagt, Frau Hölldobler-Heumüller – müssen top down, von oben nach unten, vorgelebt werden. Aber die Veränderungen sollen auch von innen kommen. Die Männer, die Mitarbeiter müssen sich hier wieder finden können. Sie müssen in den Prozess mit einbezogen werden. Nur so kann der Prozess auch fortschreiten.

Wir sind bereits auf dem richtigen Weg und werden ihn konsequent weitergehen. Wenn Sie uns auf diesem Weg begleiten wollen, dann laden wir Sie ein: Folgen Sie uns.

(Beifall bei der CDU – Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gruselig!)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Pauly-Bender das Wort.

**Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ravensburg, ich hätte gerne vor Ihnen gesprochen. Ich war irritiert. Früher wurde hier immer gemischt, und ich dachte, ich käme dann dran.

Meine Damen und Herren, die SPD möchte mit ihrem Dringlichkeitsantrag zum Thema „Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen“ eine Gender-Debatte in diesem Parlament anregen.

Frau Hölldobler-Heumüller, ich habe die Vokabel „Gender Mainstreaming“ nicht erfunden. Ich störe mich an ihr sowieso, aber ich halte sie für nicht übersetzbar, und sie ist Bestandteil des Regierungsprogramms der CDU-Landesregierung.

Wir möchten deshalb im Lande Hessen eine Gender-Debatte anzetteln, weil wir der Auffassung sind, dass die Hes-

sinnen und Hessen ganz gut darüber Bescheid wissen, worin die wesentlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen bestehen. Die Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne werden wissen, dass ältere Frauen weniger Rente beziehen als Männer, dass es einen Lohnunterschied von einem Drittel zwischen Frauen und Männern gibt, dass Frauen schlechtere Aufstiegschancen haben, dass Frauen darunter leiden, dass sie nicht wissen, wo Kinderbetreuung angeboten wird, und deshalb überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen sind, usw.

Meine Damen und Herren, wir möchten vor allen Dingen eine Gender-Debatte im Lande Hessen, die die Zeit der Menschen nicht verschwendet, die für das Thema Gleichstellung von Männern und Frauen eintreten wollen.

Frau Lautenschläger, Sie sind heute von der Demonstration der Protestierenden gegen Ihre schamlosen sozialen Kürzungen ausgeladen worden. Sie hätten dort hören müssen, dass die protestierenden Frauen dort berichtet haben, dass ihre Programme zusammengestrichen wurden – Frauenhäuser, Bildungsprojekte, Schwangerschaftsberatung, das Hessische Mütterbüro, Familien entlastende Einrichtungen. Die hatten eine Botschaft, und die haben sie auch auf den Punkt gebracht. Sie haben gesagt: Wir brauchen kein Gender-Gender-Gerede im Lande Hessen, sondern wir brauchen Frauenpolitik mit Hand und Fuß, Frau Lautenschläger – so genannte Frauenministerin, muss ich dazusagen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Frau Lautenschläger ist eine Etikettenschwindlerin. Sie stiehlt und wiederholt Begriffe wie eine Gebetsorgel immer wieder. Seit fünf Jahren hören wir von Ihnen „Gender-Gender“ als einen Refrain auf Ihre ausfallende Frauenpolitik. Meine Damen und Herren, bis heute wissen wir nicht, was das frauenpolitische Aktionsprogramm dieser Frauenministerin ist.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Stattdessen hören wir Sie hier regelmäßig: „Bei mir wird gegendert.“ Das ist ein Refrain wie in einem schlechten Lied. Tatsache ist, dass Ihre Förderberichte „Was habe ich für Frauen getan?“ immer zeigen, dass fünf Jahre zu nichts geführt haben, Frau Lautenschläger – so genannte Frauenministerin, muss ich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb wünschen wir uns im Ausschuss eine Gender-Mainstreaming-Debatte. Ich betone noch einmal: Ich finde diesen Ausdruck grauenhaft. Wir wünschen uns eine Debatte um die Gleichstellung von Frauen und Männern im Lande Hessen, und wie dieses Thema nach vorn kommt. Denn als SPD wollen wir mit diesem Thema nicht die teure Zeit derjenigen, die sich für dieses Thema interessieren, verschwenden, sondern wir wollen, dass für die Frauen auch etwas rüberkommt.

Das ist unser Anliegen. Aus diesem Grunde haben wir in unserem Antrag dezidiert, also ausdrücklich, auf den Punkt gebracht, dass dieses so genannte Gender Mainstreaming, diese neue Methode, die uns von Europa sozusagen nach unten weitergereicht wurde, einen guten Sinn und Zweck hat, nämlich Frauenförderung zu betreiben. Das ist das Ziel der SPD, wenn sie sich dieser Methode bedient. Dazu bekenne ich mich hier. Das ist das Ziel, unter dem wir diese Methode angewendet sehen möchten.

Frau Hölldobler-Heumüller, wir unterstellen, dass Sie gute Ziele im Schilde führen. Aber wir möchten diese

Landesregierung kontrollieren können, und zwar unter den Gesichtspunkten, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben. Wir möchten kontrollieren können, ob Gender Mainstreaming im Lande Hessen nur Gerede ist oder tatsächlich ein Bestandteil der Personalentwicklung mit solchen Ergebnissen. Wir haben im Förderbericht im Februar dieses Jahres gehört, dass es keine Ergebnisse gibt.

Wir möchten auch eine eindeutige Zuordnung, welches die Stelle ist, die die Ergebnisse des Gender in den einzelnen Ministerien – meist ist es doch nur im Bereich des Frauenministeriums – zusammenführt und hier Bericht erstattet. Wir möchten auch, dass angesiedelt wird, wo wir Daten und Fakten zu dem Thema „Unterschiede zwischen Männern und Frauen“ haben – da bietet sich das Statistische Landesamt an –, und andere Einzelheiten.

Lassen Sie mich bitte zum Schluss noch ein Wort sagen. Ich ganz persönlich bin keine Freundin der Aufblähung von Bürokratie. Wir haben neulich über die Quote geredet. Ich bin noch nicht einmal eine Freundin der Quote. Ich bin der Auffassung, dass es ein Armutszeugnis ist, wenn sich eine Gesellschaft eine Bürokratie aufbauen muss, um etwas voranzubringen, was verfassungsrechtlich geboten ist.

Meine Damen und Herren, jetzt habe ich Ihnen das Grundgesetz mitgebracht.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Pauly-Bender, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Präsidentin, ich mache den letzten Satz. – Ich wollte Herrn Kollegen Rentsch noch sagen: Im Grundgesetz, das in Art. 3 ergänzt wurde, steht, dass die Regierungen die Pflicht haben, im Verwaltungshandeln auch für die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau etwas Vernünftiges nach vorne zu bringen, wenn man sieht, dass der Wandel, den man sich wünscht, den man beschwört, von allein nicht in Gang kommt. Meine Damen und Herren, aus diesem Grund möchten wir diese Landesregierung in ihrem Genderprozess kontrollieren.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Lautenschläger das Wort.

#### **Silke Lautenschläger, Sozialministerin:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich denke, ich werde noch des Öfteren hier am Mikrofon wiederholen müssen, was wir schon häufig diskutiert haben. Möglicherweise, wie es Frau Ravensburg gesagt hat, führt das irgendwann dazu, dass Sie es wahrhaben wollen oder verstehen wollen – oder grundsätzlich anderer Meinung bleiben. Dazu kann die Auseinandersetzung durchaus dienen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Ei, ei, ei!)

Wir haben im Sozialministerium eine Stabsstelle zum Thema Frauenpolitik. Die Änderung der Geschäftsord-



nung der Regierung ist bereits auf den Weg gebracht. Ich nenne Ihnen noch einige wenige Beispiele, wo in unterschiedlichen Gremien oder in unterschiedlichen Bereichen das Thema Chancengleichheit ganz klar eine Rolle spielt. Nehmen Sie den Bereich der Polizei – ein ganz wichtiger Bereich. Dort wird dies, wenn es um die Personalentwicklung geht, inzwischen umgesetzt.

In den Personalentwicklungskonzepten bei uns im Hause ist es enthalten. Was interessiert dort die Frauen besonders, wenn es um die Personalentwicklung geht? Auch das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch das Thema Teilnahme an Schulungen und, und, und. Dies hat Eingang in das Personalentwicklungskonzept gefunden.

Wenn wir an das Wissenschaftsministerium gehen: Dort ist seit langen Jahren als einer der Schwerpunkte die Chancengleichheit fest verankert. Umgekehrt können wir schauen, wo Programme neu eingeführt und fest verankert worden sind – zwischen Sozialministerium und Kultusministerium der so genannte Girl's Day unter dem Gesichtspunkt Chancengleichheit. Dort können sich Mädchen früh orientieren, in andere Berufsfelder hineinschnuppern, Eindrücke gewinnen, und das noch direkt in Wirtschaftsunternehmen, in andere Berufsbilder.

Wir haben in unserem Haus Umstrukturierungen vorgenommen, wenn es darum geht, mit Gender Mainstreaming in der Gesundheitspolitik einen Schwerpunkt zu legen.

Sie schütteln den Kopf, Frau Kollegin. Aber genau das sind wichtige Bereiche, in denen man klar ausmachen kann, wo es das vorher nicht gegeben hat und was wir nach und nach umgesetzt haben, damit das Thema auch in diesen Bereichen in das Blickfeld gerät.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Lassen Sie mich einen letzten Punkt nennen. Sie haben vorhin wieder kurz das Thema Kürzungen beim beruflichen Wiedereinstieg und bei den Orientierungskursen und die Frage, wen es betrifft, angesprochen.

Erster Punkt. Bei den Orientierungskursen wurden Mittel des Europäischen Sozialfonds eingesetzt, die in den Bereich Frauenförderung gehen. Die bleiben selbstverständlich erhalten und werden in einem anderen Programm wieder so eingesetzt, dass es sich wieder um einen entsprechenden Bereich Frauenförderung nach den Zielbestimmungen des Europäischen Sozialfonds handelt.

Ein zweiter, ganz wichtiger Punkt, wenn es um Chancengleichheit geht. Wenn wir über Gender Mainstreaming sprechen, dann glaube ich, dass das, wenn man es irgendwie übersetzen will, zumindest der Begriff ist, der in die richtige Richtung geht. Dabei halte ich den Begriff Chancengleichheit aber für den ganz entscheidenden: dort Ebenen zu öffnen. – Dann ist man wieder beim Bereich der Offensive für Kinderbetreuung, weil zum Schluss die Kinderbetreuung, wenn ich dort keine Möglichkeiten eröffne, bei den Frauen hängen bleibt und sie Familie und Beruf nicht vereinbaren können. Das ist ein Schwerpunkt der Landesregierung und wird auch ein Schwerpunkt bleiben, ob es Ihnen an dieser Stelle gefällt oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt natürlich auch für den schulischen Bereich. Chancengleichheit bedeutet nämlich erst einmal, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit überhaupt ein Weiterkommen im Beruf möglich ist und nicht von vornherein Einschränkungen unterliegt, weil die gesamten

Rahmenbedingungen – ob im Betreuungsbereich oder im schulischen Bereich oder in vielem mehr – nicht stimmen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, an den wenigen Beispielen wird deutlich, dass hier ein breites Netzwerk geknüpft wird. Ob es Ihren Vorstellungen von Frauenförderung entspricht, mag dahingestellt sein. Aber bei uns ist klar definiert, dass es zum einen in die Frage der Personalentwicklung innerhalb der Landesverwaltung Eingang findet und die Prüfung tatsächlich unter dem Gesichtspunkt Gender Mainstreaming stattfindet.

Zum Zweiten nenne ich die Mentorinnenprogramme, die Frage: Wie leiten wir in bestimmten Bereichen überhaupt einmal den Fokus auf das Thema Frauen, z. B. in der Gesundheitsförderung?

Zum Dritten die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist eine der entscheidenden Fragen, wenn es um Chancengleichheit geht. Es ist nicht so, dass die Mädchen heute schlechter ausgebildet sind. Nein, Sie kennen alle die Statistiken. Sie sind gut ausgebildet. Die kommen mit prima Schulabschlüssen. Und danach fängt das Problem der Chancengleichheit an.

Deswegen werden wir uns diesem Bereich der Vereinbarkeit der Wahlfreiheit zuwenden, um dort stärker zu fördern, und die Frage der Arbeitszeiten, der Familienverträglichkeiten von Arbeitszeiten und interessante Modelle mit Wirtschaftsunternehmen diskutieren, da ich das für einen ganz wichtigen Ansatz von Chancengleichheit halte. Den wollen wir auch in Zukunft weiter umsetzen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen und Herren, wir haben weitere Redezeit. Frau Hölldobler-Heumüller für die Fraktion der GRÜNEN.

#### **Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich melde mich ungern ein zweites Mal. Aber an dieser Stelle geht so viel durcheinander, dass ich mir wirklich die Haare raufe und denke: Herr, schmeiß Hirn vom Himmel. – Wer versteht dieses Thema überhaupt?

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Ministerin an dieser Stelle über Gleichstellung spricht und nicht über Gender, dann denke ich, es kann doch nicht wahr sein. Wenn Sie das Thema nicht verstehen, haben wir nie eine Chance, dass irgendetwas auf diesem Gebiet passiert.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das verstehe ich nicht! – Gegenruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er braucht es am meisten!)

Die Rede der CDU-Fraktion ging in die gleiche Richtung. Da ging es die ganze Zeit um das Gleichstellungsgesetz. Da frage ich mich: Liebe Frauen, wann werden Sie es kapiern, worum es an diesem Punkt geht?

Für die CDU ist das Ganze im Grunde ein Programm zur Erhöhung der Geburtenrate und Kinderbetreuung, und was alles dazugehört. Auch bei der SPD habe ich das Gefühl, es dreht sich um reine Frauenpolitik. Da kann ich nur sagen: Unser Verständnis ist, es geht um Frauen- und

Männerpolitik. Das macht an dieser Stelle einen Unterschied.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Ach, die SPD hat es auch nicht begriffen!)

Frau Lautenschläger, wenn Sie den Girl's Day zitieren, sage ich: Dann werben Sie bitte dafür, dass Jungs auch in Frauenberufe gehen. Dann betreiben Sie es wirklich von beiden Seiten.

Die Hutschnur geht mir ernsthaft hoch, wenn Sie an Ihre Streichungsliste gehen und sagen: Das Einzige, was da Frauen betrifft, war doch das mit diesen Wiedereingliederungskursen. – Frau Lautenschläger, dieses Programm trifft Frauen bis ins Mark. Da ist es egal, ob es um pro familia geht, ob es um die Schuldnerberatung geht, ob es um psychisch Kranke geht, ob es um Erziehungsberatung geht – das trifft Frauen bis ins Mark. Es tut mir Leid, wenn Sie es einfach nicht verstehen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hinstellen und sagen, Sie wollen dieses Thema auch noch in die Wirtschaft tragen, dann kann ich nur sagen: Wachen Sie endlich auf. Die Wirtschaft ist zum Glück mit diesem Thema viel weiter gekommen, als der Hessische Landtag, ich befürchte dies fast, in 100 Jahren kommen wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Es liegt eine weitere Wortmeldung von Frau Pauly-Bender vor.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße, dass wir hier einen Diskussionsprozess haben. Ich habe mich auf ein Stichwort von Frau Hölldobler-Heumüller zur Korrektur meiner Äußerung gemeldet. Frau Hölldobler-Heumüller, selbstverständlich begreifen wir, das Gender Mainstreaming in der Quintessenz dazu auffordert, sich an Frauen und Männer zu wenden. Wir haben z. B. eine mündliche Frage im Geschäftsgang, die sich darauf bezieht, ob Sie, wenn Hessen ein Tagesmütterland werden soll, auch Tagesväter ansprechen. Ich glaube, dass man ganz bestimmt beleuchten muss, an welchen Stellen z. B. ein Boy's Day einzurichten ist oder andere Dinge.

Frau Ministerin Lautenschläger, ich möchte noch einmal ausdrücklich sagen: Wir nehmen sehr ernst – wir halten dies nicht für ein Buch, das man entweder lesen kann oder nicht –, dass eine Landesregierung auf das Grundgesetz verpflichtet ist. Ich möchte allen hier im Raum die Ergänzung des Art. 3 vortragen. In Art. 3 unseres Grundgesetzes steht:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

So gut und so weit. Darüber hinaus ist ergänzt worden:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Meine Damen und Herren, es gibt noch einen anderen Artikel, und zwar einen Artikel, der ganz entscheidend herausstreicht, dass sich diejenigen, die für den Staat han-

deln, auf die nachfolgenden Grundrechte zu beziehen haben. Es ist für sie verbindlich, in diesem Sinne zu handeln. In Art. 1 Abs. 3 steht:

Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es berechtigt, Frau Lautenschläger zu fragen, was sie mit ihrem „Gender-Gender“ erzielt hat. Seit fünf Jahren wird hier von Gender Mainstreaming geredet, von Dingen, an die appelliert werden muss, von Dingen, die man will, die man angeregt hat, von Tagungen, von Kreisen, von Auszeichnungen, von Betrieben usw. Ich sage es noch einmal, meine Damen und Herren, auch für Sie als Zuhörer – es wird Sie wahrscheinlich interessieren –: In dem Förderbericht der Landesregierung, der über die Regierungszeit von vier Jahren berichtet, steht, dass man im öffentlichen Dienst nicht weitergekommen ist, Frauen aus niedrigen Positionen in höhere Positionen zu bringen. Deshalb: Frau Lautenschläger, was bringen den Frauen Ihre personalpolitischen Ansätze? Das wollen wir von Ihnen wissen. Wir werden das überall und immer wieder mit den Mitteln, die wir als Opposition haben, kontrollieren.

Meine Damen und Herren, eines möchte ich hier noch anfügen: Frau Ravensburg, ich interessiere mich sehr dafür. Sie haben eine Sachverständigenkommission unter Herrn Herzog eingerichtet. Welche Beiträge leistet diese Landesregierung, und zwar tatsächliche Beiträge – nicht Beiträge mit dem Mund oder durch Wünsche –, dass die Erwerbstätigkeit von Frauen gefördert wird, wie das in der Herzog-Kommission eingeklagt wird? Es wird dort als etwas eingeklagt, was unsere Volkswirtschaft in der Zukunft gebietet. Das muss messbar sein. Denn da geht es nicht mehr darum, nur Gerechtigkeit einzufordern, sondern da geht es, wie wir lesen können, um ein gemeinsames staatliches und wirtschaftspolitisches Anliegen, um das Humankapital ausgebildeter Frauen. Bislang sind sie zu großen Teilen in Minijobs, haben eine geringere Beschäftigungsquote, können ihre Bildung nicht in hochqualifizierte Positionen einbringen. Warum?

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Sie müssen zum Ende kommen, Frau Pauly-Bender.

#### **Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – Den Frauen begegnen so viele Schranken, an die diese Hessische Landesregierung nicht herangeht.

Meine Damen und Herren, der Worte sind genug geredet. Wir möchten gerne Taten sehen.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Für die Fraktion der CDU hat Frau Ravensburg noch einmal das Wort.

#### **Claudia Ravensburg (CDU):**

Frau Dr. Pauly-Bender, ich finde es sehr erfreulich, wenn Sie sagen, Sie wollen sich die Äußerungen der CDU sehr wohl anhören. Frau Hölldobler-Heumüller, es wäre sehr

schön, wenn Sie auch meinen Äußerungen zugehört hätten. Ich habe eindeutig zu Gender Mainstreaming gesprochen. Die Ministerin hat auch ganz eindeutig zu der Arbeit der Hessischen Landesregierung im Bereich Gender Mainstreaming gesprochen, was alles auf dem Weg ist. Sie hat dies an vielen Beispielen festgemacht.

Ich möchte ganz klar zurückweisen, dass Sie hier in den Raum stellen, die Hessische Landesregierung würde nicht im Sinne des deutschen Grundgesetzes handeln. Das ist ein Unding, eine Unverschämtheit. Das möchte ich hier ganz klar zurückweisen.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Meine Damen, verehrte Herren, zu beiden Anträgen – darf ich das einmal anmerken? – haben alle Rednerinnen einschließlich der Regierung angemerkt, dass das Wort „Gender Mainstreaming“ nicht angemessen ist: Vergessen Sie es, und schreiben Sie „Gleichstellung von Männern und Frauen“. Darf ich das als Präsidentin sagen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 9 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Verankerung von Gender Mainstreaming in allen Politikfeldern, Drucks. 16/438, und der Antrag unter Tagesordnungspunkt 20 der Abg. Fuhrmann, Dr. Pauly-Bender, Eckhardt, Habermann, Schäfer-Gümbel, Dr. Spies (SPD) und Fraktion betreffend Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen: Verankerung der Gender-Mainstreaming-Methode in allen Politikbereichen, Drucks. 16/625, sollen an den Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen werden. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 10:**

#### **Antrag der Fraktion der FDP betreffend „Umsetzung der FFH-Richtlinie – Vogelschutzrichtlinie“ – Drucks. 16/467 –**

Ich darf fragen, wer den Antrag begründet. – Herr Heidel, Sie haben das Wort.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Umsetzung der FFH-Richtlinie – Vogelschutzrichtlinie“ ist so hochaktuell wie nie zuvor. Denn wie Sie alle wissen und wahrscheinlich in Ihrer Region erfahren haben, finden derzeit die Abstimmungsgespräche auf den einzelnen Kreisebenen statt.

Bevor ich in die eigentliche Thematik einsteige, will ich zwei Zahlen in den Raum werfen. Wenn wir über das Regierungspräsidium in Kassel reden, reden wir über eine Fläche von 160.000 ha, die für FFH- und Vogelschutzgebiete in Zukunft ausgewiesen werden. Das sind 20 % der Fläche des RP Kassel, die dann unter dem besonderen Schutz dieser beiden Richtlinien stehen werden. Meine Damen und Herren, das sorgt im Moment in der allgemeinen Diskussion für sehr viel Unsicherheit. Es herrscht Unwissenheit auch aufgrund dessen, dass in einer relativ kurzen Frist die Stellungnahmen abgegeben werden sollen.

(Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung vorab. Ich denke, wir müssen uns als Hessischer Landtag und auch als Landesregierung davon losmachen, dass das, was aus Brüssel kommt – FFH kommt letztendlich aus Brüssel –, alles gottgegeben ist. Das kann es nicht sein. Die Entwicklung geht weiter. Das, was vor 13 Jahren beschlossen wurde – ob es Töpfer oder Merkel war, weiß ich gar nicht; vielleicht waren auch beide daran beteiligt –, muss überarbeitet werden. Es müssen neue Regelungen und Entscheidungsebenen gefunden werden,

(Beifall bei der FDP)

um den Regionen heute und am Tage X, vielleicht in drei Jahren, gerecht zu werden.

Worum geht es bei der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie? – Es geht darum, einen beabsichtigten Bestandsschutz des Naturerbes für die Zukunft sicherzustellen. Es geht um nicht mehr als darum, diesen Bestandsschutz im derzeitigen Stadium sicherzustellen.

Das muss auch so bleiben. Ansonsten besteht nämlich die Gefahr, dass aus diesen Gebieten viele Investitionen abgezogen werden und keine Investitionen in diesen Gebieten mehr stattfinden. Ich werde das nachher an ein paar Beispielen verdeutlichen. Es muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft die Planungshoheit der Kommunen erhalten bleibt. Die Rechte der Grundstückseigentümer dürfen auch in Zukunft nicht beschnitten werden.

Angesichts der derzeitigen Diskussion kann man folgendes Gefühl bekommen. Es kann der Eindruck entstehen, dass hier allein unter naturschutzfachlichen Gesichtspunkten und ohne Berücksichtigung dessen, was ansonsten in der Region stattfindet, Gebiete ausgewiesen werden. Es ist wünschenswert, dass darüber nachgedacht wird, wie sich das im Sinne des Naturschutzes entwickeln kann. Das kann aber nicht Ziel der FFH-Richtlinie sein und ist es auch nicht. Vielmehr geht es dabei einzig und allein darum, Bestehendes festzuschreiben. Über den Bestandsschutz darf in keinem Fall diskutiert werden. Wir sind der Auffassung, dass das, was dazu geführt hat, dass ein Unter-Schutz-Stellen dieser Gebiete überhaupt möglich ist, auch in Zukunft noch möglich sein muss. Herr Minister, ich denke, hier ist insbesondere Ihre Verwaltung gefordert. Sie muss durch flexibles Handeln dafür Sorge tragen, dass sich nicht das, was sich hinter der FFH-Richtlinie verbirgt, wie Mehltau über das Land legt. Ich hatte das gestern in einem anderen Zusammenhang schon einmal gesagt.

(Beifall bei der FDP)

Damit würde wirklich jegliche Entwicklung des ländlichen Raums behindert werden.

In unserem Antrag weisen wir darauf hin. Wir haben heute auch schon im Zusammenhang mit anderen Tagesordnungspunkten über Beteiligung geredet. Auch wenn es formell keine Pflicht dazu gibt, die Kommunen und die privaten Grundstückseigentümer anzuhören, sollten sie dennoch vorzeitig in das Verfahren eingebunden werden. Sie sollten vor allen Dingen über all das, was auf ihren Grundstücken passiert, informiert werden. Sie sollten die Gutachten zur Verfügung gestellt bekommen, damit sie all das, was dadurch bekannt wird, in ihre Planungen einbeziehen können.



(Beifall der Abg. Roland von Hunnius und Dieter Posch (FDP))

Ich will es noch einmal sagen. Die kommunale Planungshoheit und der Schutz des Eigentums sind zwei wichtige Punkte.

Gestatten Sie mir, noch ein paar Anmerkungen zu machen. Ich könnte mir vorstellen, dass auch von Vertretern des Ministeriums so argumentiert wird. Seinerzeit wurde ein Merkblatt zum Thema FFH-Richtlinie herausgegeben. Darin wird in Teilen sehr dezidiert festgehalten, was möglich und was nicht möglich ist. Dennoch hat die Diskussion im Zusammenhang mit der vierten Tranche, die jetzt ausgewiesen wird, gezeigt, dass Unsicherheit bei den Menschen vorhanden ist. Dieser Unsicherheit können wir entgegenreten, wenn sich der Hessische Landtag unserem Vorschlag anschließen würde.

Des Weiteren ist auch das zu klären, was wir in unserem Antrag unter Punkt 6 aufgeführt haben. Dabei geht es um die Frage, wer die Kosten für die Gebietsidentifizierung und die Datenerhebung trägt, über die wir vielfach schon im Fachausschuss gesprochen haben.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Herr Heidel, Ihre Redezeit ist leider um.

#### **Heinrich Heidel (FDP):**

Frau Präsidentin, lassen Sie mich noch zwei abschließende Sätze sagen. – Ich will das an zwei praktischen Beispielen verdeutlichen. Zum einen gibt es in der Landesplanung die so genannten weißen Flächen, die sich um die Kommunen herum befinden. Zu diesen muss hinsichtlich der FFH-Richtlinie etwas sichergestellt werden. Genauso muss das für diejenigen festgestellt werden, die im Außenbereich wirtschaften oder wohnen. Hier müssen weiterhin Entwicklungschancen gegeben sein. Sie dürfen keine zusätzlichen Auflagen erhalten, die auf Gutachteritis oder Weiteres hinauslaufen, also auf Dinge, die ihnen zusätzliche Kosten bereiten würden.

Ich meine, wir sollten dies noch einmal in einer Debatte im Ausschuss vertiefen, um dann, so hoffe ich, hierbei zu einem für alle tragbaren Ergebnis zu kommen. – Danke.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nur bei Beachtung der alten Rechtschreibung, bei der überall Kommas statt Punkte gesetzt wurden, waren dies zwei Sätze. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Horst Klee (CDU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich würde dann über den Antrag ganz schnell entscheiden lassen.

(Wortmeldungen der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Gernot Grumbach (SPD))

– Warum melden Sie sich eigentlich nicht früher zu Wort?

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Situation ist ganz ungewöhnlich!)

– Das liegt an Ihnen. – Frau Hammann, Sie haben sofort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Heidel, wer hat denn in der letzten Legislaturperiode in der Regierung mitbestimmt?

(Beifall der Abg. Jürgen Frömmrich und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich bin über Ihre Worte erstaunt, die Sie hier gesagt haben. Im Grunde genommen zeigt mir das, wer die Umsetzung des europäischen Naturschutzrechtes mit verhindert hat. Das war die FDP.

(Beifall der Abg. Jürgen Frömmrich und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU)

Das wird auch in Ihrem Antrag ganz deutlich. Sie müssen mir einmal erklären, warum wir einem Antrag unsere Zustimmung geben sollen, der fachlich und inhaltlich falsch ist. Sie suggerieren in Ihrem Antrag, Sie wollten natürlich, dass das europäische Naturschutzrecht umgesetzt wird. Deshalb wollen Sie zur Offenheit und Klarheit beitragen. So steht es in der Begründung Ihres Antrages. Auf der zweiten Seite Ihres Antrages sprechen Sie dann aber von der Gefahr, die davon ausgehen würde, dass die Naturschutzbehörden nach fachlichen Kriterien Gebiete melden.

Herr Heidel, was wollen Sie denn? – Die Fachbehörden müssen das melden, was nach der europäischen Richtlinie als meldepflichtig gilt. Ich kann deshalb nicht verstehen, dass Sie im ersten Absatz eine falsche Aussage aufgenommen haben. Denn Sie alle wissen doch, dass es schon eine ganze Reihe von Gerichtsurteilen dazu gibt. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich dazu geäußert und gesagt: Wenn man, wie es auch die FDP haben will, eine Planungs- und Rechtssicherheit haben will, dann müssen die Gebiete ausgewiesen werden. Dann kann eine Abwägung vorgenommen werden. – Das ist die Sach- und Rechtslage. Sie entspricht nicht dem, was Sie sagen. Sie sagen, es sollten nicht alle Gebiete gemeldet werden, die naturschutzfachlich wünschenswert wären. Das ist der falsche Weg. Ich sage Ihnen: Das ist ein krasser Verstoß gegen das europäische Naturschutzrecht.

(Beifall der Abg. Jürgen Frömmrich und Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Dr. Walter Arnold (CDU): Es geht ihm um die Übergangszeit!)

Es ist doch ganz deutlich, dass hier von der FDP Stimmungsmache betrieben wird. Es wird damit nicht dazu beigetragen, dass wichtige Informationen fließen und dass das transportiert wird, was die Bürgerinnen und Bürger dazu wissen müssen.

Ich habe noch einige Presseerklärungen in meinem Archiv. Eine davon habe ich mir herausgezogen. Die FDP hat in ihren Presseerklärungen immer wieder gesagt, Vogelschutz und Habitate stünden der Handlungsfreiheit entgegen, die Liberalen befürchteten, durch die geplanten Ausweisungen würde es zu gravierenden Nachteilen kommen. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Als Landespolitiker haben Sie auch die Verpflichtung, auf die Vorteile hinzuweisen, die mit der Umsetzung dieser Richtlinie einhergehen. All die Gelder, die über das Programm LIFE der Europäischen Union zum Naturschutz



fließen können, können nach Hessen geholt werden. Wie Sie das im landwirtschaftlichen Bereich handhaben, wissen wir. Das haben wir gestern erneut feststellen können. Sie waren noch nicht einmal in der Lage, das zu entkräften, was wir Ihnen vorgeworfen haben. Wir haben Ihnen vorgeworfen, dass Sie mangels der Komplementärfinanzierung nicht in der Lage gewesen sind, die gesamten 24 Millionen € nach Hessen zu holen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Frau Kollegin, warten Sie es doch einmal ab!)

– Ich warte das gerne ab. Nur habe ich leider sehr wenig Hoffnung, dass Sie da einsichtig sein werden. Das ist doch die Sachlage.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht zu befürchten!)

Meine Damen und Herren, wir alle haben eine Aufgabe in dieser Gesellschaft zu erfüllen. Wir müssen über die Planungssicherheit und über die Rechtssicherheit reden. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich auch darüber reden, dass das europäische Naturschutzrecht tatsächlich umgesetzt wird. Wir alle haben die Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass das auch vernünftig umgesetzt wird. Leider muss ich feststellen, dass diese Vernunft in den Reihen der Mitglieder der CDU und der FDP erst sehr spät angekommen ist.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Was? – Elisabeth Apel (CDU): Sie haben nichts gemacht!)

Wir haben über viele Jahre Kritik an Sie herangetragen. Wir haben Sie aufgefordert, entsprechend der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie Gebiete zu melden. Dieser Minister war aber damals immer noch der Meinung, 3,2 % der Fläche seien genug, man solle erst einmal abwarten, wie sich die EU-Kommission dazu stellt. Dass Sie endlich verstanden haben, in welche Richtung es nötig ist, freut uns.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen der CDU zu?

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Kollege Arnold, ich weiß, was Sie fragen würden. Diese alte Litanei kenne ich. Sie würden mich jedoch nicht fragen, wer denn 1998 die Richtlinien der Europäischen Union in nationales Recht umgesetzt hat. Das war die Koalition aus CDU/CSU und FDP. Damit können Sie uns nicht vorführen. Denn das war damals auch mit Ihrer Verschulden. Es war nicht das der rot-grünen Landesregierung. Die rot-grüne Landesregierung hat sehr früh gehandelt. So ist die Sachlage.

(Elisabeth Apel (CDU): Sie hat überhaupt nicht gehandelt!)

– Ich werde jetzt nicht auf den unqualifizierten Zuruf der Frau Apel eingehen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das würde sich auch nicht lohnen!)

Dieses Gefecht führen wir schon seit langem. Bisher ist dies absolut ergebnislos verlaufen.

Meine Damen und Herren, Sie haben es über Jahre versäumt, eine vernünftige Meldung von Gebieten vorzunehmen. Ich akzeptiere jetzt, dass Sie dies endlich nachgeholt

haben – aber nicht, weil wir Sie immer wieder kritisiert haben, sondern weil Ihnen die EU die Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt hat: Wenn Sie nicht adäquat melden, dann bedeutet das für Hessen den Einbehalt von Strukturfördergeldern. Das heißt, benachteiligte Gebiete und der ländliche Raum bekommen Beträge in dreistelliger Millionenhöhe entzogen. – Letztendlich gab für Herrn Minister Dietzel die Einleitung des Zwangsverfahrens am 03.04.2003 durch die EU-Kommission den Ausschlag. Das waren die eigentlichen Druckmittel, die Sie letztendlich dazu geführt haben, Recht umzusetzen.

(Heinrich Heidel (FDP): Ihre Freunde haben die Schattenrisse hingejubelt!)

Dass die FDP eine sehr krude Rechtsauffassung hat, möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heinrich Heidel (FDP): Das ist ja wohl nicht wahr!)

Lieber Herr Kollege Heidel, wenn Sie an diesem Pult sagen: „Na ja, nicht alles, was von der EU kommt, muss man für bare Münze nehmen und gleich umsetzen“, dann weise ich darauf hin, dass Sie sehr wohl differenzieren, was Ihnen in den Kram passt und was Ihnen nicht in den Kram passt.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme gleich zum Ende. – Gestern sind wir beschimpft worden, weil Frau Künast die Gentechnikrichtlinie noch nicht umgesetzt hat,

(Heinrich Heidel (FDP): Das machen wir morgen noch einmal!)

weil sie den Verbraucherschutz hochhalten will, weil sie eine Wahlfreiheit für die Verbraucherinnen und Verbraucher haben will. Bei der Vogelschutzrichtlinie oder bei der FFH-Richtlinie ist es wohl etwas anderes, da ist es Ihnen egal.

(Heinrich Heidel (FDP): Immer den Bürgern des Landes Hessen verpflichtet!)

Ganz kurz zum Schluss: Lesen Sie doch einfach einmal die eigenen Unterlagen aus dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz vom 26.06. Da bekommen Sie dargestellt, warum es notwendig ist, diese Gebiete zu melden. Ich fordere Sie auf: Hören Sie auf mit der Stimmungsmache.

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Frau Hammann, Sie müssen zum Ende kommen.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich komme sofort zum Ende, noch einen Satz. – Tragen Sie dazu bei, dass das Naturerbe geschützt wird. Herr Minister Dietzel, setzen Sie die Meldung um, und melden Sie die Gebiete, die notwendig sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Nächste Rednerin, Frau Apel für die CDU.

**Elisabeth Apel (CDU):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was wir eben wieder erlebt haben, war ein weiteres Beispiel der selektiven Wahrnehmung von Frau Hammann. Die ganze Regierungsverantwortung unter Rot-Grün bis zum Jahr 1999 wird hier vollkommen ausgeblendet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es wird nicht erwähnt, dass die FFH-Richtlinie schon längst in Kraft war, dass Sie bis 1998 hätten melden müssen und nichts gemacht haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange regieren Sie schon? – Zuruf der Abg. Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben nichts gemacht, und Sie schieben Ihre Verantwortung auf die damalige Bundesregierung.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die musste nationales Recht daraus machen!)

Frau Hammann, es ist unredlich, was Sie hier immer wieder versuchen zu praktizieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Wenige, was Sie in Ihrer Regierungsverantwortung gemacht haben, haben Sie auch noch falsch gemacht. Ich erinnere an die Biotopkartierung. Da haben Sie Millionen in den Sand gesetzt. Sie haben Daten erhoben, die keinen Menschen interessiert haben und die für die Anwendung der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie nicht oder nur teilweise verwendbar waren. Hätten Sie das damals entsprechend der FFH- und der Vogelschutzrichtlinie ordentlich gemacht, könnten wir uns heute die 28 Millionen € für die Grunddatenerhebung sparen. Bedenken Sie endlich einmal, was Sie in Ihrer Regierungsverantwortung an dem Wenigen, was Sie gemacht haben, auch noch falsch gemacht haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren von der FDP, ich habe versucht zu verstehen, was mit dem Antrag erreicht werden soll.

(Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war schwer genug!)

Was Sie nach meiner Auffassung mit dem Antrag erreichen wollen, nämlich dass bei der Anwendung von FFH- und Vogelschutzrichtlinie ein Umdenken stattfindet, geht allerdings nicht so klar aus Ihrem Antrag hervor. Dann müssen wir im Landtag den Beschluss fassen, dass die Bundesregierung aufgefordert wird, gegenüber der EU-Kommission tätig zu werden. Sie wollen erreichen – meiner Meinung nach mit gutem Recht –, dass heute im Landtag über Hoffnungen entschieden wird. Dazu ist Ihr Antrag aber nicht geeignet.

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Inhaltlich falsch!)

Was in dem FDP-Antrag zu Recht angesprochen wird, ist, dass es offensichtlich erhebliche rechtliche Unsicherheiten hinsichtlich der Zeitspanne zwischen einem Gebietsvorschlag und der endgültigen Ausweisung der Gebiete

durch die EU-Kommission gibt. Wie hat man in dieser Zeit mit diesen Gebieten umzugehen? Stehen sie faktisch schon zum Zeitpunkt des Vorschlags unter dem Schutz von FFH- und Vogelschutzrichtlinie, oder wirken diese Regelungen bis zur Ausweisung der Gebiete noch nicht? Hier gibt es noch erheblichen Klärungsbedarf. Meine Bitte an das Ministerium ist, noch einmal sehr genau rechtlich zu prüfen, ob es hier Ermessensspielräume gibt, und, wenn es Ermessensspielräume gibt, diese auch auszunutzen.

Punkt 2 des FDP-Antrags – „Die Landesregierung wird aufgefordert, den betroffenen Kommunen sämtliche gutachterlichen Grundlagen ... zu überlassen“ – ist eine Selbstverständlichkeit. Wir wollen Transparenz in diesem unvermeidlichen Prozess. Transparenz ist notwendig, um Akzeptanz zu erreichen. Mit der öffentlichen Diskussion in den Regionalkonferenzen und mit den beteiligten Verbänden haben wir ein beispielhaftes Vorgehen der Landesregierung zu verzeichnen. Sehen Sie sich einmal an, wie in anderen Bundesländern mit der Umsetzung von FFH- und Vogelschutzrichtlinie umgegangen wird. In vielen Bundesländern wird dieses Verfahren als Closed Box angesehen.

(Heinrich Heidel (FDP): Wie bei Rot-Grün!)

Meine Damen und Herren, zu Punkt 4 des FDP-Antrags. Die Kommunen sind für die Hessische Landesregierung und für die CDU-Landtagsfraktion ein unverzichtbarer Partner in diesem unerfreulichen Prozess. Selbstverständlich werden ihnen alle erforderlichen Daten und Planungen mitgeteilt. Wir arbeiten in diesem Prozess mit und nicht gegen die Kommunen.

Notwendig wäre eine Klärung hinsichtlich der Umsetzung. Hierfür scheint hilfreich zu sein, dass die nachgeordneten Behörden noch einmal entsprechende Mitteilungen und Anweisungen seitens des Ministeriums bekommen. Aber ich bin überzeugt davon, dass wir hier auf einem sehr guten Weg sind. Wir haben in unserer Regierungsverantwortung – auch mit dem Koalitionspartner FDP – sehr viel erreicht, ein Mehrfaches dessen, was Rot-Grün in seiner achtjährigen Regierungsverantwortung erreicht hat. Aber wir haben auch noch sehr viel zu tun.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

**Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Frau Apel. – Herr Grumbach für die SPD-Fraktion.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Ich will mich nicht lange an dem Spiel beteiligen, wer wann regiert hat.

(Heinrich Heidel (FDP): Du würdest auch nur verlieren!)

Nur ein freundlicher Hinweis: Es gab zwischendurch auch eine Ministerin Reichhardt, die die eine oder andere Entscheidung zu verantworten hat. Frau Apel, sehen Sie bei Ihrer Begeisterung einmal in Ihre Argumente zur Biotopkartierung.

Aber das ist nicht mein Problem; denn wir reden heute über einen Antrag der FDP. Herr Heidel, an der Stelle würde ich schon vorschlagen, dass Sie ein Stück in die Verantwortung gehen, nämlich in die Verantwortung für das,

was ein Parlament versprechen kann und was es nicht versprechen kann. Was wir nicht versprechen können, ist, dass irgendjemand eine Planung auf den Weg bringen kann, ohne diese Richtlinien zu beachten. Alles, was dort ausweisbar ist, ist, schon ohne dass es ausgewiesen ist, erst einmal ein Punkt, an dem sich Planung orientieren muss. Wer den Kommunen etwas anderes verspricht, verspricht ihnen etwas, was er nicht halten kann. Ich finde, das Parlament sollte an der Stelle so verantwortlich sein, nur das zu versprechen, was es halten kann. Das ist eine gute Tradition, und dabei sollten wir bleiben.

Sie haben außerdem das ganz schlichte Problem – das ist vorhin schon gesagt worden –: Sie können nur planen, und Sie können nur mit dem abwägen, was Sie ausgewiesen haben. Das ist hart bei der Vogelschutzrichtlinie. Wenn Sie die Vogelschutzgebiete nicht ausgewiesen haben, können Sie dort keine Straße, kein Baugebiet, nichts planen, das ist ein absolutes Planungshindernis. Bei FFH ist die Regelung etwas weicher; aber auch dort gibt es eine ganze Reihe von Regelungen, die Sie beachten müssen. Deswegen sollten wir sehen, dass diese Ausweisung schnell vorankommt. Damit tun wir den Kommunen einen größeren Gefallen, weil sie damit auch Planungssicherheit haben, indem sie abwägen können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ansonsten stellt sich schlicht die Frage der Transparenz. Es ist selbstverständlich, dass auch die Kommunen die Gutachten bekommen. Das Spiel, dass jeder, der beweisen will, dass etwas nicht richtig ist, erst einmal selber viel Geld ausgeben muss, können wir uns bei knappen öffentlichen Kassen nicht mehr leisten. Ich halte das auch für ein dummes Spiel, weil die Gutachten in der Regel unter der Hand zirkulieren und es nur darum geht, ob man sie verwenden darf oder nicht. Jeder Abgeordnete, der die richtigen Verbindungen hat oder in einem Kommunalparlament sitzt, kennt das.

Ich finde schon, dass die Kriterien offen gelegt werden müssen, weil ich glaube, dass man, wenn man für den Naturschutz eine Akzeptanz erreichen will, zwei Dinge tun muss: Zum einen muss klar sein, worum es geht, und zweitens müssen die Menschen feststellen, dass auch sie etwas davon haben.

Herr Heidel, damit bin ich bei dem Punkt, von dem ich glaube, dass Sie mit dem Wort vom „Mehltau“ die falsche Melodie spielen. Wir haben gestern über die Entwicklung des ländlichen Raums gesprochen. Wir haben gestern darüber geredet, dass in vielen Regionen der Tourismus eine zentrale Quelle für den Nebenerwerb darstellt. Deshalb ist es richtig, zu sagen: Wenn wir Tourismus haben wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass die Natur, nach der die Touristen aus den Großstädten geradezu gieren, geschützt wird und dass sie für sie zugänglich ist. Das sind zwei Dinge, die zusammengehören. Wenn wir das hinbekommen, indem wir Schutzgebiete ausweisen und mit einer geschickten Lenkung dafür sorgen, dass die Leute diese Gebiete auch besuchen können, dann wird es nicht der Mehltau sein, der sich über das Land legt, sondern es wird der Morgentau sein, aus dem neue touristische Pflänzchen sprießen. Ich finde, wir sollten an der Stelle den Menschen, die vom Tourismus leben, die Hoffnung geben, dass wir durch eine schnelle Schutzgebietsausweisung und eine vernünftige Besucherlenkung das gemeinsame Ziel erreichen. Davon haben wir mehr, als wenn wir Versprechen abgeben, die wir nicht halten können.

(Beifall bei der SPD)

### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Ich möchte den Fraktionsgeschäftsführern sagen, dass wir nachher noch gerne die zwölf Beschlussempfehlungen, für die keine Aussprache vorgesehen ist, und den Tagesordnungspunkt Petitionen aufrufen würden. Geht das?

Als Nächster hat Herr Minister Dietzel das Wort.

### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema FFH-Gebiete hat uns in den letzten Jahren sehr intensiv beschäftigt. Es wird uns sicher auch in den nächsten Jahren beschäftigen.

Wir haben einen Vorschlag gemacht, den wir bei der Europäischen Union einreichen wollen. Etwa 13 % der Landesfläche wollen wir als Vogelschutzgebiete und etwa 9 % der Landesfläche als FFH-Gebiete ausweisen. Weil sich die Schutzgebiete teilweise überlappen, handelt es sich um insgesamt ca. 20 % der Landesfläche. Ich bin davon überzeugt, dass sich in einem Gespräch mit Vertretern der Europäischen Kommission, das für Januar 2004 angesetzt ist, herausstellen wird, dass wir in einem ausreichenden Umfang Flächen für FFH- und Vogelschutzgebiete melden.

Wir sollten hier anmerken, dass wir ein sehr verbands-, gemeinde- und bürgerfreundliches Verfahren gewählt haben. Wir haben nämlich fünf Regionalversammlungen durchgeführt, auf denen unser Vorschlag vorgestellt wurde.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Prof. Schmitz von der Uni Gießen hat diese Regionalversammlungen in hervorragender Weise moderiert. In den Versammlungen konnten Fragen gestellt und Vorschläge gemacht werden. Nach den Diskussionen, die wir im Vorfeld hatten, war ich durchaus überrascht darüber, wie sachlich in diesen fünf Regionalversammlungen diskutiert wurde. Jetzt haben die Regierungspräsidenten zu Kreisversammlungen eingeladen, wo ebenfalls über das Thema Schutzgebiete diskutiert wird. In bestimmten Gegenden wird bestimmt heftig debattiert werden.

Der Grund, warum teilweise so heftig diskutiert wird, liegt in der Unsicherheit, die aus der neuen Rechtslage resultiert. Viele Betroffene wissen nicht, wie sich die Dinge weiterentwickeln werden. Deshalb muss hier eindeutig gesagt werden, dass die Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten kein absolutes Investitionshemmnis darstellt.

Ich möchte die Unterstellung in dem FDP-Antrag zurückweisen, dass die Naturschutzbehörden Regelungen hineinbrächten, die hier nicht hineingehören. Ich denke, dass es wichtig und richtig ist, Vorschläge zur Meldung von Schutzgebieten entgegenzunehmen, wenn es dem Allgemeinwohl dient. Allein auf einer Regionalversammlung, die das Regierungspräsidium Kassel organisiert hat, wurden 80 zusätzliche Vorschläge gemacht, welche Flächen als FFH- und Vogelschutzgebiete ausgewiesen werden könnten. Auf der anderen Seite haben wir Planungsträger, die uns auffordern, bestimmte Flächen auszuweisen, damit Investitionsvorhaben nicht dadurch gefährdet werden, dass wir im unvollständigen Umfang FFH- und Vogelschutzgebiete an die EU melden.



Wir prüfen alle Vorschläge. Wenn es Sinn macht, werden wir sie übernehmen. Es ist aber nicht so, dass wir alle möglichen Schutzgebiete aufnehmen müssen. Wir werden uns auf die wichtigsten und geeignetsten Flächen beschränken.

Sämtliche Einwendungen werden fachlich geprüft, und wir werden, wie es die FDP vorgeschlagen hat, in eine Diskussion über die Feinabgrenzungen eintreten. Bisher wurden in den Regionalversammlungen relativ grobe Karten vorgestellt, sodass wir jetzt Feinabgrenzungen vornehmen müssen, wie wir das schon bei der dritten Tranche getan haben.

Der interessante Punkt der Diskussion lautet – das sehe ich auch an dem FDP-Antrag –: Welche rechtlichen Verpflichtungen bestehen in potenziellen FFH-Gebieten? Man muss klar feststellen, dass der Vorschlag der Fachverwaltung dazu führt, dass wir potentielle FFH-Gebiete und faktische Vogelschutzgebiete haben. Das sage ich vorweg. Wir richten uns aber erst einmal nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das eindeutig festgestellt hat, dass die Ziele der Richtlinie nicht unterlaufen werden und keine Tatsachen geschaffen werden dürfen, die eine Erfüllung der Vertragspflichten unmöglich machen.

Wir müssen uns außerdem mit der Frage beschäftigen: Sind die Gebiete, die von der Fachverwaltung vorgeschlagen worden sind und jetzt diskutiert werden, fest zur Meldung vorgesehen? Dazu sagt das Gericht, dass eine endgültige Festlegung für Gebiete besteht, bei denen es nahe liegt, sie zu melden, wenn sich ein Gebiet also zur Meldung geradezu „aufdrängt“. Das Gericht sagt aber auch, dass die Möglichkeit besteht, in einem späteren Verfahren Gebiete wieder herauszunehmen. Auch das sollten wir hier einmal eindeutig festhalten. Es handelt sich also nicht um einen starren Vorschlag des Ministeriums.

(Beifall des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Ich denke, dass es wichtig ist, dieses hier festzustellen, weil die von mir angesprochene Unsicherheit gerade bei den Regionalversammlungen wiederholt formuliert worden ist. Vielfach wurde gefordert, ein juristisches Gutachten in Auftrag zu geben, um die Ausweisung potenzieller FFH-Gebiete rechtlich bewerten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es stellt sich sicher die Frage, was die Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten für Großvorhaben in unserem Land bedeutet. Gerade im Zusammenhang mit der Ausweisung von Vogelschutzgebieten ist es wichtig, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zu berücksichtigen, das besagt, dass in potenziellen Gebieten, deren Meldung als Vogelschutzgebiet sich aufdrängt, praktisch keine Investitionen mehr möglich sind: keine Straßenbaumaßnahmen, keine Ausweisung von Gewerbe- und Baugebieten. Auch deshalb ist es wichtig, dass wir in dem Zusammenhang ausreichend große Flächen melden. Dies gilt z. B. auch für das Umfeld des Frankfurter Flughafens, um nach der Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung die Möglichkeit zu haben, das überwiegende öffentliche Interesse festzustellen und bestimmte Flächen aus der Meldung zu FFH- oder Vogelschutzgebieten wieder herauszunehmen.

Ich komme zum Antrag der Fraktion der FDP. Zu Punkt 1 möchte ich feststellen, dass erst dann, wenn Schutzgebiete wirklich ausgewiesen sind, konkrete Folgen für Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigte entstehen.

Das ist sicherlich eine Frage, die auch Heinrich Heide betroffen hat.

Zu Punkt 2 will ich sagen: Wir werden den Kommunen so rasch wie möglich die maßgeblichen Unterlagen zur Verfügung stellen. Wir sind im Augenblick dabei, weitere Daten zu sammeln. Sobald die Daten geordnet vorliegen, werden sie auch den Kommunen zur Verfügung gestellt.

Punkt 3 erscheint mir unbedenklich, denn es heißt auch im FDP-Antrag, dass eine Ausweisung nicht automatisch und zwangsläufig ein Hindernis für die Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen ist. Dem stimme ich ausdrücklich zu.

Zu Punkt 4 ist zu sagen, dass die Regionalpläne die geplante Ausweisung von Gebieten berücksichtigen müssen. Die Kommunen werden dabei entsprechend beteiligt.

Zu Punkt 5: Es ist sicher wichtig, hier herauszustellen, dass Verschlechterungen generell zu vermeiden sind. So lautet die Formulierung. Bei der Ausweisung eines FFH-Gebietes wird die zum gegenwärtigen Zeitpunkt aktuelle Nutzung akzeptiert. Das heißt, wenn es sich um Grünland handelt, dann wird die Fläche als Grünland akzeptiert, und wenn es sich um Ackerland handelt, dann wird es als Ackerland akzeptiert. Eine Änderung der Nutzung ist dann aber eher nicht mehr möglich.

Zu Punkt 6 können im Augenblick noch keine Zahlen vorgelegt werden. Ich habe EU-Kommissarin Wallström angeschrieben und die Auffassung vertreten, dass sich die Europäische Union an den dadurch entstehenden Kosten beteiligen sollte, wenn sie Schutzgebiete in dem Umfang ausgewiesen haben will.

Eine Antwort darauf habe ich noch nicht bekommen; denn – das hat auch Frau Abg. Apel eben gesagt – wir hinken hinter anderen Ländern her, was das Sammeln von Naturschutzdaten betrifft. In Nordrhein-Westfalen ist 1991 oder 1992 damit begonnen worden, diese Daten zu sammeln. Sie sind dort auch in der Lage, gegenüber der Europäischen Union zu argumentieren. Dazu sind wir im Augenblick nicht fähig.

Deswegen brauchen wir diese Daten. Frau Abgeordnete, ich hoffe, dass wir mit weniger als 28 Millionen € auskommen und trotzdem eine gute Datengrundlage schaffen. Es ist sicherlich wichtig, dass wir bis zu diesem Winter die vierte Tranche an die Europäische Union melden und mit allen Betroffenen darüber diskutieren – soweit das möglich ist.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsidentin Ruth Wagner:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 10.

Es gibt keinen Widerspruch, wenn ich feststelle, dass dieser Antrag an den Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen wird? – Dann ist das so.

Damit schlage ich vor, dass ich jetzt die Beschlussempfehlungen aufrufe, zu denen, wie vorher verabredet worden ist, keine Aussprache stattfindet.

Ich komme zunächst zu **Tagesordnungspunkt 41:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Habermann, Quanz, Riege, Dr. Reuter, Ypsilanti (SPD) und Fraktion betref-**



**hend Weiterentwicklung der Ersatzschulfinanzierung – Drucks. 16/668 zu Drucks. 16/247 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Ich bitte um die Abstimmung über diese Beschlussempfehlung. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der GRÜNEN und der SPD angenommen.

**Tagesordnungspunkt 42:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend freie Metrorapid-Gelder für Transrapid-Verbindung Frankfurt – Hahn – Drucks. 16/670 zu Drucks. 16/301 –**

Auf einen Bericht wird verzichtet.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Damit stelle ich fest, dass die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen der restlichen Fraktionen angenommen ist.

**Tagesordnungspunkt 43:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Magnetschwebebahn „Transrapid“ – Drucks. 16/671 zu Drucks. 16/309 –**

Auf einen Bericht wird verzichtet.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Diese Variante hatten wir auch schon: CDU und GRÜNE sind dafür, die SPD enthält sich der Stimme, und die FDP ist dagegen. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 44:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr zu dem Antrag der Fraktion der CDU betreffend Transrapid – Drucks. 16/672 zu Drucks. 16/321 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Die CDU-Fraktion ist dafür. Damit ist die Beschlussempfehlung gegen die Stimmen der GRÜNEN und bei Enthaltung der Fraktionen der SPD und der FDP angenommen.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt 51.

(Zuruf von der SPD: 45 soll auch ohne Aussprache sein!)

– 45 soll auch ohne Aussprache sein? Dann muss ich noch einmal zurückblättern.

**Tagesordnungspunkt 45:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ältestenrats zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend historische Aufarbeitung der Leistungen des Landes Hessen und seiner Bürger beim Aufbau des Landes Thüringen – Drucks. 16/694 zu Drucks. 16/313 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für die Annahme dieser Beschlussempfehlung? – Alle vier Fraktionen haben diese Beschlussempfehlung angenommen.

Jetzt kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 51:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Abg. Siebel, Holzapfel, Dr. Spies, Schaub (SPD) und Fraktion betreffend Einhaltung des Hochschulpaktes – Drucks. 16/697 zu Drucks. 16/184 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der CDU gegen die Stimmen von FDP, GRÜNEN und SPD angenommen.

**Tagesordnungspunkt 52:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Langzeitstudiengebühren – Drucks. 16/698 zu Drucks. 16/239 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

**Tagesordnungspunkt 53:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Bildungsgutscheine – Drucks. 16/699 zu Drucks. 16/251 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion der SPD angenommen.

Damit kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 60:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Entschließungsantrag der Fraktion der CDU betreffend verstärkte Videoüberwachung auf öffentlichen Einrichtungen und Plätzen – Drucks. 16/709 zu Drucks. 16/549 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktion der CDU gegen die Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP angenommen.

**Tagesordnungspunkt 61:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Umsetzung des Pflegeleistungsergänzungsgesetzes – Drucks. 16/724 zu Drucks. 16/52 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Union gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bei Enthaltung der FDP angenommen.

**Tagesordnungspunkt 62:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Drucks. 16/ 725 zu Drucks. 16/311 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für die Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Union, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD gegen die Stimmen der FDP angenommen.

**Tagesordnungspunkt 63:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – Drucks. 16/726 zu Drucks. 16/440 –**

Auf den Bericht wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Als Letztes kommen wir zu **Tagesordnungspunkt 64:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Dringlichen Entschließungsantrag**

**der Fraktion der CDU betreffend Hessische Gesetzesinitiative „Mehr Arbeit, mehr Geld“ in den Bundesrat – Drucks. 16/727 zu Drucks. 16/550 –**

Auf Berichterstattung wird verzichtet.

Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Wer ist dagegen? – Das waren die Stimmen der Union dafür und die der drei anderen Fraktionen dagegen. Damit ist die Beschlussempfehlung angenommen.

Zum Schluss rufe ich **Tagesordnungspunkt 46** auf:

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 16/623 –**

Es wurde nicht gewünscht, einen Beschluss herauszunehmen. Damit bitte ich um Abstimmung. Wer ist für diese Beschlussempfehlungen? – Damit sind diese Beschlussempfehlungen mit allen Stimmen des Hauses verabschiedet.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der Tagesordnung des heutigen Tages. Ich wünsche Ihnen einen vergnüglichen Abend und rufe Sie alle morgen um 9 Uhr wieder frisch in diesen Saal.

(Schluss: 18.11 Uhr)